

MIT ANDEREN AUGEN SEHEN



- **Publik-Forum** lesen. Das heißt: Mit anderen Augen sehen. In einer anderen, von Sachzwängen und Modetrends befreiten Sichtweise, die Gegenwart entziffern.

AUSBRUCH AUS ALTEN RASTERN

- Kampf und Kontemplation, Analyse und Betroffenheit, Aktion und Meditation, Dialog und Gebet, Kopf und Herz, Wandlung des Systems und des Bewußtseins. Das ist die geistige Linie, die Spiritualität von **Publik-Forum**.

▼ **Publik-Forum**, die Zeitung kritischer Christen, erscheint 14tägig im Umfang von 40 Seiten. Mit dem nebenstehenden Coupon können Sie **Publik-Forum** befristet abonnieren. Das Abonnement verlängert sich nicht automatisch.

3 Monate für nur 20 DM. **6** Monate für nur 40 DM. **8** Monate für nur 50 DM.

JA Ich bestelle **Publik-Forum** für ____ Monate zum Kennenlernen für nur ____ DM. Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch.

NAME, VORNAME:

STRASSE:

PLZ:

ORT:

DATUM:

UNTERSCHRIFT:

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt bei. ☐ Bargeld liegt bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung in schriftlicher Form widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

DATUM:

UNTERSCHRIFT:

124

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:
**Publik-Forum, Postfach 2010,
6370 Oberursel**

LATEIN AMERIKA

191 APRIL 1990 DM 5,-

NACHRICHTEN



NICARAGUA

NICARAGUA NACH DER NIEDERLAGE: Die Perspektiven des sandinistischen Projekts ★ Die Zukunft der Solidarität hier ★ KUBA: Sozialismus in einem Land ★ EL SALVADOR: Ende der Waffen?

Editorial	3
EL SALVADOR: Schwächung der FMLN nach den Wahlen	4
Dokumentation – Eine Geste für den Dialog	7
Wir wollen Verhandlungen – jetzt!	8
Einstellung des bewaffneten Kampfes?	10
NICARAGUA: Die Regierung wechselt, die Revolution bleibt	15
Dokumentation: Rede Daniel Ortigas, 26. 2. 1990	25
Die Wahlen in den definitiven Zahlen	30
Die Solidaritätsbewegung – der erste Frust ist überwunden	32
Abwarten und weiter Nica-Kaffee trinken	36
KUBA: Die These vom »Erhalt des Sozialismus in einem Land«	38
»TV-Antikuba« – US-Imperialismus in Farbe	45
Lieber (drogen-)tot als rot	48
DROGEN: Gipfel ohne Aussicht	52
URUGUAY: Amtsantritt des neuen Präsidenten: »Nationale Übereinkunft« à la Uruguay	62
CHILE: »Dezentralisierung«: Die Bildungspolitik des Militärregimes	66
DDR: Soli-Gruppen – das 5. Rad am Wagen	74
REZENSION: Mario Vargas Llosa – Lob der Stiefmutter	77
ZEITSCHRIFTENSCHAU	79
EINGEGANGENE BÜCHER	80
TERMINE	80

DAS TITELFOTO zeigt eine der traditionellen Tanzmasken der indianischen Bevölkerung von Monimbó, Nicaragua. Diese Masken benutzten die SandinistInnen auch während des Aufstands gegen die Somoza-Diktatur, und sie wurden zu einem Symbol für den Befreiungskampf

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 191
April 1990
Jahrgang 17 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Ulrich Goedeke, Roman Herzog, Dirk Hoffmann
Druck: H&P Druck, Berlin-West
Redaktionsschluß: 15. März 1990

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-
Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährlich berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.
Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Über 16 Jahre haben wir darauf gewartet – auf den Abgang Pinochets. Nun räumt er seinen Platz, zwar nicht gestürzt, wie wir einst gehofft, aber immerhin politisch geschlagen. Kein brusker Wechsel, kein Umschwung, denn der Regierungswechsel war nach der entscheidenden Niederlage Pinochets beim Plebiszit 1988 durch eine eineinhalbjährige Übergangsphase abgefedert.

Trotzdem war der 11. März, als Patricio Aylwin die chilenische Präsidentschärpe übernahm, für einen großen Teil der ChilenInnen ein Tag des Jubels, mit Recht. Bei anderen mag sich das Aufatmen mit Skepsis gemischt haben, auch das zu Recht. Denn dem Pinochet-Regime ist es gelungen, mit "seiner" Verfassung der demokratischen Erneuerung schmerzliche Grenzen zu setzen. Und als unabsetzbarer Chef des Heeres bleibt Pinochet und seine handverlesene Generalsclique ein bedrohlicher Machtfaktor.

Natürlich sind wir bei diesem Heft noch aus einem anderen Grund zu alles anderem als zu Jubel aufgelegt. Der 25. Februar 1990, der Tag der Wahlen in Nicaragua, mag den schwärzesten Tag Lateinamerikas seit dem Sturz Allendes markieren. Erneut ist der Versuch, einen eigenständigen, vom "großen Koloß im Norden" unabhängigen Weg zu gehen, in seine Grenzen verwiesen worden. Zwar nicht durch Bombenangriffe auf den Präsidentenpalast sondern durch die gewaltose Wucht der Stimmzettel; aber doch für die USA auch ein "Sieg mit anderen Mitteln" in ihrem seit Jahren geführten, brutalen und in nichts demokratischen Krieg gegen das nicaraguanische Volk.

Sehenden Auges hatte die sandinistische Führung in den vergangenen zwei Jahren eine Wirtschaftspolitik gemacht, die sie Sympathien bei der Bevölkerung kosten mußte – freilich hoffend, davon ausgehend, daß sie sie nicht gleich die Regierung kosten würde, wie es dann am 25. Februar geschehen ist. Die Zwänge der internationalen Politik und der Weltwirtschaft ließen den SandinistInnen keine gangbare Alternative als die Anpassung der nicaraguanischen Volkswirtschaft an die kapitalistischen Regeln des Weltmarkts – mit den entsprechenden "sozialen Kosten". Die FSLN ist abgewählt worden, wie bei den letzten 14 Wahlen in Lateinamerika überall die Regierungspartei abgewählt worden ist. Ein kapitalistisches Weltmarktanpassungsprogramm ist für die lateinamerikanischen Länder so unvermeidlich wie es nicht mehrheitsfähig ist.

Honecker & Co sind gestürzt, weil sie keine Reformen in Richtung Kapitalismus durchgeführt haben. Die SandinistInnen sind abgewählt worden, gerade weil sie diese durchgeführt haben, durchführen mußten. Dies mag paradox erscheinen, dahinter aber steckt der Unterschied zwischen Norden und Süden. Denn im Süden, in Lateinamerika, bringt der Kapitalismus keine Zwei-Drittel-Gesellschaft hervor, nicht einmal eine Ein-Drittel-Gesellschaft. Für Lateinamerika ist der Kapitalismus gescheitert und steht dennoch alternativlos da. Lausige Zeiten.

Dennoch und trotz alledem: Viva Sandino y adelante!

EL SALVADOR

Schwächung der FMLN nach den Wahlen?

Interview mit Salvador Samayoa, Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission, am 3. März

Frage: Bush und Cristiani werden jetzt sagen können, daß sie mehr Druck auf die FMLN ausüben müssen?

Samayoa: Das ist durchaus möglich. Sie sagen, daß sie jetzt mit größerem Recht weniger Konzessionen machen müssen. Sie werden glauben, daß sie ruhig abwarten können, bis wir schwächer werden, daß sie den Verhandlungsweg erschweren oder verzögern oder beides. Die andere Möglichkeit ist, daß sie intelligenter sind, aber das halte ich nicht für sehr wahrscheinlich. [...]

Frage: Welchen Weg schlägt die FMLN für die Verhandlungen vor?

Samayoa: Das grundlegende Konzept bleibt bestehen: Reduzierung und Säuberung der Armee sowie Auflösung oder Umstrukturierung der Sicherheitskörper. In dem Maße wie dies erreicht wird, muß die FMLN seine militärische Kraft reduzieren. Was die Demokratisierung angeht, fordern wir freie und saubere Wahlen, wie es sie in Nicaragua gegeben hat. [...].



"Endlich Licht im Hinterhof"

Frage: Wie sehen Sie die Situation in der Region?

Samayoa: Der Prozeß von Esquipulas an sich war nicht das Entscheidende. Wichtiger war der politische Wille der Regierung von Nicaragua. Wenn man die Dinge genau analysiert, wird man feststellen, daß außer Nicaragua kein Land die Übereinkünfte eingehalten hat. [...] In diesem Sinne wird es sich negativ auf den Friedensprozeß in Mittelamerika auswirken, daß die FSLN nicht mehr die Regierung stellen wird.

Frieden oder Todesstarre ?

Frage: In den USA wird die Meinung vertreten, daß die Möglichkeiten für den Frieden heute viel besser seien, da nun alle Regierungen auf ihrer Seite stehen?

Samayoa: So ist es. Wenn sie dieses Konzept von "Frieden" aufrechterhalten, dann ist diese Schlußfolgerung natürlich richtig. Doch ich glaube, daß sie in El Salvador noch sehr unangenehme Überraschungen erleben werden, wenn sie bei dieser Analyse bleiben. In El Salvador haben alle politischen Kräfte versucht, neue Wege zu finden. Die Offensive hatte enorme Auswirkungen im ganzen Land, einschließlich der Sektoren der Privatwirtschaft. Sie erkannten, daß ihre Vorstellungen von einem militärischen Sieg über die FMLN eine Illusion gewesen waren.

Keine voreiligen Schlüsse !

Der einzige Weg, auf dem der Krieg beendet werden kann, ist der Verhandlungsweg. [...] In den Streitkräften selbst ist man in eine intensive Debatte über militärische Kapazitäten (und zukünftige Optionen) eingetreten. Hinzu kommt das politische Problem, der Fall der Jesuiten, die Vergiftung der Beziehungen zu den USA [...].

Frage: Glauben Sie, daß nach dem nicaraguanischen Wahlen die Möglichkeiten für einen Dialog geringer sind?

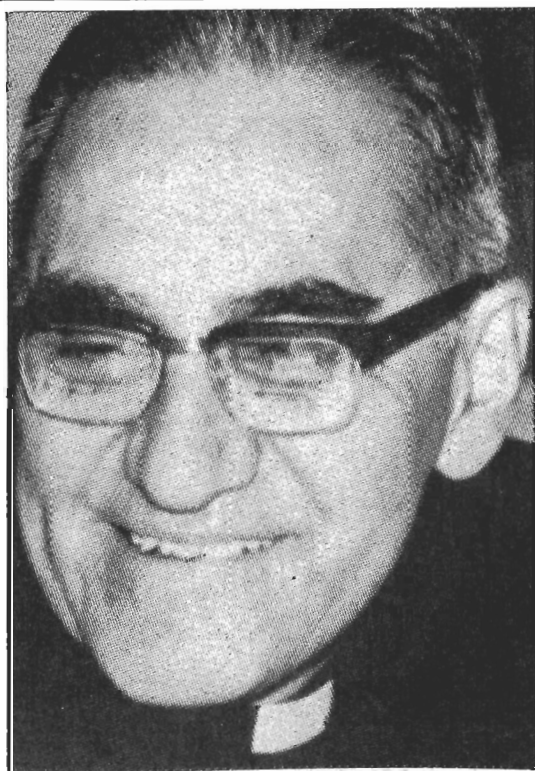
Samayoa: Ich vermute, daß sie für eine gewisse Zeit beschädigt sind, aber sehr bald werden die Verhandlungen wieder auf die Tagesordnung kommen. Es ist sehr voreilig zu sagen, daß die FMLN durch die Wahlen geschwächt wurde oder geschwächt werden wird.

Frage: Was ist die Lektion von Nicaragua?

Samayoa: Uns hat die Konsequenz der Sandinisten sehr beeindruckt, sie haben für Nicaragua die Demokratie erkämpft. [...] Wir glauben, daß das, was in Nicaragua passierte, langfristig die Ideen der Revolution legitimieren wird.

Frage: Und die Lektion für Cristiani?

Samayoa: Erstens wird er schon im Voraus an den Standards dieser Wahlen gemessen werden. Die andere wichtige Lektion ist, daß die Völker vom Krieg und Wirtschaftskrise müde sind. Daher werden sie jegliche Regierung bestrafen, die keines der Probleme löst.



Kontinuität. Am 24. März jährt sich zum zehnten Mal der Tag der Ermordung des Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero. Seine Mörder regieren heute in El Salvador.
- Der Hauptangeklagte für den Mord an den sechs Jesuiten wohnt derzeit in einem Luxushotel am Strand und betätigt sich als Partylöwe.

Dokumentation – Eine Geste für den Dialog

Als Reaktion auf die Aufrufe verschiedener politischer, sozialer und ökonomischer Sektoren an die beiden kriegführenden Parteien hat die Generalkommandatur der FMLN beschlossen, eine Geste von großer politischer und sozialer Bedeutung für El Salvador zu machen. Die wichtigsten Entscheidungen dieser Geste sind die folgenden:

1. Beitrag, um den Spielraum für die Arbeit der politischen Parteien, Gewerkschaften und gremialen Vereinigungen des Landes zu erweitern, der ihre Beteiligung im Kampf um eine politische Verhandlungslösung des Konfliktes erhöht und gleichzeitig die regierungsamtlichen Ausflüchte, die auf die Behinderung dieser Beteiligung und die freie Meinungsäußerung aller nationalen Sektoren abzielen, nichtig macht.

2. Fortschritt im Prozeß der Humanisierung des Konflikts

3. Stärkung der Erfolgsaussichten der Vermittlungsrolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, in dem Versuch, den Verhandlungsprozeß zu vereinbaren und die aktuelle Stagnation zu überwinden, die aus dem Mangel an Flexibilität der Regierung herrührt. Die folgenden Maßnahmen werden ab dem 16. März in Kraft treten:

1. Vollständige Einstellung der Sabotage an öffentlichen Transportmitteln

2. Vollständige Einstellung der Sabotage an Einkaufszentren

3. Vollständige Einstellung der Sabotage an Telefoneinrichtungen

4. Vollständige Einstellung von Attentaten gegen öffentliche Beamte und Zivilpersonen, die nicht Teil des militärischen und paramilitärischen Apparates der Streitkräfte von El Salvador sind.

Diese Gesten sind ein Beitrag unserer Front für den Frieden unseres Landes und sind in Übereinstimmung mit der größten Sehnsucht unseres ganzen Volkes und der verschiedenen politischen, ökonomischen und sozialen Sektoren von El Salvador und dienen dazu, eine politische Verhandlungslösung des Konfliktes zu erreichen, die die Demokratie für die ganze Nation garantiert.

Die Kommandanten: Salvador Sánchez Cerén, Francisco Jovel, Shafik Jorge Handal, Joaquín Villalobos, Eduardo Sancho

13. März 1990

Wir wollen Verhandlungen – jetzt!

Interview mit dem FMLN-Kommandanten Shafik Jorge Handal am 13. März 1990

Frage: Können Sie uns etwas über die jüngste Entscheidung der FMLN und den Stand der Diskussion zwischen der FMLN, der Regierung und dem UNO-Beauftragten, Alvaro de Soto mitteilen?

Handal: Es handelt sich um die Einstellung der vier im Dokument genannten Handlungsoperationen. Was den zweiten Teil ihrer Frage angeht, in Bezug auf den Besuch des persönlichen Vertreters des Generalsekretärs der UNO, will ich den folgenden Kommentar abgeben: Tatsächlich war vorige Woche Herr Alvaro de Soto zu Gesprächen in San Salvador...

Frage: Ist die Suspendierung der genannten Sabotageakte zeitlich unbeschränkt oder werden sie wieder aufgenommen?

Handal: So ist es geplant – ja, sie ist unbeschränkt. Ich war dabei, einen Kommentar über den Besuch der Abgeordneten der UNO abzugeben. Er war zuerst bei Herrn Cristiani, dann bei uns. Was er mitbrachte, war die Behauptung der Regierung, daß nur die FMLN die Zivilbevölkerung schädige. Die internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen hingegen bescheinigen, daß die Beeinträchtigung der Zivilbevölkerung eben gerade von der Regierung herrührt. Cristiani will Vorbedingungen für die Aufnahme des Dialogs stellen, die wir nicht akzeptieren können. Wir haben diese Maßnahme ergriffen, um den Anfang der Verhandlungen zu



erleichtern, die so sehr von unserem ganzen Volk und der internationalen Meinung erhofft werden. Wir halten es für sinnvoll, den verschiedenen Sektoren und Interessenvertretungen die Möglichkeit zu geben, bei der Suche nach einer politischen Lösung teilzunehmen, von der wir glauben, daß sie eine nationale Lösung sein muß.

Frage: Comandante, was denken Sie in der Führungsspitze der FMLN oder den verschiedenen Kadern der FMLN über das, was wir in Kolumbien erlebt haben? Die Guerilla M-19 hat ihre Waffen abgegeben, um sich in einen demokratischen Prozeß einzugliedern. Vergangenen Sonntag nahm diese Gruppierung ja bereits an den Wahlen teil? Das ist ja wohl das, was von der FMLN auch erwartet wird?

Handal: Schauen Sie, wir haben, wie Sie wissen, insbesondere ab Januar des vergangenen Jahres, eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die ihren Zusammenhang, ihre Grundlinie darin haben, daß sie eine politische Verhandlungslösung herbeiführen wollten, die zu einer Demokratie in unserem Lande führt.

Schon seit jenem Januar wollten wir die Präsidentschaftswahlen in einen Beitrag zum Frieden umwandeln – das war nicht möglich, es wurde blockiert, im September, bei dem Treffen in Mexiko, wurde auch ein Vorschlag der FMLN unterbreitet mit sehr konkreten Fristen, mit entscheidenden Schritten, um den Frieden zu erreichen. Alle diese Schritte liefen darauf hinaus, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die dazu nötigen Veränderungen zu suchen und sollten als Ergebnis die Eingliederung in das politische Leben und die Durchführung von allgemeinen Wahlen oder unsere Teilnahme an allgemeinen Wahlen haben. Aber auch das wurde verwehrt. Unsere detaillierten Vorschläge wurden nicht einmal diskutiert, weder in Mexiko noch in San José. Die Vereinbarungen von Mexiko und San José waren, daß die Vorschläge beider Seiten besprochen würden. Wir jedenfalls besprachen den Vorschlag, den die Regierung vorgelegt hatte. Es war ein völlig unvollständiger, einseitiger Vorschlag, in dem nur wir von der FMLN aufgefordert wurden, alles aufzugeben – für nichts, für die Hoffnung, daß man danach vielleicht über andere Punkte reden würde. Das führte zu der Notwendigkeit der Novemberoffensive. Wir konnten uns wirklich nicht für ein Spiel hergeben, daß mit Verhandlungen nichts zu tun hatte. Es war ein Dialog für den Dialog, während sie hofften, sie könnten uns zermürben, uns schwächen. Eine falsche Rechnung: jetzt sind es die Vorbedingungen, mit denen sie vorhaben, den Konflikt zu verlängern. Sie hoffen, daß das Wahlergebnis von Nicaragua bei uns eine Schwächung hervorruft, aber auch das ist eine schlechte Rechnung. Sie sollten uns nicht zu neuen Beweisführungen zwingen.

Verhandlungen unter UNO-Ausgang?

Der Generalsekretär der UNO hat die Aufgabe, die ihm der Sicherheitsrat in der Resolution 637 übertragen hat, sehr ernst genommen. Wir meinen, daß die UNO für Verhandlungen ein sehr glaubwürdiger Rahmen ist. Wir wollten den Weg zu Verhandlungen vereinfachen, wollen Schluß machen mit den Treffen, wo nicht verhandelt, sondern nur geredet wird und man hinterher herausgeht und Anschuldigungen hervorbringt. Was Kolumbien be-

trifft, möchte ich folgendes sagen: In jedem Land gibt es eigene Bedingungen, eigene Probleme. Wir glauben, daß unsere Verhandlung salvadorianisch sein muß, in jedem Sinne; einerseits muß es eine Lösung von Salvadorianern sein, mit der Beteiligung von allen nationalen Bereichen, und andererseits muß es sich um die salvadorianische Problematik handeln, um die salvadorianischen Ursachen des Konflikts und muß zu salvadorianischen Lösungen gelangen.

Einstellung des bewaffneten Kampfes?

Nach dem Debakel in Nicaragua die "Geste" der FMLN

Heulen und Zähneflutschen natürlich auch in der Solidarität mit El Salvador. Hat das Volksprojekt jetzt noch eine Chance, wo die einzige Regierung in Zentralamerika, die die salvadorianische Revolution solidarisch unterstützte, abgewählt wurde? Müssen die FMLN-KämpferInnen nun auf die jahrelangen Forderungen der Regierung eingehen und ohne Gegenleistung die Waffen niederlegen und auf "faire" Behandlung hoffen? Welche Bedeutung hat die Einstellung der Sabotage an einigen öffentlichen Einrichtungen von seiten der FMLN?

Zweifelsohne ist die unerwartete Wahlniederlage der FSLN auch für die FMLN nur schwer zu verdauen, und es ist nicht zu erwarten, daß der Prozeß der internationalen Frontbegründung schon beendet ist. Fidel Castro findet es "widerlich", daß Staaten wie Ungarn, Polen, Bulgarien und Tschechoslowakei in einer UNO-Resolution gegen "die Menschenrechtsverletzungen in Cuba" gestimmt haben, (und auch der Verfasser dieser Zeilen kann sich einer mittelschweren Übelkeit nicht erwehren). Selbstverständlich steht die FMLN heute isolierter im internationalen Zusammenhang als vor den Wahlen, und vergeblich suchen wir eine Macht, die den selbst für ein liberales Politikverständnis banalen Forderungen der Befreiungsbewegung ein entsprechendes internationales Gewicht verleihen würde.

Der Dialog - Original und Fälschung

In den letzten Wochen hatte es so ausgesehen, als ob der Dialogprozeß wieder für unbestimmte Zeit versperrt sein würde, denn Cristiani und andere Regierungsmitglieder ließen keine Gelegenheit verstreichen, ohne ihre Bereitschaft zu beteuern, mit den "Aufständischen" zu verhandeln. Doch leider - so Cristiani - zeigten diese nicht den geringsten Willen dazu. Es gebe nicht einmal ein Zeichen des guten Willens von seiten der Guerilla. Noch vor wenigen Tagen bat Cristiani die FMLN, ihre "Angriffe gegen die Zivilbevölkerung einzustellen". Mehr als alles andere war diese "Bitte" ein bösartiger Appell an das kurze Gedächtnis. Wer bombardiert denn die Zivilbevölkerung seit zehn Jahren in den ländlichen Regionen, wer hat denn ganze Stadtteile der Hauptstadt in Schutt und Asche gelegt und dabei unzählige Todesopfer in der Zivilbevölkerung in Kauf genommen, und wer

hat noch im Februar in Chalatenango ein Rücksiedlungsdorf beschossen, wobei sechs Menschen, darunter vier Kinder getötet und weitere 16 verletzt wurden?? Und schließlich, wer ist denn als Oberbefehlshaber der Streitkräfte verantwortlich für das Massaker an den Jesuiten? Doch wohl der Präsident Cristiani. Möchte er all diese Akte der offenen Barbarei als "Zeichen des guten Willens" verstanden wissen? Für Cristiani hat es bisher nur ein Zeichen der FMLN gegeben, das er akzeptiert hätte: Die Niederlegung der Waffen. Er hatte zwar den UNO-Generalsekretär beauftragt, die Vermittlung von Verhandlungen zu übernehmen. Doch nach der Wahlniederlage der FSLN wählten die Herrschenden in El Salvador die FMLN bereits in den letzten Zügen und rückten immer weiter von der Vorstellung weg, sich mit den "muchachos" an einen Tisch zu setzen. Mit der nun erfolgten Ankündigung der FMLN, in Zukunft auf Sabotage-Akte an verschiedenen öffentlichen Einrichtungen zu verzichten, ist diese engstirnige und militaristische Haltung erst einmal durchbrochen. Eine Verhandlungsrunde mit Pérez de Cuellar dürfte von den Hardlinern kaum noch verhindert werden können.

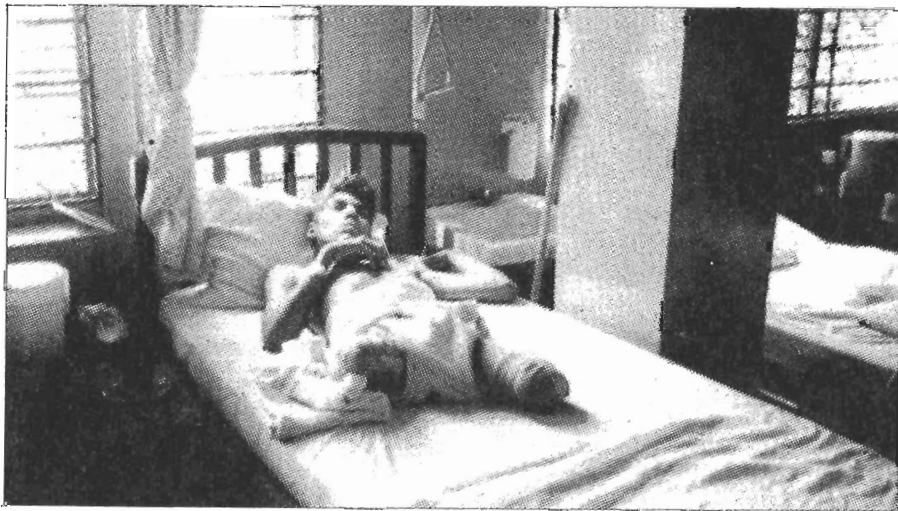
In der Einsamkeit der Kabinen haben die WählerInnen in Nicaragua auch den Krieg abgewählt, der schon so viele Menschenleben kostete. Dabei spielte zunächst keine Rolle, daß sie ihre Stimme denjenigen gaben, die



Die KämpferInnen der kolumbianischen M-19. Beispiel für El Salvador?

von den Verantwortlichen dieses Krieges und als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln aufgebaut und finanziert wurden. Auch in El Salvador gab es diese Tendenz, die in der Konsequenz die FMLN verantwortlich für den Krieg machte. Aber diese Option, dieses Kalkül hat im Gegensatz zu Nicaragua keine Grundlage und keine Logik. Nach den jüngsten Morden an hochrangigen OppositionspolitikerInnen kann niemand ernsthaft fordern, die AktivistInnen der FMLN mögen sich doch "in den demokratischen Prozeß" integrieren und auf legalem Wege versuchen, ihre Ziele zu erreichen. Die Alternative zur FMLN ist die Friedhofsruhe aus den Jahren nach dem Massaker von 1932, die Entfaltung des neoliberalen Wirtschaftsmodells mit weiterer Marginalisierung der Mehrheit der Bevölkerung unter dem "Schutz" der weiter existierenden faschistischen Militärs und Polizeieinheiten.

Die Dialog-Erfahrungen der letzten Monate und Jahre stimmen jedoch wenig optimistisch. Die besondere politische Flexibilität der Guerilla brachte sie ihrem Ziel nicht näher. Die Legitimität des Kampfes der FMLN steht außer Frage, solange die Faschisten in den Kasernen residieren, aber die Legitimität alleine tut es leider nicht. Offensichtlich ist dieses jüngste Zugeständnis der FMLN ein Versuch, aus der drohenden Isolation herauszutreten und in die politische Offensive zu gehen. Sie macht damit einmal mehr deutlich, daß sie den bewaffneten Kampf beenden will. Es deutet jedoch nichts darauf hin, daß dies zum Nulltarif geschehen wird. In jedem Fall kommt nun die Stunde der Massenorganisationen, die - dem ersten Punkt der "Geste" entsprechend - jetzt all ihre Kraft darauf konzentrieren müssen, günstige Vorbedingungen für die anstehende Verhandlungsrunde zu erkämpfen.



Die Minen verursachten ca. ein Viertel der Verluste der Armee - Aber es gab auch Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Opposition nach den Wahlen in Nicaragua

Welche Positionen vertreten die anderen oppositionellen Sektoren? Guillermo Ungo, Präsident der sozialdemokratischen MNR, gibt sich gelassen. In einem Interview im salvadorianischen Fernsehen zitiert er den Chef des US-Südkommandos in Panama, Maxwell Thurman, der vor dem Streitkräfteausschuß des US-Senats ausgesagt hatte, daß die FMLN militärisch nicht zu schlagen ist, eine Tatsache, die nach Einschätzung des US-Militärs zu einer Verhandlungslösung zwingt. Die soziale Basis der FMLN sei beträchtlich, versicherte Ungo und erinnert an die ca. 50% der Menschen in wahlfähigen Alter, die an der letzten Wahl nicht teilgenommen hatten. Militärisch sieht Ungo durch den Wahlsieg der U.N.O. kaum negative Auswirkungen für die FMLN. Sie könne sogar, wenn sich kurz- oder mittelfristig eine Perspektive ergäbe, ihre militärischen Aktivitäten noch steigern. Ungo plädiert für eine Lösung des Konflikts wie in Nicaragua, aber auf salvadorianisch, und das heißt erst einmal Demokratisierung und saubere Wahlen.

Ähnlich unbeeindruckt von den Wahlen in Nicaragua zeigen sich andere Organisationen. Der von den Christdemokraten gegründete Gewerkschaftsverband UNOC kündigte Anfang März verschärfte Kampfmaßnahmen an, falls die Regierung ihre Wirtschaftspolitik nicht revidiere. Die Regierung müsse begreifen, daß nur Verhandlungen mit der FMLN zu einer Lösung des Konflikts und der Wirtschaftskrise führen. Die MPC, eine Bauernorganisation, äußerte sich ebenfalls in dieser Richtung und verurteilte die Verlängerung des Ausnahmezustands als ein Mittel, um die Proteste der Opposition zu kriminalisieren. Auch Rosa Chavez, der Weihbischof von San Salvador, vertritt die Ansicht, daß die neue Situation



in keiner Weise gegen einen Dialog der Regierung mit der Guerilla spreche.

Rubén Zamora von der linksoppositionellen MPSC forderte nach Bekanntgabe der "Geste" der FMLN, daß die Regierung nun nachziehen müsse, was die "Humanisierung des Konfliktes" angehe. Als erstes sollte auf den Einsatz der Artillerie und die Bombardierung der Zivilbevölkerung verzichtet werden. Darüberhinaus müsse Cristiani seine absurde Vorbedingung für Verhandlungen, die Niederlegung der Waffen der Guerilla, aufgeben. Auf die Frage, warum die Sabotage an der Stromversorgung in dem Dokument der FMLN nicht auftauche, antwortete Zamora, daß dieser Punkt sicher in dem denkbaren Katalog der Konzessionen enthalten sei. Der Dialog und die Verhandlungen seien aber ein Prozeß der Gebens und Nehmens, und jetzt ist erst mal die Regierung an der Reihe.

Die Massenorganisationen sind dabei, ihre legale Arbeit wieder aufzunehmen und sich einzuklinken in den Meinungsbildungsprozeß. So ist es z.B. der Nationaluniversität (UES) nach wochenlangem öffentlichen Druck am 13. März gelungen, ihren Campus, der seit den Bombardierungen im November militarisiert war, wieder in Besitz zu nehmen. Ähnlich sieht es mit dem Gewerkschaftsdachverband UNTS aus. Diese und andere Organisationen garantieren neben der FMLN, daß in El Salvador die Dynamik für eine politische Lösung erhalten bleibt. Die Selbstzufriedenheit, mit der die ARENA-Regierung das Wahlergebnis in Nicaragua und die "Geste" der FMLN kommentierte, wird sich schon bald als trügerisch herausstellen.

Kurznachrichten

Ingo Melchers

Flüchtlingslager geschlossen

Anfang März wurden die Flüchtlingslager Colomoncagua und San Antonio in Honduras offiziell geschlossen. Die salvadorianischen Flüchtlinge, die knapp ein Jahrzehnt im Lager Colomoncagua verbracht hatten, sind nach Meanguera/Morazán gegangen, wo sie bereits mit der landwirtschaftlichen und handwerklichen Arbeit begonnen haben. Die RückkehrerInnen aus San Antonio siedelten sich in Gualcho in der Provinz Usulután an.

Ausnahmezustand verlängert

Mit den Stimmen der regierenden ARENA, der PCN (Regierungspartei der 70er) und dem MAC (rechte Abspaltung der Christdemokraten) wurde am 8. März im Parlament der Ausnahmezustand, der u.a. das Recht auf Versammlung einschränkt, um weitere 30 Tage verlängert.

NICARAGUA

Die Regierung wechselt, die Revolution bleibt

Der überwältigende Sieg der UNO und ihrer Präsidentschaftskandidatin Violeta Chamorro bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Nicaragua am 25.2. mit 54,7 zu 40,8% der Stimmen überraschte alle. Annähernd sämtliche Voraussagen und Stimmungsbilder ließen einen mehr oder minder klaren Sieg der FSLN erwarten. Für eine eingehende Wahlanalyse ist der zeitliche Abstand noch zu kurz. Dennoch können mögliche Gründe für die Frente-Niederlage - die nicht einer Niederlage der Revolution gleichkommt - benannt werden. Die Frente Sandinista hat ihre Linie bereits abgesteckt, ihre neue Rolle definiert - "Regieren von unten" heißt jetzt die Parole.

Der Tag danach

Managua präsentierte sich am Montag nach der Wahl in einer paralysierenden Stimmung. Bis auf vereinzelte hupende und "UNO" grölende Autofahrer bot die Stadt ein Bild der Stille und Betroffenheit. Man/frau konnte sich zuweilen gar des Eindrucks der Reue nicht erwehren. Die Ungewißheit über die Folgen dieser Wahl, ein eventuell bevorstehender Bürgerkrieg, der mögliche Verlust revolutionärer Errungenschaften schien quasi die gesamte Stadt lahmzulegen. In der Nacht formierten sich erste Demonstrationzüge, vorwiegend von der Juventud Sandinista initiiert, in denen zur Fortsetzung des revolutionären Kampfes aufgefordert wurde. Vereinzelt kam es zu leichteren Zusammenstößen mit den ebenfalls, allerdings weniger zahlreich, präsenten UNO-Demonstranten.

Was sich Montagnacht abzeichnete, fand am Dienstag seine Fortsetzung. Die Frente-Basis reagierte mit einer massiven Demonstration eigener Stärke auf die unerwartete Niederlage. So wurde die kurzfristig von der Frente organisierte Versammlung auf dem Platz der Blockfreien Länder von ca. 60.000 Menschen besucht. Mit Sprechchören bekundeten die Versammelten ihre Unterstützung für Daniel Ortegas Rede. Der Inhalt sowohl der Sprechchöre (Wer hat die Waffen? Das Volk! Volksmacht! Ein einziges Volksheer! Wir wollen keine Guardias!) als auch der Rede machte deutlich, daß Frente-Führung und Basis einhellig nicht bereit sind, revolutionäre Errungenschaften kampflos preiszugeben. Bei der Wahleinschätzung klappte die Meinung dagegen auseinander. Ortegas Ausführung, daß es sich bei der Mehrzahl der UNO-Wähler nicht um Konterrevolutionäre handele, konterte die Basis mit wütenden "Sie haben sich verkauft!"-Rufen. Abgesehen davon herrschte Übereinstimmung in der Ansicht, daß die verlorenen WählerInnen durch Überzeugungsarbeit an der Basis wieder zurückgewonnen werden

müßten. Insgesamt vermittelte die Kundgebung eine kämpferische, mutmachende Stimmung, die Depression und Lähmung nach der Niederlage vergessen ließ.

Brot und Frieden als ausschlaggebende Wahlmotive

In den letzten Wochen des Wahlkampfes wurde nur noch über die Höhe des FSLN-Sieges diskutiert. Die ostentativ zu Schau getragene Siegesgewißheit könnte viele kritische FSLN-Sympathisanten dazu bewegen haben, um einer starken Opposition willen ihre Stimme der UNO zu geben. In einigen Gesprächen klang dies als mögliches Wahlmotiv durch. Der Wunsch nach einer starken Opposition erklärt sich zumindest teilweise durch den Vertrauens und Glaubwürdigkeitsverlust der Frente, der zweifelsohne in den letzten Jahren stattgefunden hat. Von Korruption und Vetternwirtschaft konnten sich auch die Sandinisten nicht freimachen. Ein Denksatz, der die Frente zu einer stärkeren Basispolitik zurückführen sollte, scheint durchaus im Interesse einiger WählerInnen gelegen zu haben.

Eine Abstimmung mit dem Magen

Letztlich aber, und dies ging aus Gesprächen mit Personen aus verschiedensten Bereichen und Schichten eindeutig hervor, läßt sich das Wahlergebnis nur auf der persönlichen Ebene begreifen. 1989 waren die Reallöhne in Nicaragua auf 5% im Vergleich zu 1980 gefallen. Ab 1988 hatte es mehrere Maßnahmenpakete zur wirtschaftlichen Konsolidierung gegeben, die die staatliche Kontrolle über die Lebensmittelverteilung einschränkten, über eine Kürzung der Staatsausgaben zehntausende von staatlichen Angestellten entlassen mußte und die einzelnen Familien noch mehr in die Abhängigkeit von einer Nebentätigkeit im informellen Sektor brachte.

Befragt, welche Optionen die sandinistische Führung vor der Entscheidung für den harten Wirtschaftskurs diskutiert hatten, antwortet der Wirtschaftsminister Comandante Luis Carrión: *"Wegen der tiefgreifenden strukturellen Ungleichgewichte und des Defizits in der Handelsbilanz hatten wir sehr wenige Optionen. Nur zwei wurden näher betrachtet: Die, die wir durchgeführt haben, und eine andere, das Errichten einer Kriegswirtschaft. Dies hätte bedeutet, zu der Erfahrung früherer Jahre zurückzukehren, aber mit noch mehr Härte und Konsequenz: Preiskontrollen, Rationierung von Lebensmitteln, geplante Verteilung der Produkte. Von der Innenpolitik und der militärischen Verteidigung her gesehen war diese Option einer Kriegsökonomie attraktiv, denn sie hätte eine gleichmäßige Verteilung der Ressourcen gebracht und für sie hätte es viel Sympathie in den ärmsten Teilen der Gesellschaft gegeben. Nachdem wir alles analysiert hatten, sind wir zu dem Schluß gekommen, daß eine solche Kriegsökonomie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht möglich war. Wir hätten damit vielleicht einen momentanen politischen Erfolg an der Basis gehabt, aber letztlich hätte sich die wirtschaftliche Situation verschärft und wäre internationale Isolation die Folge gewesen. Es gibt einen Widerspruch zwischen*

einer solchen Wirtschaftsordnung und einem Prozeß zunehmender politischer Öffnung." (nach: Pensamiento Propio N° 62, Juli '89)

In dieser Situation verspricht die UNO die Abschaffung des Wehrdienstes und rasche ökonomische Verbesserung. (Tragische Anekdote am Rande: Die FSLN selbst war sich der Popularität der Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht wohl bewußt. Aus FSLN-Kreisen wird berichtet, man habe geplant, bei einem als ungünstig verlaufend eingeschätzten Wahlkampf noch vor der Wahl selbst die Abschaffung der Wehrpflicht als "Bonbon" ins Spiel zu bringen, war sich dann aber angesichts der Umfragen und der Menschenmassen bei den Versammlungen eines Wahlsieges so sicher, daß dieser Trumpf im Ärmel blieb.)

Die Mutter, die UNO wählt, aus Angst, daß ihr Sohn zum Heer eingezogen wird, die Marginalisierten, die sich über die UNO eine schlichte Verbesserung ihrer persönlichen ökonomischen Situation versprechen, haben aus eben diesen pragmatischen Gründen die UNO gewählt, nicht aus abstrakt politischen Überlegungen. Sie haben folglich auch kaum gegen die Frente, vor allem aber nicht gegen die Revolution und ihre Errungenschaften gewählt. Jedem Wähler und jeder Wählerin war klar, daß ein Frente-Sieg gleichbedeutend mit einer Fortsetzung des Contra-Krieges wäre, daß das Handelsembargo und die sonstigen ökonomischen Beschränkungen an die Frente geknüpft sind.



Rückkehr nach Hause, Masaya September 1978

"Von unten regieren"

Genau an diese hohe Erwartungshaltung der Bevölkerung an die UNO-Regierung wird die FSLN mit ihrer Politik als Oppositionspartei anknüpfen. So verrückt es klingt: Die FSLN als revolutionäre Partei ist jetzt auch deshalb nicht wiedergewählt worden, weil die Werte und das Bewußtsein, das durch die Revolution geschaffen wurde, im Volk verankert ist. Das Wissen um die Existenz sozialer Rechte und das Einfordern dieser Rechte, die - ohne das dabei die Schuldfrage im Vordergrund stehen würde - unter einer FSLN-geführten Regierung in den letzten Jahren nicht mehr zu garantieren waren, hat mit zur Abwahl der Frente geführt. Das bedeutet aber einen innenpolitisch sehr geringen Spielraum für die Regierungspolitik einer UNO-Koalition, deren Versprechen es war, das Wirtschaftsdilemma Nicaraguas in 100 Tagen zu lösen und den Lebensstandard der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Denn für das eigentlich originäre Projekt der UNO - neoliberales Wirtschaftsmodell, feste Anbindung an den US-Markt, Kürzung des Sozialbereiches und des Staatshaushaltes insgesamt, Reprivatisierung im großen Umfang zugunsten der aus Miami zurückkehrenden UNO-Finanzgeber - gibt es keine Mehrheit. Die UNO ist (abgesehen von der oben erwähnten "Denkzettel-Mentalität") gewählt worden, um die Revolution besser fortzusetzen, als die FSLN das wegen der antagonistischen Widersprüche zur US-Regierung in den letzten Jahren konnte. Würde die neue Regierung nun mit einer Politik beginnen, die offensichtlich erkennbar nur einige Wenige begünstigt, für die große Masse der Bevölkerung aber keine Verbesserung zuläßt, dann wird die FSLN alle Möglichkeiten haben, auch große Teile der 55% UNO-WählerInnen zum Protest zu mobilisieren.

Die Frente setzt eindeutig darauf, zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften ihre Massenorganisationen zu mobilisieren. "Revolutionäre Errungenschaften", das ist für die NicaraguanerInnen eben kein abstrakter Begriff, sondern bedeutet sehr konkret Schulbildung, Gesundheitswesen, Lebensmittelversorgung, Infrastruktur usw. Genau damit hat die UNO ihre Propaganda geführt, daß sie in der Lage wäre, all das besser zu garantieren als die Frente. Daraus läßt sich schließen, daß dieses Wahlergebnis keine fundamentale Verschiebung der Kriterien zugunsten eines reaktionären Modelles bedeutet. So definiert denn auch Daniel Ortega die Rolle der FSLN: *"Wir Sandinisten sind zusammen mit dem Volk die Wächter der Verteidigung dieser fundamentalen Errungenschaften, und wir werden Opposition sein, eine konstruktive aber starke Opposition. [...] Wenn die Regierung der UNO eine patriotische Politik macht, die die nationalen Interessen verteidigt, wenn sie eine konstruktive Politik macht, dann wird sie mit unserer Unterstützung rechnen können. Aber wenn sie das Gegenteil des Versprochenen unternehmen, können wir das nicht unterstützen. Und jene, die ihre Stimme für diese Option abgegeben haben, werden die ersten sein,*

da bin ich sicher, die sich durch diese Option nicht vertreten fühlen."

Keine Verfassungsänderungen möglich

Die Grundfesten der Revolution sind in der nicaraguanischen Verfassung verankert, die Anfang 1987 in Kraft trat. Für eine Verfassungsänderung, die zum Beispiel zur von der UNO geforderten Abschaffung der Wehrpflicht (Abschnitt V und Durchführungsbestimmungen), zur Reprivatisierung des Finanzwesens oder zur Abschaffung des Außenhandelsmonopols des Staates (Art.99) notwendig wäre, würde die UNO eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Nationalversammlung benötigen, über die sie nicht verfügt. Fundamentale Änderungen sind also auf legalem Wege nur unter Mitarbeit der FSLN durchzusetzen. Allerdings läßt die Verfassung eine Hintertür zu, die jedoch auch bei ihrer Anwendung durch die Sandinistische Regierung schon keine Popularität genoß: In Artikel 185 heißt es: "Der Präsident der Republik kann Rechte und Garantien, die in dieser Verfassung verankert sind, im gesamten oder in Teilen des Hoheitsgebietes im Fall eines Krieges, wenn dies die Sicherheit der Nation, oder die wirtschaftlichen Bedingungen erfordern oder im nationalen Katastrophenfall außer Kraft setzen." In Artikel 186 werden diejenigen Teile der Verfassung genannt, die auch im Falle der Ausrufung der Notstandes nicht außer Kraft gesetzt werden können, die oben genannten Abschnitte beispielsweise sind jedoch nicht darunter. Daß sich Nicaragua in wirtschaftlicher Not befindet, bestreitet niemand. Die Not wird durch den/die Präsidenten/in definiert; insofern liegt die Prognose nahe, daß die Ausrufung des Notstandes durch die neue Präsidentin Violeta Chamorro nicht lange auf sich warten lassen wird. Damit würde zumindest die parlamentarische Ebene des Kampfes um die Verteidigung der Revolution wegfallen. Die UNO hat bereits in ihrem Wahlprogramm Verfassungsänderungen angekündigt; nun kann sie diese legal nicht durchsetzen. Eine De-Facto-Änderung der Verfassung auf dem Weg des Notstandes wäre denkbar, aber innenpolitisch überaus unvorteilhaft. Einer der Hauptkritikpunkte der Opposition an der Sandinistischen Regierung war immer die lange Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes, wobei dieser damals noch mit der Kriegssituation begründet werden konnte. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes war Ergebnis des Esquipulas-II-Abkommens vom August 1987.

Wunder gibt es nicht. Der Bauch und der Geldbeutel haben entschieden. Die Söhne und Töchter Sandinos sind auch nur Menschen.

"Todo será mejor!" - Alles wird besser! - Die Wahlparole zeigt, daß sich die SandinistInnen durchaus über den Zustand der Bäuche und Geldbeutel der NicaraguanerInnen im klaren waren. Der ist zehneinhalb Jahre nach der Revolution denkbar schlecht, und die ganz überwiegende Mehrheit will, daß sich dies ändert. So versprochen die SandinistInnen ihnen mit "Todo será mejor!" die bessere Zukunft, so wie sie sie während des Revolutionskampfes für die Zeit nach dem Sturz der Diktatur versprochen haben, so wie sie sie danach für die Zeit nach dem Ende des Krieges gegen die Contra versprochen haben. Doch just als sich 1988 das Ende des Contra-Krieges abzeichnete, explodierte die nicaraguanische Wirtschaft in eine Hyperinflation von 33.000 Prozent und sieht sich die sandinistische Regierung zu einem tiefgreifenden Sparprogramm gezwungen, um die Wirtschaftskrise auch nur so einigermaßen in den Griff zu bekommen: Kürzungen der staatlichen Subventionen, Preiserhöhungen für die öffentlichen Leistungen, Freigabe des Dollarkurses, Entlassungen von Tausenden von Staatsangestellten und etliche Maßnahmen mehr, die sich in ähnlicher Form auch in den berüchtigten "Anpassungsprogrammen" finden, die der IWF den verschuldeten Ländern der Dritten Welt diktiert. Für die ganz große Mehrheit der NicaraguanerInnen verschlechterten sich in der Folge die Lebensbedingungen dramatisch: Die durchschnittlichen Reallöhne waren Ende 1988 auf fünf (!) Prozent ihres Wertes im Nachrevolutionsjahr 1980 gesunken.

"Wir haben immer gesagt: Daß die Sandinisten in so einer katastrophalen wirtschaftlichen Situation die Wahlen gewinnen, das ist echt ein Wunder", so die erste Reaktion eines seit Jahren Nicaragua-Engagierten auf den Wahlschock. Obwohl er jemand ist, der sonst nicht zu den an Wunder Glaubenden zählt, war er sich bis zu den 11⁰⁰-Nachrichten am "Montag danach" des sandinistischen Sieges sicher gewesen. In Nicaragua war die Revolution möglich gewesen, war in der Folge so viel scheinbar Unmögliches möglich gewesen. "Nicaragua" entwickelte eine Mystik, die überzeugte. Die Menschen in Nicaragua wurden uns zu den "Söhnen und Töchtern Sandinos", und wir merkten kaum, wie viel "Neuer Mensch"-Traum dabei trotz aller Undogmatik mitschwang.

Die stärkste Partei des Landes in der Opposition

Auch wenn die FSLN diese Wahlen verloren hat, so darf doch in keiner Analyse der Situation Nicaraguas nach dem 25. Februar vergessen werden, daß die Frente mit 40,8% der Stimmen die mit Abstand stärkste Partei in der Nationalversammlung und mit ihren Massenorganisationen und ihren Strukturen auch die bestorganisierteste Partei im Land bleibt. Die Verwaltungen und die Sicherheitsorgane, die Gewerkschaften - mit einigen Ausnahmen - bleiben in der Hand der Frente Sandinista, an ihr vorbei kann kaum regiert werden. Die FSLN hätte die Möglichkeit, das Land im äußersten Fall unregierbar zu machen. Welche Konsequenzen das allerdings hätte angesichts einer Regierungskoalition, deren politische Führung in öffentlichen Erklärungen den US-Einmarsch in Panama gerechtfertigt hat, mag sich niemand ausdenken. Die FSLN wird daher alles tun, um die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung zu vermindern und im verfassungsmäßigen Rahmen, allerdings unter Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten, Widerstand zu leisten.

Die UNO-Führung - zumindest Violeta Chamorro - scheint sich über die Motive der WählerInnenschaft relativ klar zu sein und weiß auch, daß dieser Wahlsieg noch längst keine dauerhafte politische Hegemonie zugunsten der Rechtskoalition bedeutet. Eine Eskalation vorprogrammierter sozialer Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg wäre nicht auszuschließen, falls die Fronten zwischen Regierung und Opposition sich verhärten. An dieser Eskalation können beide Seiten kein Interesse haben, denn bei allen denkbaren Szenarien wäre der große Verlierer immer die nicaraguanische Bevölkerung, auch wenn sie auf der Seite der FSLN stehen würde. Aus dieser Überlegung er-

Lob des Revolutionärs (B.Brecht)

Viele sind zu viel.

Wenn sie fort sind, ist es besser,
aber wenn er fort ist, fehlt er.

Er organisiert seinen Kampf
um den Lohngröschen, um das Teewasser
und um die Macht im Staat
und er fragt das Eigentum:
Woher kommst du?
und er fragt die Ansichten:
Wem nützt ihr?

Wo immer geschwiegen wird,
dort wird er sprechen
und wo Unterdrückung herrscht und
wo von Schicksal die Rede ist,
wird er Namen nennen.

Wo er sich zu Tisch setzt,
setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch.
Das Essen wird schlecht
und als eng erkannt die Kammer.

Wohin sie ihn jagen, dorthin
geht der Aufruhr
und wo er verjagt ist,
bleibt die Unruhe doch.

klären sich die versöhnungstiftenden Bilder von Violeta Chamorro und Daniel Ortega, die wenige Tage nach der Wahl um die Welt gingen - die "Heilige" und der "Kampfhahn" (so die Wahlpropaganda) schauen sich tief in die Augen...

Die Zeit bis zum 25. April, dem Datum der Regierungsübergabe, wird von Verhandlungen der UNO und der FSLN und vom Stärkezeigen geprägt sein. Ein erstes Ergebnis ist - nach bislang noch unbestätigten Telefonberichten aus Managua - bereits die Anerkennung des sandinistischen Heeres durch die UNO. Danach wird zwar der Verteidigungsminister wechseln, die Strukturen und der Name des Sandinistischen Volksheeres jedoch erhalten bleiben. Auch soll Humberto Ortega in seinem militärischen Rang Oberster Heeresführer bleiben. Weiterer Punkt der Auseinandersetzung ist die Integrität des Innenministeriums und der Sandinistischen Polizei. Der FSLN muß es darum gehen, der UNO jede Möglichkeit zu nehmen, sich einen eigenen Sicherheitsapparat aufzubauen, so daß repressive Lösungen von gesellschaftlichen Konflikten nicht in Frage kommen können.

Contras und Guardias in Armee und Polizei?

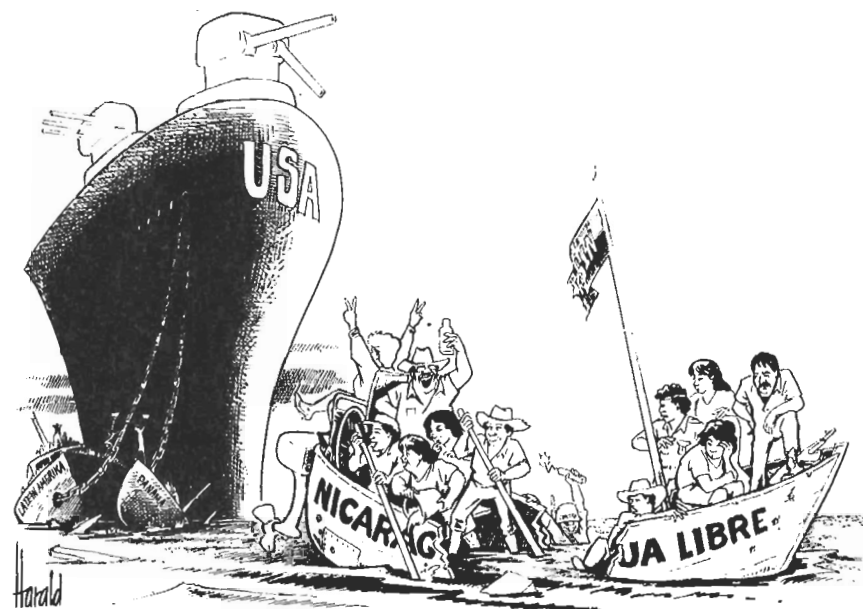
Klar ist aber, daß für beide Bereiche, Armee und Innenministerium, der UNO als Ersatz für sandinistische Führer als einzige "professionelle" Alternative nur Ex-Contras und Ex-Guardias zur Verfügung stehen. Sollte sich das Gerücht bewahrheiten, das einige Tage in Managua kursierte, daß der jetzige Contra-Führer "Comandante Franklin" aus der ultrarechten Fraktion Ambitionen auf das Amt des Innenministers hat, so wäre dies der direkteste Weg zum Aufbau von Todesschwadronen nach salvadorianischem Muster und binnen Kurzem zum unvermeidbaren Bürgerkrieg. Das weiß aber auch die UNO-Führung, die nun in der Zwickmühle steht, die Contras irgendwie in die Gesellschaft integrieren zu müssen, wobei sie ihnen eine gewisse Dankbarkeit nicht versagen darf. Eine Einbeziehung des "harten Flügels" der Contra in die Sicherheitsorgane ist aber innenpolitisch kaum durchzusetzen.

Die deutsche Theologin Dorothee Sölle, die mit der Gruppe "Witnesses for Peace" als Wahlbeobachterin in Nicaragua war, brachte die Beobachtungen der Gruppe nach dem Wahlsieg der UNO mit zwei Worten auf den Punkt: "LIC works". LIC, Low Intensity Conflict, Krieg niedriger Intensität, war die Anfang der achtziger Jahre noch im Gedenken an den Vietnam-Krieg ausgearbeitete Strategie zur Bekämpfung von revolutionären Regierungen und aufständischen Bewegungen. Kernpunkt ist die Vermeidung der direkten militärischen Intervention unter Einsatz von US-Truppen durch die taktisch richtige Mischung von wirtschaftlicher (Embargo), militärischer (Contra) und politisch-psychologischer (Verleumdung durch die US-Nachrichtenagenturen) Kriegsführung. Nach neun Jahren Ag-

gression ist dieses Konzept nun aufgegangen, wobei die Abwahl der sandinistischen Regierung bei der jetzigen Kräfte-Konstellation in Nicaragua für die USA nur eine Zwischenetappe im Kampf gegen nationale Souveränitätsbestrebungen im "Hinterhof" sein kann.

Die USA-nach zehn Jahren wieder ein Bein in Nicaragua

Das Wahlprogramm der UNO war in wesentlichen Teilen von den USA ausgearbeitet worden, die zentralen Punkte entsprechen dem vom US-Außenministerium erarbeiteten "Plan Blau-Weiß". Daß dieser Plan übernommen wurde, ist nicht verwunderlich, denn die Annahme dieser Plattform durch die Oppositionsparteien war die von den USA gestellte Bedingung für finanzielle Unterstützung im Wahlkampf, die denn auch mit insgesamt ca. 12 Mio. US-Dollar nicht zu knapp floß. So gab es auch nur zwei tragende Säulen dieser Koalition von anfangs 14, jetzt nur noch 13 Parteien: Die Dollars und das Ziel des Sturzes der Sandinisten. Darüber hinaus allerdings ist die ideologische Divergenz des UNO-Bündnisses kaum noch zu überbieten: Der rechte - dominierende - Flügel weist deutliche Tendenzen zur Reprivatisierung und zu einem neoliberalen Wirtschaftsmodell auf und hat seine Basis in der durch die Revolution benachteiligten kleinen Oberschicht und in den enteigneten Unternehmern, die sich in Miami aufhalten und nun mit Rückgabeforderungen auf den Plan treten. (Bestes Beispiel für die Dominanz dieser Gruppe ist die bereits im Wahlprogramm enthaltene Formulierung, es werde eine "Regierung der Nationalen Rettung" aufgebaut. Diese Formulierung



war schon vor Jahren vom rechten Unternehmerverband COSEP geschaffen worden.) Die "Kommunistische Partei Nicaraguas", ebenfalls im UNO-Bündnis vertreten, warb gleichzeitig mit dem Slogan: "Mit der UNO wird das Eigentum kollektiv"... Hauptziel der USA muß es sein, dieses Bündnis auch weiterhin zusammenzuhalten. (Die FSLN hat bereits klar formuliert, daß sie sich nicht daran hindern lassen wird, dieser Koalition bei der Klärung von Partei-Positionen zu "helfen" und in der parlamentarischen Arbeit auch die Stimmen der Linksparteien in der UNO-Fraktion der Nationalversammlung zu suchen...) In der Rolle der Opposition hatte die US-Botschaft in Managua als Kommando- und Koordinationszentrale eine wesentliche Funktion; jetzt wird es darum gehen, formal politische Unabhängigkeit unter Beibehaltung eines "guten Verhältnisses" zu den USA zu demonstrieren.

Die Dollar-Millionen, die US-Präsident Bush bereits vor dem 25. Februar für den Fall eines UNO-Wahlsieges zugesagt hat (und die wohl das stärkste Wahlkampfangement der UNO waren) fließen allerdings spärlich. Am 13. März verkündete Bush die Aufhebung des Handelsembargos und die Bereitstellung von 300 Mio. US-Dollar. Davon sollen allein 30 Mio. für die Wiedereingliederung der Contra (deren Aufgabe nun erfüllt ist) dienen, z.B. für die Bereitstellung von Starthilfen, Ländereien etc. Ausgehend von ca. 10.000 Contra-Angehörigen heißt das: 10% der Gesamtsumme der Hilfe werden 0,3% der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Bei einer errechneten Dekapitalisierung Nicaraguas in den letzten zehn Jahren von 16 Mrd. Dollar durch Kapitalflucht, Contra-Krieg, Wirtschaftsboykott und Naturkatastrophen (sh. taz vom 14.3.90) ist die unglaubliche Lächerlichkeit dieser Summe abzuschätzen. So wird sich die Regierung Chamorro in der panamesischen Situation wiederfinden, von den USA an die Macht gehoben und dann wirtschaftlich fallengelassen zu werden. Es scheint jedenfalls bisher, daß nicht einmal das erwartete "wirtschaftliche Strohfeuer" zur kurzfristigen Legitimierung der neuen Regierung entfacht werden kann. Welche Bedingungen die USA in der Folgezeit an die wirtschaftliche Hilfe knüpfen werden, ist noch nicht abzusehen. In Managua ging bereits das Gerücht, die USA würden auf dem Aufbau eines Militärstützpunktes in Nicaragua bestehen... In so einem Fall wäre die Frente mit all ihren verschiedenen Machtmitteln gefordert, eine Eskalation wäre nicht auszuschließen. Doch die Sandinisten bleiben optimistisch. Manuel Urbina, FSLN-Vertreter aus Managua auf einer Veranstaltung in Hamburg: "Mag sein, daß die USA wieder einen Fuß in der Tür haben. Aber wir werden nicht zulassen, daß sie auch den zweiten reinsetzen, und dann werden wir sehen, wie sie mit einem Bein hüpfen können..."

Martin Ling, Bernd Pickert

Dokumentation: Rede Daniel Ortegas, 26. 2. 1990

Noch in der Wahlnacht vom 25. auf den 26. Februar hielt Daniel Ortega um 6.00 Uhr morgens im Kongreßzentrum Olof Palme eine Rede, in der er die Wahlniederlage eingestand. Unter Anwesenheit anderer Comandantes der Nationalleitung der FSLN und dem jetzigen Vizepräsidenten Sergio Ramirez, vor hunderten von internationalen PressevertreterInnen, war dies wohl eine der bewegendsten Reden, die je ein Regierungschef nach einer Wahlniederlage gehalten hat. Wir halten sie für ein wichtiges Dokument und geben sie daher in der Übersetzung von ANN (Heft 192) wieder.

Wir sind am Höhepunkt einer Wahl von historischer Bedeutung für das gesamte nicaraguanische Volk angelangt. Damit sich in Nicaragua alles zum Besseren wende - für alle Nicaraguaner, haben wir in diese Wahl all unsere Kräfte und unsere ganze revolutionäre Überzeugung gesteckt.

Die Frente Sandinista de Liberación Nacional stand beim Kampf gegen die Somoza-Diktatur an der Spitze. Unsere Organisation durchlebte Momente des Schmerzes, wenn wir im Kampf einen Bruder verloren. Aber wir haben gelernt, uns in solchen Momenten voller Widrigkeiten weiterzuentwickeln. Am 19. Juli 1979 eroberten wir gemeinsam mit dem nicaraguanischen Volk das Recht auf Freiheit, auf Unabhängigkeit, auf Demokratie und auf den Frieden.

Diese Frente Sandinista stand mit ihrer revolutionären Regierung in diesen harten, schwierigen und grausamen zehn Jahren an der Spitze der Verteidigung der Interessen der Bevölkerung, an der Spitze der Landesverteidigung, der nationalen Würde, der Souveränität und des Kampfes des nicaraguanischen Volkes um Selbstbestimmung. Und in diesem Kampf für den Frieden haben wir es geschafft, die Konterrevolution zu zerschlagen, so wie wir zuvor den Somozismus zerschlagen haben. Und es ist uns auch gelungen, aller Welt klar zu machen, von wem diese Politik des Todes gegen das nicaraguanische Volk ausging. Der Oberste Gerichtshof in Den Haag verurteilte die USA wegen ihrer kriminellen Handlungen gegen das nicaraguanische Volk und forderte sie auf, die nicaraguanische Bevölkerung zu entschädigen. Auch dies ist für die Völker der Welt von historischer Bedeutung.

Unser heroisches und arbeitsames Volk, dem so viele Opfer abverlangt wurden, hat viele Kämpfe geführt. Wir haben die Sehnsucht des nicaraguanischen Volkes nach Frieden interpretiert und ein eigenes, revolutionäres Projekt verteidigt, dessen Bestandteile ein Mehrparteiensystem mit gemischter Wirtschaft und Blockfreiheit waren. Wir wußten dieses Projekt selbst in den schwierigsten Momenten des Kampfes zu verteidigen gegen die US-Intervention und die interne Polarisierung, die sich aus diesem Kampf ergab.

Später trieben wir mit den mittelamerikanischen Präsidenten die Anstrengungen für den Frieden voran. Wir erreichten Abkommen, die uns alle zur Stärkung der Bemühungen für den Frieden, für Demokratie, für sozioökonomische Entwicklung in die Pflicht nehmen. Um ein für alle Mal diesen Frieden zu erlangen, den das nicaraguansiche Volk so sehr ersehnt und für den es so viel Blut vergossen hat, entschlossen wir uns, die Wahlen, die laut Gesetz im November 1990 vorgesehen waren, schon in den Februar 1990 vorzuziehen.

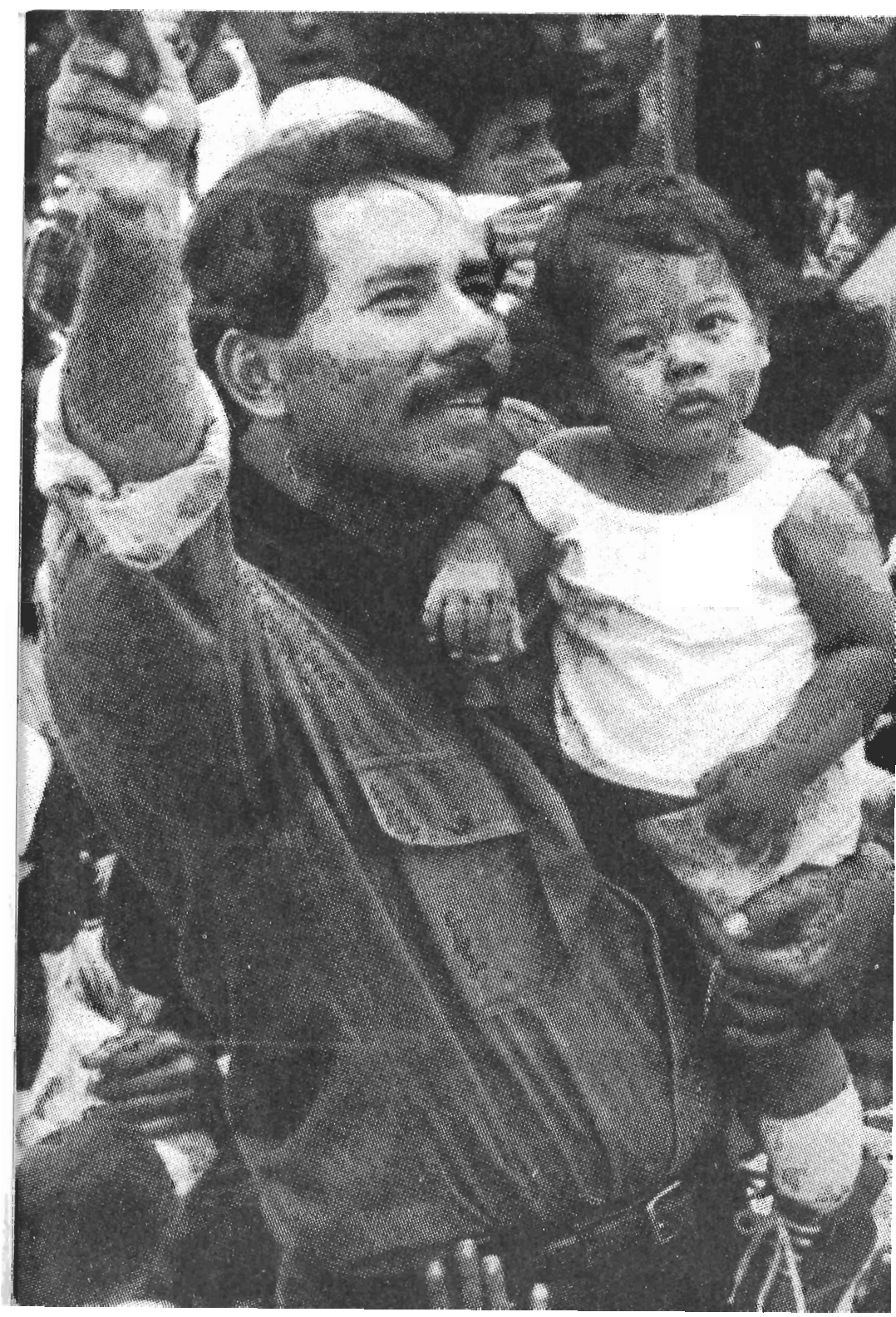
Mit dem Entscheid für ein pluralistisches Projekt haben wir uns der Herausforderung gestellt, uns dem Willen der Bevölkerung in periodischen Wahlen zu stellen, die in der Verfassung der Republik festgelegt sind. Und wir sind in diese Wahlen vom 25. Februar mit der Überzeugung gegangen, daß dieser Kampf auf parlamentarischer Ebene den Krieg ein für alle Mal entscheiden und der nicaraguansichen Bevölkerung Frieden, Stabilität und Ruhe bringen muß.

Die Frente Sandinista hat sich als historische, politische Kraft gemeinsam mit der patriotischen und bewußten Bevölkerung Nicaraguas in diesen Wahlen der US-Politik, den Contras, dem Wirtschaftsboykott, der durch den Krieg verursachten ökonomischen Krise entgegen gestellt. Wir hatten Vertrauen in die Bevölkerung - wir waren sicher, daß der Abschluß dieser Wahlen allen Nicaraguansern diesen Frieden und diese Stabilität bringen würde, die so nötig sind, um unser Land wieder aufbauen zu können, damit es wirtschaftlich wieder bergauf gehen kann, um auch im sozialen Bereich Verbesserungen zu ermöglichen und eine minimale ökonomische Stabilität zu erreichen.

Als Kandidat der Frente in diesen Wahlen habe ich voll Überzeugung und Zuversicht auf den Sieg hin gearbeitet. Doch als Führungsmittglied der FSLN und als Präsident der Nicaraguanser war ich auch davon überzeugt, daß ich noch vor den Interessen einer politischen Partei, die auf parlamentarischer Ebene um das Recht kämpft, das Volk weiterhin zu führen, die Stärkung des revolutionären Prozesses in seiner Gesamtheit verteidigt habe - das heißt, daß ich das Mehrparteiensystem, die Gemischte Wirtschaft und das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung Nicaraguas verteidigt habe.

Niemals gab es in der Geschichte irgendeiner unabhängigen Nation so gründlich beobachtete Wahlen wie diese hier in Nicaragua. Beobachter der Vereinten Nationen, der OAS, der Carter-Stiftung, Beobachter aus Europa, Lateinamerika und anderen Teilen der Welt, sowie Hunderte von Journalisten beobachteten diese Wahlen und berichteten über sie.

Wir sandinistischen Funktionäre wurden auf die Probe gestellt. Wir haben niemals an der politischen Macht geklebt. Wir sind arm geboren und sind bereit, arm zu sterben. Wir haben unsere Kräfte in diese Wahlen gesteckt, um dieses Projekt zu festigen, das zu einer Herausforderung für die Intelligenz geworden ist, für die Vorstellungskraft und für die Kreativität der Völker, die ständig um ihre



Befreiung, ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, ihre Selbstbestimmung und die soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Ich möchte in meinem Namen und im Namen meiner Familie, meiner Genossen und Brüder der Nationalleitung der Frente Sandinista, im Namen der Mitglieder der FSLN, im Namen dieses tapferen, opferbereiten, mutigen und bewußten Volkes, dem so viele Opfer abverlangt worden sind, das an den Wahlen teilgenommen und die FSLN unterstützt hat - in unser aller Namen möchte ich allen Nicaraguanern und allen Völkern der Welt gegenüber betonen, daß der Präsident Nicaraguas, die Regierung Nicaraguas den Willen der Bevölkerung, der bei diesen Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, akzeptieren und anerkennen wird.

Ich halte dies in diesem historischen Augenblick für den wichtigsten Dienst, den wir Sandinisten, die nicaraguanischen Revolutionäre dem Volk von Nicaragua erweisen können - eine saubere, reine Wahl zu garantieren. Wie die Sonne, die uns heute bescheint, beleuchtet die Wahl den Weg zur Konsolidierung der Demokratie, zur Konsolidierung der Gemischten Wirtschaft eines freien, unabhängigen, demokratischen und friedlichen, nicht von einer ausländischen Macht dominierten Nicaragua, in welchem wir Nicaraguaner die Fähigkeit demonstrieren, daß wir diese Träume, diese Hoffnungen in Wirklichkeit verwandeln können.

Der größte Sieg, auf den ich als nicaraguanischer Präsident und als Sandinist stolz bin, und auf den wir Mitglieder der FSLN stolz sein sollten, ist die Tatsache, daß wir an diesem Tag, dem 26. Februar einen neuen Weg für Nicaragua eröffnen, so wie wir dies am 19. Juli 1979 getan haben. Doch dies ist nun ein neuer Weg, in dessen Verlauf der Krieg und die Contra verschwinden sollen, und wo sich die nationalen Interessen gegen die interventionistische Politik durchsetzen sollen.

Wir Sandinisten geben Nicaragua diese Demokratie und diesen Frieden und arbeiten für diese Stabilität und diese Zukunft. Hierzu haben wir uns während der Wahlkampagne verpflichtet. Unabhängig von den offiziellen Endergebnissen, die der Oberste Wahlrat bekanntgeben wird, sollten wir stolz darauf sein, daß dieser Kampf auf zivile Weise und ohne Gewalttätigkeiten geführt worden ist. Wir sind auf alle Fälle bereit, die Ergebnisse dieser Wahl zu respektieren, bei der gestern Hunderttausende von Nicaraguanern für die politische Kraft ihre Stimme abgaben von der sie meinten, daß sie ab dem 25. April regieren solle.

Danke, nicaraguanische Brüder, danke, Brüder und Mitglieder der FSLN, danke, Brüder und Kämpfer des Innenministeriums, die ihr mit eurem Blut diesen Tag ermöglicht und hiermit das Wahlrecht der Nicaraguaner verteidigt habt. Dank des Blutes unserer Helden und Märtyrer und der Schmerzen der nicaraguanischen Mütter, welche nie die Hoffnung verloren, waren diese Wahlen überhaupt erst möglich. Hierfür möchte ich mich bei allen Nicaraguanern bedanken.

Ich fordere heute alle dazu auf, noch mehr als sonst entschlossen und in der Überzeugung zu handeln, daß das, was wir getan haben, korrekt war und daß wir in unseren Vorschlägen und unserem Vorhaben konsequent gewesen sind. In diesen Jahren haben wir viele Opfer und viel Arbeit erbracht.

Einmal mehr gehen wir Sandinisten siegreich aus dem Kampf hervor. Einmal mehr sind wir Sieger, denn wir haben es geschafft, unsere Worte in Taten zu verwandeln, trotz aller Kampagnen, die während dieser Wahl gegen uns durchgeführt wurden, trotz des Mißtrauens, in das man versuchte, die Wahlen zu hüllen, und trotz der systematischen Aktivitäten der Contra, die während des Wahlkampfes Bauern ermordete. Wir gehen siegreich aus diesem Kampf hervor, weil wir Sandinisten diese Opfer nicht erbracht haben, diese Blut und diesen Schweiß nicht vergossen haben, um an Posten und Ämtern zu kleben. Wir haben für das gekämpft, was Nicaragua seit 1821, als sich das Land in eine abhängige Nation verwandelt hatte, verwehrt wurde. Die Unabhängigkeit haben die Nicaraguaner mit Sandino erreicht - mit der Frente Sandinista am 19. Juli 1979.

Nicaragua wurde die Demokratie verweigert, die sozio-ökonomische Entwicklung, das Rederecht, das Organisationsrecht; den Bauern wurde das Recht auf Grund und Boden verwehrt und den Armen die Aussicht auf ein besseres Leben. All das, was dem Volk verwehrt worden war, erreichte die FSLN mit dem Triumph von 1979, als sie die Grundlagen zur Entwicklung eines unabhängigen, würdigen und souveränen Nicaragua legte - eines Nicaragua mit sozio-ökonomischer Entwicklung und umfassender Demokratie.

Und an diesem 25. Februar haben wir Sandinisten die konsequente Einlösung unserer Versprechen bewiesen. Wir sind Wort und Tat und wir sind stolz auf diese Wahlen, unabhängig von den offiziellen Ergebnissen, die der Oberste Wahlrat später bekanntgeben wird.

Wir sind stolz auf den Beitrag dieses kleinen mittelamerikanischen Landes, das Männer hervorgebracht hat wie Darío und Sandino. Nicaragua hat den mittelamerikanischen Völkern, Lateinamerika und der Karibik, den Völkern der Entwicklungsländer dieser ungerechten, zwischen mächtigen und schwachen aufgeteilten Welt ein bißchen Würde, ein bißchen Demokratie und soziale Gerechtigkeit gegeben.

Danke nicaraguanische Brüder und vorwärts! Vorwärts mit unserem Kampf und unserem Kampftruf - dem Ruf von Sandino: Patria Libre o Morir!"

Die Wahlen in den definitiven Zahlen

DIE VERBINDLICHEN ENDERGESBISSE DES OBERSTEN WAHLRATS
FÜR DIE WAHLEN AM 25. FEBRUAR 1990. (QUELLE: ANN, 8. MÄRZ 1990)

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Eingeschriebene Wähler:	1 752 088
abgegebene Stimmen:	1 510 838
ungültige Stimmen:	90 249
gültige Stimmen:	1 420 544

U.N.O.	777 552	(54,7%)
FSLN	579 886	(40,8%)
MUR	16 751	(1,1%)
PSC	11 136	(0,6%)
PRT	8 590	(0,6%)
MAP	8 115	(0,6%)
PSOC	5 798	(0,4%)
PUCA	5 065	(0,3%)
PCDN	4 500	(0,3%)
PLIUN	3 151	(0,2%)

NATIONALVERSAMMLUNG

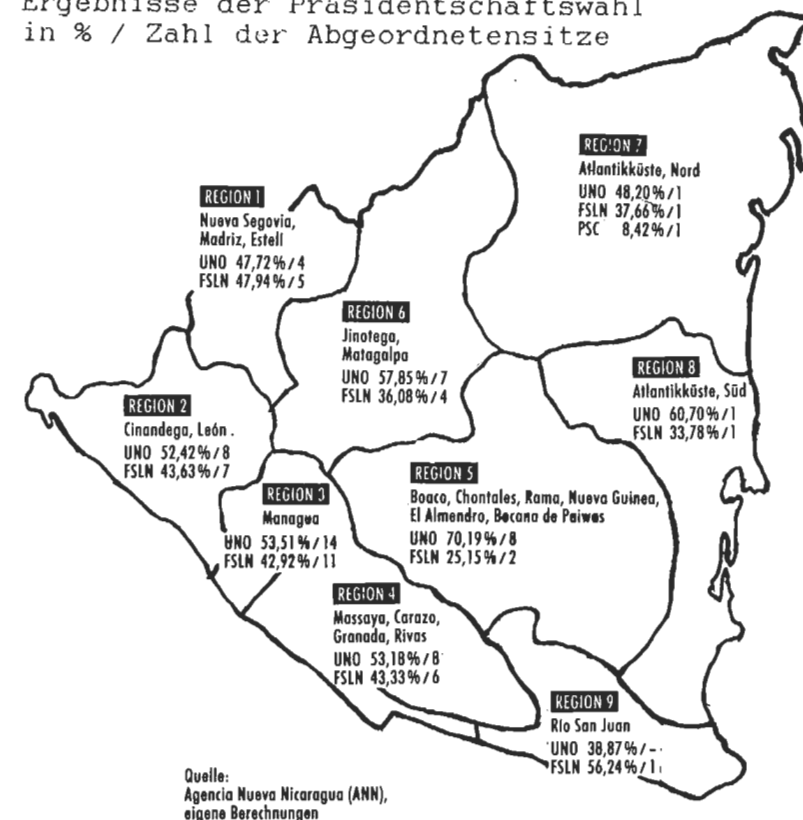
abgegebene Stimmen:	1 512 107
ungültige Stimmen:	92 723
gültige Stimmen:	1 419 384

UNO	764 784	(51 Sitze)
FSLN	579 723	(38 Sitze)
PSC	22 218	(1 Sitz)
MUR	13 995	Zusätzlich gewählt sind Daniel Ortega (FSLN) und Moisés Hassan (MUR). Als Kandidaten für die Präsidentschaft erhielten sie genügend Stimmen, so daß sie nun der Nationalversammlung angehören.
PRT	10 586	
MAP	7 643	
PSOC	6 308	
PUCA	5 565	
PCDN	5 083	
PLIUN	3 515	

U.N.O.	Union Nacional Opositora
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
MUR	Movimiento de Unidad Revolucionaria
PSC	Partido Social Cristiano
PRT	Partido Revolucionario de los Trabajadores
MAP	Partido Marxista-Leninista
PSOC	Partido Social Conservatismo
PUCA	Partido Unionista Centroamericano
PCDN	Partido Conservador Demócrata de Nicaragua
PLIUN	Partido Liberal de Unidad Nacional

Regionale Wahlergebnisse

Ergebnisse der Präsidentschaftswahl
in % / Zahl der Abgeordnetensitze



GEMEINDEN MIT FSLN-MEHRHEIT:

- Región I: Jalapa, Macuelizo, Dipilto, Ocotal, San Fernando, Pueblo Nuevo, Estelí, Condega
- Región II: León, San Pedro del Norte, Cinco Pinos, Somotillo, Larreynaga
- Región III: San Francisco Libre, Mateare
- Región IV: Jinotega, Masatepe, San Marcos, Santa Teresa, San Juan del Sur, El Rosario
- Región IX: San Miguelito, San Carlos, El Castillo

ZUSAMMENSETZUNG DER REGIONALRÄTE DER AUTONOMEN ATLANTIKREGIONEN:

Nordatlantik: Yamata	22	FSLN	21	U.N.O.	2
Südatlantik: U.N.O.	23	FSLN	19	Yamata	3

Die Solidaritätsbewegung – der erste Frust ist überwunden

Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung, jahrelang eine der konstantesten und weitreichendsten internationalistischen Bewegungen in der BRD und anderen Staaten, sieht sich mit dem Wahlsieg der Rechtskoalition UNO vor neue Aufgaben und eine ganze Reihe Unsicherheiten gestellt. Zwar ist der erste Schock überwunden, und die meisten Gruppen haben bereits trotzige "Jetzt-erst-recht"-Flugblätter herausgebracht. Doch gibt es noch immer viele Unklarheiten über die Form, wie die Arbeit weitergehen kann. Vor allem für Gruppen, deren Solidarität ihren Schwerpunkt in der Projektarbeit in Nicaragua selbst hatte, und für Städtepartnerschaftsgruppen, die jetzt in UNO-regierten Gemeinden arbeiten, sind die Perspektiven der weiteren Arbeit noch unklar. Doch die FSLN hat sofort reagiert und der Solidaritätsbewegung Instrumente in die Hand gegeben, die eine weitere Arbeit ermöglichen sollen.

"Wir holen die Pumpe 'raus und schütten den Brunnen wieder zu". Die geplante Wahlfete des Städtepartnerschaftsvereines Kreuzberg - San Rafael del Sur, der gerade ein Wasserprojekt in der mit 70% der Stimmen überdurchschnittlich UNO-dominierten Gemeinde am Laufen hat, geriet zum Diskussionsabend, an dem der Frust herausgelassen werden mußte. "Alles vorbei," so die erste Reaktion wohl der meisten Nicaragua-Solidaritätsgruppen am Abend des 26. Februar 1990. Da hatten Männer und Frauen aus der BRD nun jahrelang zur Unterstützung der sandinistischen Revolution gearbeitet, hatten im Schweiß ihres Angesichts in Staub und Dreck gelebt, hatten sich Parasiten geholt und dann: Dann wählen die Dappels die UNO, von der doch jeder weiß, daß sie der politische Arm des Imperialismus ist. "Das Ende einer Hoffnung" titelte die taz; Depression war angesagt, und wehe, jemand wollte einen da herausholen.

Dann, nach dem Ausschlafen des Wodka-Katers, die Phase des Nachdenkens über die zukünftige Arbeit und die ersten Meldungen aus Nicaragua: Niemand freut sich, die Stadtteilkomitees und Massenorganisationen mobilisieren, spontane Großkundgebungen der FSLN in Managua und andernorts, "regieren von unten", die Kooperativen wollen Waffen, um ihr Land zu verteidigen, Daniel Ortega redet vor InternationalistInnen und fordert die Solidarität "heute mehr denn je" ein; Perspektiven.

Dann: Äußerungen von UNO-Führern, daß die InternationalistInnen das Land zu verlassen hätten, nur noch Experten in Entwicklungsprojekten bleiben dürfen. Im Gegensatz dazu Daniel Ortega: "Wir werden Euer Recht verteidigen, hier mit dem nicaraguanischen Volk zusammen zu sein." Unsicherheit. Mit wem werden wir arbeiten können? Was wird mit den staatlichen Projekten? Wer kann Ansprech-

partnerIn sein? Und immer wieder kommt die Frage, warum die Frente, die so fest in der Bevölkerung verankert ist, den Trend nicht bemerkt hat, warum wir ihn hier nicht bemerkt haben.

Neue Instrumente der Soli-Arbeit

Montag, 5. März: Die Städtepartnerschaft Kreuzberg - San Rafael del Sur hat am Dienstag nach der Wahl eine Einladung an die FSLN ausgesprochen, zwei VertreterInnen in die BRD zu schicken. Beide treffen an diesem Montag ein. Es ist ein harsches Aufeinandertreffen vom hiesigen Frust und dem Optimismus und Kampfgeist der beiden Vertreter aus Managua. Sie bringen im Handgepäck erste konkrete Angebote und Anforderungen mit. Auf nationaler Ebene hat sich ein "Centro de Desarrollo Comunal" (Zentrum für Kommunalentwicklung) gegründet, das als nichtstaatliche Institution fest in Hand der Sandinisten sein wird. Leiterin ist vermutlich die Comandante Monica Baltodano, zukünftig Mitglied des Stadtrates von Managua (Verteilung im Stadtrat: 16 UNO : 4 FSLN). Dieses Centro soll für uns neuer Ansprechpartner auf nationaler Ebene werden und garantieren, daß wir weiterhin Projekte für die Bevölkerung durchführen können und diese von der FSLN politisch ausgenutzt werden, nicht von der UNO. Außerdem hat es in der Region III die Gründung einer Regionalstiftung mit Namen FUNDECOM (Fundación de Desarrollo Municipal y Comunal = Stiftung für Gemeinde- und Kommunalentwicklung) gegeben, die ebenfalls die Rechtsform einer privaten, nichtstaatlichen Organisation haben wird. Leitung hier: Der jetzige Bürgermeister von Managua Carlos Carrión. Dritte Neugründung ist die Federación de Consejeros Sandinistas (Verbund der sandinistischen Gemeinderäte) auf nationaler Ebene. Dieser Verbund wird politisch arbeiten und schließt alle Gemeinderäte der FSLN und die Kandidaten zu den Gemeinderäten ein. Dadurch soll gesichert werden, daß die politischen Linien der beiden oben genannten Organisationen fest mit der jeweiligen Basis abgestimmt werden, und daß die FSLN auf nationaler Ebene in der Lage ist, anhand der Entwicklung in den Gemeinden konkrete, konstruktive Oppositionspolitik zu machen.

Die FSLN-Vertreter sehen diese Organisationen, abgesehen von der FSLN selbst und den sandinistischen Massenorganisationen als zukünftige Ansprechpartner für die Solidaritätsgruppen an. Sie hoffen, damit ein konkretes Angebot zu machen, daß die Gruppen, die in Nicaragua Projektarbeit geleistet haben, ausnutzen können. Sie gehen davon aus, daß die Frente dort stark genug sein wird, um zu verhindern, daß zum Beispiel von FUNDECOM mit unserer Unterstützung durchgeführte Projekte der jeweiligen UNO-Bürgermeisterei zugeschrieben werden. Wieweit allerdings in wesentlichen infrastrukturellen und sozialen Bereichen wie Bildung, Gesundheit etc. eine Parallelstruktur zum Staat aufgebaut werden kann, bleibt ungewiß, zudem es eine politische Aufgabe der FSLN sein wird, die Wahrnehmung der Verantwortung des Staates für diese Bereiche einzufor-

dern. Diese Institutionen dürften realistisch als erste "Schnellschüsse" zu werten sein, deren genaue Struktur und Arbeitsweise sich noch verändern wird. Sie zeigen jedoch die Richtung auf, in die nach Meinung der FSLN die weitere Arbeit der Solidaritätsbewegung gehen soll. Vieles hängt jedoch tatsächlich davon ab, wieviel Spielraum eine UNO-Regierung einer politisch motivierten Projektarbeit geben wird. Das geht bereits bei der Frage der Einreise-Visa los; die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen FSLN und UNO über das Innenministerium, dem auch die Ausländerbehörde angehört, werden entscheidend sein.



Pressekonferenz im Rathaus Kreuzberg: Manuel Urbina (links) und Edwin López

Schwierig ist die Situation für die Städtepartnerschaften. Es gibt bereits Anzeichen dafür, daß in Städten, Bezirken und Gemeinden, wo Fördervereine oder Initiativen seit Jahren um die offizielle Unterzeichnung kämpfen, jetzt die Einrichtung der Städtepartnerschaft von rechten SPD-Kreisen, die das bisher ablehnten oder verschleppten, befürwortet wird. Die Soli-Vereine werden sich sehr schnell darüber Gedanken machen müssen, wie das verhindert werden kann. Daß die Einrichtung einer solchen Städtepartnerschaft mit einer UNO-geführten Bürgermeisterei nicht im Sinne einer Solidaritätsarbeit sein kann, dürfte wohl außer Diskussion stehen.

Die Arbeit der Solidaritätsbewegung wird sich verändern müssen. Einige Aufgaben sind bereits zu benennen und seien hier thesenhaft formuliert:

- Die Arbeit muß politischer werden, Öffentlichkeitsarbeit hier über die konkreten Veränderungen in Nicaragua und die Rolle der BRD-Regierung dabei wird noch wichtiger werden als bisher.
- Es muß direkt mit der FSLN und ihren Massenorganisationen zusam-

mengearbeitet werden.

- Die weitere Projektarbeit in Nicaragua ist abhängig zu machen von den Möglichkeiten, die die UNO hat, diese Projekte politisch auszunutzen.
- Bestehende Projekte müssen wie geplant zuende geführt werden. Die Gruppen würden der Frente mit dem überstürzten Abbrechen von Sozialprojekten einen Bärendienst erweisen. Der Vorwurf, es sei der FSLN mit diesen Projekten nur um Machterhalt gegangen, nicht um die Situation der Bevölkerung, wäre zu einfach zu erheben. Die letzte Entscheidung über Einstellen oder Fortführung begonnener Projekte liegt aber bei den AnsprechpartnerInnen der FSLN.
- Die bisher offiziell vereinbarten Städtepartnerschaften werden aufrechterhalten, wobei die Fördervereine die politische Aufgabe haben, offizielle Kontakte der hiesigen Behörden/Stadtverwaltungen mit den zukünftigen UNO-Bürgermeistern zu verhindern. Stattdessen werden die Basisorganisationen und die neugeschaffenen nichtstaatlichen Einrichtungen unter Regie der FSLN die PartnerInnen für eine Zusammenarbeit, eventuell auch im Bereich kommunaler Entwicklungsprojekte sein.
- Neue Städtepartnerschaften mit Gemeinden, in denen die UNO gewonnen hat, dürfen nicht abgeschlossen werden. Die Gruppen, die als Initiativen zur Einrichtung solcher Städtepartnerschaften gearbeitet haben, ohne die offizielle Vereinbarung bis jetzt zu erreichen, müssen alles tun, damit jetzt nicht die CDU oder rechte SPD-Verbände ebenfalls "Jetzt erst recht!" sagen.
- Die Gemeinden und Städte, in denen die FSLN gewonnen hat, müssen verstärkt unterstützt werden. Die FSLN selbst möchte diese Gemeinden mit der materiellen Hilfe der Solidaritätsbewegung zu Beispielen machen.
- Die Strukturen, die die Nicaragua-Bewegung sich hier geschaffen hat, müssen aufrechterhalten werden. Es gilt zu verhindern, daß nach einem kurzen trotzigen Aufblühen die Bewegung einschläft, sich anderen Zielen widmet und nur noch Diskussionszirkel übrigbleiben. Mehr denn je muß die Solibewegung eine verlässliche Partnerin der FSLN sein.

Bernd Pickert

Der Nicaragua-Arbeitskreis Berlin/DDR sucht Kontakt zu Gruppen, die sich ebenfalls mit dieser Thematik beschäftigen. Wir sind gespannt, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen und sind an vielen Informationen interessiert.
Anschrift: c/o Krista Nowak, Winsstr. 23, Berlin 1055/DDR

Abwarten und weiter Nica-Kaffee trinken . . .

Die goldenen Packungen mit der "Sandino Dröhnung" drin sind in 10 Jahren Nicaragua Libre zu einem fast unverzichtbaren Möbelstück bundesdeutscher WG-Küchen geworden. Was aber nun, da Nicaragua ja nicht mehr so "Libre" ist wie noch vor dem 25. Februar? Weitersaufen wie bisher? Oder gar als "UNO-Kaffee" boykottieren und wieder auf Jacobs Verhöhnung umsteigen? Wie es weitergehen soll und wird, läßt sich zur Zeit sicherlich im einzelnen noch nicht sagen, wird auch viel von den Entwicklungen in Nicaragua in den nächsten Wochen und Monaten abhängen. Eine erste Stellungnahme der Mittelamerika-Kaffee-Import GmbH (MITKA), der wir bislang unseren allmorgendlichen Soli-Kaffee zu verdanken hatten, dokumentieren wir im folgenden.

Angesichts des unerwarteten Wahlausgangs in Nicaragua ergibt sich für den Soli-Handel eine völlig neue Situation. (...) Wir werden den Verkauf von Nicaragua-Kaffee vorerst nicht einstellen. Durch gerade frisch eingetroffenen (Februar 1990) Solidaritäts-Kaffee, der circa einer Jahresmenge entspricht, wird das Projekt "La Paz del Tuma" (in der Region Matagalpa) weiterhin unterstützt. Für die Zukunft müssen wir auf jeden Fall unsere Spendentätigkeit neu überdenken, da wir das Nicaragua der UNO nicht unterstützen wollen.

Der Export von Kaffee ist in Nicaragua, wie der gesamte Außenhandel, staatlichen Stellen vorbehalten. Diese Regelung zählt zu den Errungenschaften der sandinistischen Revolution. Sie verhindert, daß die wenigen Devisen, die ja in Nicaragua vor allem durch Kaffee-Export erwirtschaftet werden, gleich wieder in private Taschen fließen oder gar reexportiert werden und ist in der Verfassung verankert. Die neue Regierung hat keine ausreichende Parlamentsmehrheit, um diese Regelungen abzuschaffen. Auf der anderen Seite bedeutet das für uns, daß ein Import von Kaffee zu denselben Bedingungen wie bisher nicht mehr in Frage kommen wird. Wir haben bisher nicht nur eine Mehrzahlung für Projekte geleistet, sondern auch an die staatliche Exportfirma ENCAFE einen garantierten Mindestpreis gezahlt, der zuletzt 75% über dem Weltmarktpreis lag. Bisher war uns dieses bewußte Zahlen eines etwas gerechteren Preises selbstverständlich, wurde doch auch damit das Projekt der sandinistischen Revolution insgesamt unterstützt.

Langfristig gibt es zwei Möglichkeiten betreffs des Kaffees: Wir betreiben den zügigen Ausverkauf und hören danach auf. Oder wir machen mit einer stark veränderten Konzeption weiter. Der Direktimport könnte zum Beispiel eine Unterstützung der Kooperativen und Genossenschaften sein, die wegen ihrer politischen Arbeit den Angriffen der Contra ausgesetzt waren und jetzt vielleicht bald von der neuen Regierung angegriffen werden. Weitere Möglichkeiten der Unterstützung wären für uns auch Projekte der Volksorganisationen, der Gewerkschaften und natürlich der FSLN.

Einige Gruppen der MITKA wollen den Import von biologisch-organischem Kaffee weiterführen. Der Pestizidverbrauch bleibt ein politisches Thema, auch nach den Wahlen, wie auch unsere Forderung nach biologischer Anbauweise sich nicht verändert hat. Da wir zusammen mit der GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt) die bisher einzigen Abnehmer des Café Organico sind, versuchen wir, die zugesagte Menge, die einer Jahresproduktion entspricht, abzunehmen. Dies geschieht allerdings nur unter folgenden Bedingungen:

1. An ENCAFE wird lediglich der aktuelle Weltmarktpreis gezahlt.
2. Unsere freiwillige Mehrzahlung auf den Weltmarktpreis plus dem 30%igen Aufschlag für den biologischen Anbau sowie die für "La Paz del Tuma" vorgesehenen Spenden von mindestens 1,- DM pro Kilo werden hier auf einem Sonderkonto gesammelt und nach sorgfältiger Überprüfung der weiteren Entwicklung an Projekte in Nicaragua weitergeleitet.

Unsere politische Arbeit zu Nicaragua und Mittelamerika wird zweifelsohne weitergehen, obwohl momentan weder Durchhalteparolen noch "das Kopf-in-den-Sand-Stecken" angesagt sind. Wir sind uns klar darüber, daß Nicaragua als Hoffnungsträger für eine gerechtere Welt nicht mehr als Ganzes unterstützt werden kann.

Stellungnahme der Mittelamerika-Kaffee-Import GmbH (MITKA), 4.3.90

MITKA ist ein Zusammenschluß von:
 Berliner KaffeeGenossenschaft, ökotopia
 (Berlin); Eine-Welt-Laden Tupac Amaru
 (Bremen); Venceremos (Coesfeld);
 Solidaritätsshop (Frankfurt); El Rojito
 (Hamburg); Kaffee-Aktion (Hannover);
 Nicaragua Libre e.V. (München); Dritte-
 Welt-Partner (Ravensburg)



KUBA

Die These vom »Erhalt des Sozialismus in einem Land«

Bush bläst zum Sturm auf das "letzte kommunistische Bollwerk" in Lateinamerika. Die Folgen der sandinistischen Wahlniederlage vom 25. 2. spürt mensch nicht nur in Nicaragua, bei der FMLN in El Salvador oder in der hiesigen Soli-Szene (siehe Artikel in diesem Heft). Steht den KubanerInnen, bedingt durch die Veränderungen in Osteuropa und der Sowjetunion, wirtschaftlich das Wasser bereits bis an den Hals, ziehen nun die USA ihrerseits die Daumenschrauben stärker an. Durch einen militärischen (Panama) und einen politischen Erfolg (Nicaragua) gestärkt, macht sich US-Präsident Bush auf, das von Reagan eingeläutete "Ende des Kommunismus" - zumindest in Amerika - selbst herbeizuführen.

Daß Kuba harte Zeiten bevorstehen würden, war mit dem Ausbreiten von Perestroika, Glasnost und Wirtschaftsreformen im sozialistischen Lager absehbar. Bereits beim Besuch Gorbatschows im April '89 war eine Unzahl von JournalistInnen in Erwartung eines spektakulären Bruches der sowjetisch-kubanischen Beziehungen angereist - vergeblich. Im Anschluß wurde in der Presse monatelang über die Aufkündigung der Handelsabkommen durch die Sowjetunion spekuliert, ohne daß genauere Informationen zu Tage gefördert wurden. Seit den vielbeklatschten "Revolutionen" im ehemaligen Ostblock schreiben die mit Kuba befaßten JournalistInnen der westlichen Welt, erleuchtet von so viel Demokratie und Marktwirtschaft unaufhörlich den Fall Fidel Castros herbei. In der weisen Einsicht, "daß unser System das beste ist" und "die im Osten" das nun auch endlich gemerkt hätten, wird noch unverblümt und blinder die eigene Meßlatte angelegt. Doch ist die wirkliche Situation Kubas weitaus komplizierter. Eine Reihe von internen und externen Faktoren, die sich gegenseitig beeinflussen, machen eine genaue Analyse zu einem schwierigen Unterfangen.

Seit Gorbatschows Besuch vor fast einem Jahr hat sich in der Welt Einiges getan, wodurch die Lage Kubas sich innerhalb kurzer Zeit drastisch verschlechtert hat:

- Die "Ochoa-Affäre" hatte Korruption, Amtsmissbrauch und Verwicklung hoher Funktionäre und Militärs in den Drogenhandel (siehe Artikel) ans Tageslicht der weithin schockierten kubanischen Öffentlichkeit gefördert. Trotz weitreichender Aufklärung und eines umfassenden Gerichtsprozesses wurde das Vertrauen der Bevölkerung in Regierung und Partei stark angeschlagen.

- Wurden die Reformen in Polen und in Ungarn in Kuba noch mißbilligend, aber gelassen zur Kenntnis genommen, so stürzten die Ereignisse in der DDR im November die KubanerInnen in eine schwere Krise. Die DDR war nicht nur ein wichtiger Handelspartner und permanenter Ausbilder für 10.000 KubanerInnen, sondern auch Vorbild für den sozialistischen Aufbau. Castro schlug in seinen Reden härtere Töne an, diagnostizierte die "Auflösung des sozialistischen Blocks", kritisierte die Rückkehr zum Kapitalismus und verpflichtete Kuba zum unbeirrbar Fortschreiten auf dem Weg zum Sozialismus - "Socialismo o Muerte" (Sozialismus oder Tod), so heißt die Parole.

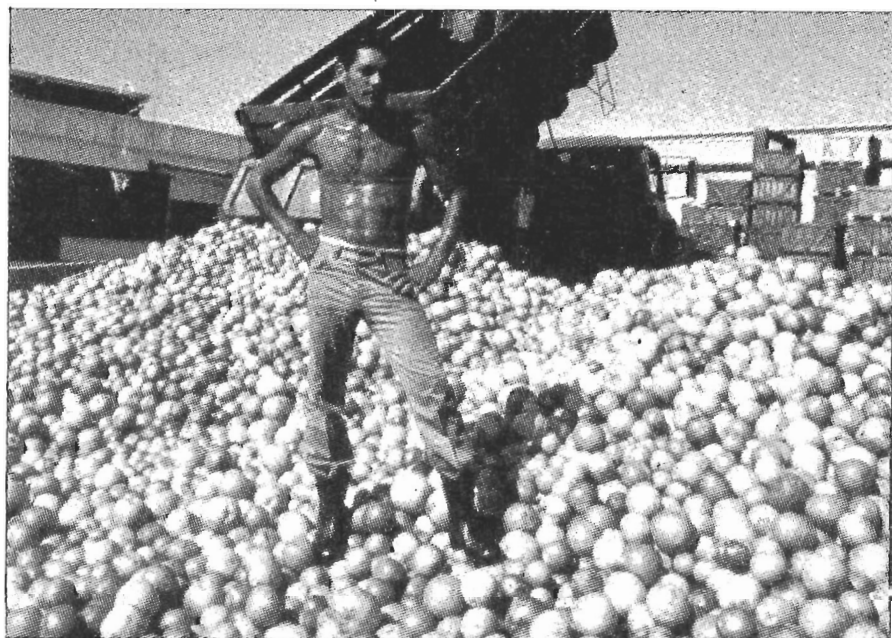
- Die US-amerikanische Invasion in Panama versetzte Kuba in höchste Alarmbereitschaft und wurde als deutliche Drohung der USA gegen das eigene Land verstanden. Darüberhinaus Kuba ging nicht nur ein politischer Verbündeter im karibischen Raum gegen den US-Imperialismus verloren, sondern auch ein wichtiger Handelsort, denn über die Freihandelszonen in Panama besorgte Kuba sich in Umgehung des Handelsembargos eine Reihe von wichtigen US-Produkten.

- Die überraschende Abwahl der SandinistInnen in Nicaragua läßt Kuba wieder zum einzigen revolutionären Land in ganz Lateinamerika werden. War das Hauptaugenmerk der USA seit dem 19. Juli 1979 auf die Vertreibung der SandinistInnen von der Macht in Nicaragua gerichtet, scheint den USA nun der Moment gekommen, sich massiv dem nie aufgegebenen Ziel des Sturzes der "kommunistischen Diktatur Castros" zu widmen. "Hoy Daniel, mañana Fidel" (Heute Daniel, morgen Fidel) wurde dann auch kurz nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses in Nicaragua von Exilkubanern in Miami skandiert.

- Seit einigen Wochen bestimmen ernste Versorgungsengpässe auf allen Ebenen den Alltag. Es ist nun offensichtlich, daß RGW und Sowjetunion ihren Liefervereinbarungen nicht nachkommen bzw. diese sich stark zuungunsten Kubas verändert haben.

Orangen statt Brot für's Volk

Wie es wirtschaftlich weitergehen wird, weiß auch Staatschef Fidel Castro nicht zu sagen: Nicht einmal die Versorgung für dieses Jahr sei sichergestellt und für das Planjahr fünf 1991-95 herrscht "die absoluteste Unsicherheit", so der "Máximo Líder". Das Ausbleiben von Weizenlieferungen aus der Sowjetunion hat bereits dazu geführt, daß Brot - zu deutlich gestiegenem Preis - seit Jahren erstmals wieder im ganzen Land rationiert werden mußte. Dafür wurde der heimische Markt mit für den Export bestimmten Zitrusfrüchten überschwemmt, die von der Sowjetunion nicht abgeholt wurden und zu verfaulen drohten. Und gab es beim Import nur für Devisen erhältlicher Artikel schon immer gewisse Probleme, dehnen diese sich nun auf Importe aus den RGW-Ländern, wie zum Beispiel



Wohin damit ?

Busse, PKW's, Elektrogeräte oder Ersatzteile aus. Die Umstrukturierung der Betriebe in Osteuropa hin zu marktwirtschaftlich rechnenden Unternehmen hat für die zu über 80% auf den RGW ausgerichtete kubanische Wirtschaft verheerende Folgen. Waren bisher Importe und Exporte langfristig zu günstigen Konditionen garantiert, muß das Außenhandelsministerium nun mit einer Vielzahl von mehr oder weniger selbständigen Unternehmen Verträge aushandeln, die sich dann nicht wie bisher üblich in Verrechnungs-Rubeln zahlen lassen. Es gibt Berichte, denen zufolge seit Wochen kubanische Flugzeuge in der Sowjetunion auf ihre Wartung warten, da Kuba die neuerdings dafür notwendigen Devisen nicht aufbringen kann.

Ein einigermaßen kalkulierbarer Verlust läßt sich beim Erdöl bereits ausmachen: Die Sowjetunion kürzte ihre Lieferungen schon 1989 derart, daß für Kuba die bisher üblichen Re-Exporte unmöglich werden, was einen Einnahmeverlust von \$500-600 Mio pro Jahr bedeutet. In welchem Umfang und zu welchem Preis die Sowjetunion in Zukunft Produkte und Rohmaterialien zu liefern und zu kaufen bereit ist, bleibt ungewiß, und auch über die zukünftig im RGW herrschenden Austauschbedingungen besteht noch keine Klarheit. Die Tendenz ist allerdings eindeutig (in Richtung Marktwirtschaft), was für Kuba die Probleme verschärfen wird. Wie sich das auf den Bau des AKW's bei Cienfuegos oder den noch immer alles dominierenden Zuckersektor auswirken wird, bleibt düstere Spekulation.

"Feuer frei"

Bereits am 7.12.vorigen Jahres, dem Tag, an dem Kuba den 2000 in Angola gefallenen InternationalistInnen gedachte, kam es bei Guantánamo zu einer Provokation: Aus der seit 1901 existierenden US-amerikanischen Militärbasis an der Bucht von Guantánamo heraus wurde auf kubanische Posten geschossen, die glücklicherweise unverletzt blieben. Ende Januar kam es zu einem erneuten Zwischenfall: Als der US-Küstenschutz einen kubanischen Frachter (der unter panamaischer Flagge lief) in mexikanischen Hoheitsgewässern durchsuchen wollte (angeblich wegen des Verdachts auf Drogen), weigerte sich die Besatzung. Daraufhin wurde das Schiff eineinhalb Stunden lang von den US-Amerikanern beschossen, bevor es völlig zerlöchert den Hafen von Tampico in Mexiko erreichte.

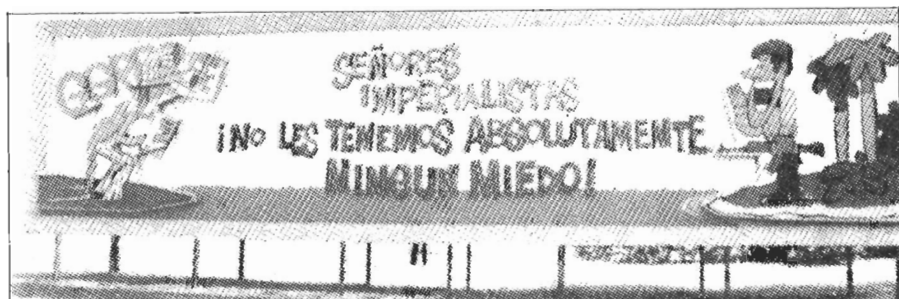
Eine weniger gewaltsame, aber nicht minder unverschämte Aggression stellt das nordamerikanische "Tele Martí"-Projekt dar: Von Miami aus soll ein eigens zu diesem Zweck installierter Fernsehsender Kuba mit Anti-Castro-Propaganda "versorgen"(siehe folgenden Artikel).

Die Liste der Provokationen ließe sich um die massive Präsenz von US-Kriegsschiffen um Kuba herum, drohende Äußerungen von US-Regierungsvertretern etc. verlängern. Deutlich scheint jedoch bereits jetzt, daß die Vereinigten Staaten in Ermangelung einer kohärenten Strategie kein Mittel ungenutzt lassen werden, Druck auf Kuba auszuüben.

Rectificación ohne Chance ?

Die noch immer extrem starke Abhängigkeit Kubas von politischen und ökonomischen Entwicklungen, auf die es keinen Einfluß hat, darf allerdings den Blick nicht verstellen für eine kritische Betrachtung der Situation im Land selbst. Die Mitte der 80er Jahre begonnene "Rectificación" (Kurskorrektur auf dem Weg zum Sozialismus) hat zwar in punkto Entbürokratisierung und Flexibilität, der Einführung neuer Gesetze und Organisationsformen - wie z.B. im Baubereich durch "Kontingente" und "Mikrobrigaden" - eine gewisse Erstarrung aufgebrochen, ist aber noch weit davon entfernt, ihre Ziele zu erreichen. Die Arbeitsproduktivität hat vielfach keine nennenswerte Steigerung erfahren, Schlamperei und Fehlplanung existieren weiterhin; die Produktion von Gemüse ist 1989 sogar um unerklärliche 25% hinter der des Vorjahres zurückgeblieben. Die Stimmen mehren sich für die Wiedereinführung des freien Bauernmarktes, der nach einer relativ kurzen Versuchsphase vor einigen Jahren verboten worden war. Angesichts der sich jetzt dramatisch verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen scheint es fraglich, ob die mit der "Rectificación" in Gang gesetzten langsame Prozesse heute überhaupt noch Aussicht auf Erfolg haben, oder eigentlich längst von einer mächtigeren Kraft überrollt wurden.

Wie aussichtsreich ist es, mit einer moralisch motivierten Kampagne die Bevölkerung auf neuerliche Einschränkungen vorzubereiten und gleichzeitig deren Arbeitsmoral erhöhen zu wollen? Wie weit verbreitet sind Müdigkeit und Resignation nach 31 entbehrungsvollen Revolutionsjahren? Wie attraktiv erscheinen unter den erneuten Verknappungen besonders den jungen KubanerInnen die Lebensbedingungen der Verwandten in Miami? - Diese Fragen sind sich wohl kaum zu beantworten. Feststellen läßt sich lediglich, daß in Havanna und im Umfeld der Haupttouristenorte die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen am Größten ist. Auch ist auf dem Land die Versorgung mit Lebensmitteln in der Regel einfacher und die Erinnerung an Armut und Unterdrückung vor der Revolution noch gegenwärtiger.



"Imperialisten! Vor Euch haben wir absolut keine Angst!"

Von einer Opposition kann in Kuba allerdings bisher keine Rede sein. Die einzige organisierte Form von Kritik stellen bisher einige kleine Menschenrechtsgruppen dar, die jedoch keinen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Auf der Tagung der UNO-Menschenrechtskonferenz in Genf Anfang März wurden - unter anderem - deren Unterlagen von der USA dazu benutzt, Kuba als "schlimmsten Menschenrechtsverletzer überhaupt" darzustellen und mit erheblicher Mühe und Druck auf eine Reihe kleinerer Staaten eine gegen Kuba gerichtete Resolution durchzuboxen.

An diesem Punkt wird der Einfluß der Vereinigten Staaten auf eine mögliche interne Opposition überdeutlich: regt sich die kleinste Stimme der Kritik, wird diese von der USA dermaßen aufgebauscht und vereinnahmt, daß sie in Kuba nurmehr als Stimme des feindlichen Imperiums wahrgenommen wird. Auf diese Art und Weise wird jede genuine Opposition praktisch unmöglich gemacht. Die USA ist maßgeblich verantwortlich für die extreme Polarisierung in der Diskussion über Kubas Gesellschaftsmodell. Andererseits ist auch die kürzlich von Fidel Castro ausgegebene Parole der "nationalen Einheit" dazu angetan, jede kritische Meinungsäußerung automatisch als gegen Kuba gerichtet zu betrachten.

So gesehen bewegt sich Castro noch heute in einem Kontinent, dessen Konstellationen in Vielem wenig anders als in den 60er Jahren sind. Noch immer ist die nationale Souveränität Kubas durch den imperialistischen Nachbarn im Norden permanent bedroht. Das von Fidel erstellte Dreier-Junktim Revolution-Sozialismus-Souveränität ist daher durchaus konsequent und richtig. Nach der US-Invasion in Panama weiß mensch in Kuba nur noch deutlicher, daß die USA jederzeit einmarschieren würden, wenn ihnen der Erfolg sicher schiene. Einen Anlaß zu finden ist den USA noch für jeden ihrer Kriege gelungen, und auf den Schutz der Sowjetunion wird Kuba kaum mehr zählen dürfen. Die ständige Verteidigungsbereitschaft Kubas ist weniger "militaristisches Gehabe" als politische Notwendigkeit; daran hat sich seit über 30 Jahren wenig geändert.

Das Argument, Kuba müsse sich endlich den geänderten weltpolitischen Bedingungen anpassen und Reformen à la Osteuropa einleiten, trifft also nur bedingt zu. Denn: Kuba ist in erster Linie ein lateinamerikanisches Land, und in dieser Region dominieren weiterhin die alten Allmachtsansprüche der USA, die über wirtschaftlichen und politischen Druck bis hin zur militärischen Intervention kein Mittel ungenutzt lassen, eine eigenständige Entwicklung der Länder Lateinamerikas zu unterbinden.

Erst wenn die USA den seit kurzem von der Sowjetunion eingeschlagenen Weg der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten auch zu gehen bereit ist, wird das kubanische Volk die Möglichkeit haben, über eigene Alternativen nachzudenken und diese zu diskutieren. Doch bis dahin wird wohl alles schon ganz anders gekommen sein...



Noch steht Fidel über den Dingen

Währenddessen tritt in dieser erneuten Krisensituation (militärische Drohung der USA, politischer Druck der westlichen Weltöffentlichkeit, wirtschaftlicher Druck durch Verminderung der sowjetischen Hilfe) die Rolle der Person Fidel Castros noch weiter

in den Vordergrund, als dies ohnehin der Fall war; werden politische Entscheidungsprozesse noch weniger transparent und dafür stärker zentralisiert werden. Mag dies angesichts der kritischen Lage und der historischen Verdienste Fidels verständlich sein, so wirft es auch ein Licht auf Versäumnisse der Vergangenheit. Die Ideen von Partizipation und sozialistischer Demokratie fanden in den 1976 geschaffenen Volksvertretungen "Poder Popular" im Lokalebereich eine recht gut funktionierende Umsetzung, erreichten aber nicht die höheren Ebenen. Noch immer sind Vorgänge innerhalb von Partei und Regierung unergründlich, werden wichtige Entscheidungen in kleinstem Kreise getroffen und von Fidel nach unten hin in Gang gesetzt. Und noch immer hat es Castro nicht geschafft, sich als Person in den Hintergrund zu begeben, den von ihm eingenommenen Raum durch politische Strukturen zu ersetzen, sich tendenziell überflüssig zu machen. Das Schicksal Kubas bleibt weiterhin untrennbar mit der Person Fidel Castros verbunden.

Die in den nächsten Monaten auf das Land zukommenden wirtschaftlichen Probleme werden von der Mehrzahl der Kubaner ungekannte Ausmaße annehmen, die auch die Errungenschaften der Revolution im Bildungs- und Gesundheitswesen gefährden werden. Ob es der Regierung in Kuba gelingen kann, die sich mit Sicherheit verstärkt ausbreitende Unzufriedenheit über die schlechte Versorgungslage aufzufangen, bleibt offen. Noch hat die Kommunistische Partei eine Menge Ansehen und Einfluß in der Bevölkerung und genießt - anders als das beispielsweise in der DDR war - in weiten Kreisen das Vertrauen der Kubaner.

Ob aber die - leider erst jetzt - verstärkten Bemühungen um interne Dynamik und neue Ideen dem Ausmaß der Krise gerecht werden, muß bezweifelt werden. Auch die Vorverlegung des 4. Parteikongresses auf Anfang 1991 (statt Ende 1991) scheint nur eine halbherzige Entscheidung zu sein, denn wie lang ein Jahr in der derzeitigen politischen Großwetterlage sein kann, hat 1989 auf drastische Weise gezeigt. Kuba droht zwischen den alten und neuen Realitäten zerrieben zu werden. Und doch ist keine Alternative in Sicht. Die Abkehr vom Sozialismus würde Kuba unweigerlich in die gierigen Hände der USA treiben, die aus Kuba möglicherweise erneut ein Ferienparadies mit Kasinos und Puffs machen würden. Wie die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen aussehen würden, zeigt ein Blick auf Honduras, Haiti, Puerto Rico, El Salvador, Guatemala...

Noch ist in Kuba die Idee des Sozialismus nicht tot, auch wenn überall auf der Welt "Pluralismus" und "Marktwirtschaft" zu den neuen Zauberworten avanciert sind. Und Fidel Castro schwört sein Land ein auf die noch unformulierte "These vom Erhalt des Sozialismus in einem Land".

Dirk Hoffmann

„TV-Antikuba“ – US-Imperialismus in Farbe

"Wir befinden uns am Vorabend einer erneuten Aggression, wir wurden zu einer erneuten Schlacht gezwungen", verkündete Vize-Außenminister Ricardo Alarcón bereits im letzten Jahr im kubanischen Fernsehen. Mittlerweile steht die Inbetriebnahme des von den USA in Miami geplanten Fernsehsenders "José Martí", der weite Teile der Insel bestrahlen soll, unmittelbar bevor. Kuba will sich diesem "illegalen Akt" nicht beugen und droht mit Gegenmaßnahmen, während die USA versuchen den Konflikt zuzuspitzen und das Ende Castros herbeizuführen."

Auch wenn die Mittelamerikapolitik der USA sich in den letzten Jahren vornehmlich mit der Situation in Nicaragua, El Salvador und Panama beschäftigt hat, ist Kuba nie aus dem Schußfeld geraten. Doch trotz mehr als 30 Jahren intensivster Bemühungen ist es den USA nicht gelungen, die kubanische Revolution ernsthaft zu gefährden; stattdessen liefern sie ein immer frisches Feindbild. Auf der Suche nach neuen Formen der Einmischung will mensch sich nun modernster Technik bedienen. In einer Ende Dezember 1987 vom US-Kongreß in Auftrag gegebenen Studie wurden verschiedene Sendeverfahren erdacht und größtenteils als undurchführbar verworfen. So hatte mensch per Schiff oder Flugzeug und mit Hilfe eines riesigen Turmes in Cudjoe Key (mit den Fernschwellen) kubanisches Gebiet erreichen wollen. Die nun angestrebte Lösung sieht folgendermaßen aus: Von Miami aus werden die Signale zunächst über Satellit an eine der Bodenstationen auf der südlich von Florida gelegenen Insel Cudjoe Key gesendet, um von dort über einen Zeppelin nach Kuba gesendet zu werden. Aber auch diese Variante ist mit enormen technischen Schwierigkeiten verbunden, muß doch die Sendeleistung des stationären Zeppelins mindestens 10.000 Watt betragen. Zudem wird auf normalen Fernschwellen gesendet, was die Programme in Florida und bis hin nach Puerto Rico beeinträchtigen wird.

Die Initiative dieses gegen Kuba gerichteten Fernsehsenders geht auf eine Gruppe von demokratischen Senatoren aus Florida zurück. Sie forderten im Februar letzten Jahres vom Kongreß die \$32 Mio. für den Betrieb für 1990/91, die von Repräsentantenhaus und Senat bereits genehmigt wurden. Auch wenn in den USA kritische Stimmen zu hören sind (die in der Regel nicht die politische Richtung des Projekts, sondern dessen Effektivität anzweifeln), haben die Senatoren aus Florida eine kräftige Rückendeckung durch das "Dokument von Santa Fe II". In dem programmatischen Strategiepapier für die Lateinamerika-Politik der USA in den 90er Jahren findet sich in Bezug auf Kuba folgende Passage: "Angesichts der Tatsache, daß der Castrismus als Modell für Entwicklung und Freiheit ruiniert, erledigt und gescheitert ist, müssen die USA ihre Sendungen per Kommunikationsmedien nach Kuba

ausweiten, als ein Mittel der staatsbürgerlichen Erziehung (civil education) für die Errichtung eines demokratischen Regimes. So schnell wie möglich muß damit begonnen werden, ein 'Fernsehen Martí' zu senden, um Aspekte der demokratischen Kultur zu lehren." Die Politik von Bush zeigt sich hier - wie schon so oft - als treue Fortführung der Reagan'schen Politik.

Bereits im "Dokument von Santa Fe I", der ersten Plattform für Reagans Lateinamerika-Politik, wurde die (Radio-)Wellenbestrahlung Kubas als besonders geeignete Form der Auseinandersetzung gepriesen. So hatte nach einer relativen Ruhe im Äther in den 70er Jahren 1983 "Radio Martí" von Miami aus seinen Sendebetrieb aufgenommen, mit dem Hinweis auf die "Notwendigkeit das Volk mit Informationen zu versorgen". Es war jedoch keineswegs das eigene Volk gemeint, noch handelte es sich um Informationen, die gesendet werden sollten; "Radio Martí" ist ein Propagandasender der USA. Allein der Name ist ein Hohn und eine Beleidigung Martí: José Martí, von den Kubanern als Nationaldichter und Freiheitsheld verehrt, hatte noch während des Unabhängigkeitskrieges gegen die Spanier Ende des letzten Jahrhunderts vor der Gefährlichkeit des US-Imperialismus gewarnt. Mit Recht und sehr viel Weitblick, wie die wenig später erfolgte US-Invasion und anschließende Verwaltung und Bevormundung Kubas gezeigt hat.

Nicht nur in den Augen Kubas stellt der ursprünglich schon für Januar 1990 geplante Fernsehsender eine neuerliche Verletzung der Souveränität dar, die international bisher ohnegleichen ist. Der Sender widerspricht den Prinzipien des 1982 (unter anderem) von Kuba und den Vereinigten Staaten in Nairobi unterzeichneten "Internationalen Abkommen über Telekommunikation". Viele Länder der "Dritten Welt" sehen in "TV Martí" eine latente Drohung, ein Beispiel, das auch in ihren Ländern Schule machen könnte. So war die Verurteilung des US-Projektes durch die Organisation der Nicht-Paktgebundenen sehr deutlich.

Auf die Frage nach der kubanischen Reaktion antwortete Vize-Außenminister Ricardo Alarcón genauso vage wie vehement: "Wir haben den USA klargemacht, daß diese Aggression nicht ohne Antwort bleiben wird, daß die Aggression von unserem Volk und unserer Regierung aufs Schärfste zurückgewiesen wird, daß die Antwort energisch und mit Nachdruck erfolgen wird, mit Mitteln, die wir für treffend halten - und diese Mittel gibt es (...)" Kuba selbst wäre beispielsweise ebenfalls in der Lage in die USA zu senden. Und in jedem Falle würde das Bestehen auf "TV José Martí" die (spärlichen und mühseligen) Beziehungen zwischen Kuba und den USA nachhaltig stören, führte der Vizeminister aus.

Ob diese Drohungen jedoch in den USA Wirkung zeigen werden, ist zweifelhaft. Denn Interesse an verbesserten Beziehungen hat in erster Linie Kuba, und vor einem kubanischen Fernsehsender in den USA wäre wohl dort kaum jemandem Bange - oder in Miami mit seiner riesigen kubastämmigen Kolonie vielleicht doch?



Jedenfalls bemüht sich Kuba momentan vorrangig um Gehör und Fürsprecher in der internationalen Öffentlichkeit, indem es auf die Verletzung internationalen Rechts und der eigenen Souveränität verweist. Ganz in diesem Sinne ist auch der Brief zu verstehen, den der kubanische Außenminister Isidoro Malmierca im Januar an den Sicherheitsrat der UN geschickt hat. Neben einer scharfen Verurteilung der Machenschaften der USA fordert Kuba eine "Normalisierung" der Beziehungen im Kommunikationsbereich und bietet der USA einen regelmäßigen und geregelten Austausch von Radio- und Fernsehprogrammen an.

Der von den Vereinigten Staaten nach dem Wahlsieg der UNO in Nicaragua wiederum eingeschlagene Weg der Konfrontation läßt indes wenig Spielraum für eine gemeinsame Lösung des Konflikts. Kuba hat mittlerweile für mehrere Millionen Dollar einen Störsender gekauft und installiert und wartet auf das Anlaufen des Sendebetriebes seitens der USA. Es wird aber auch schon diskutiert, was geschehen soll, falls die USA zur militärischen Aggression, der Bombardierung des Störsenders beispielsweise, übergehen sollte. Kuba rüstet sich zu einer erneuten Auseinandersetzung mit der westlichen Hegemonialmacht, der es dabei freilich um sehr viel mehr geht: den Sturz von Fidel Castro. Daß dies unter denkbar ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen geschieht, wird Kuba allerdings zu sehr behutsamem Handeln zwingen.

Dirk Hoffmann

Lieber (drogen-)tot als rot

Über die Verstrickung der CIA in den kubanischen Drogenskandal

Die US-amerikanische Juristin Debra Evenson hat in einem Artikel in Covert Action 33, 1990 nachgewiesen, daß CIA und DEA (Drug Enforcement Agency - Staatliche Antidrogen-Behörde) mindestens am kubanischen Drogendeal beteiligt war, ihn höchstwahrscheinlich sogar angezettelt haben. Der folgende Artikel ist eine Zusammenfassung ihrer Ausführungen. Ihre Fragestellung lautete: Ist die Bush-Regierung mehr beschäftigt mit Anti-Kommunismus als mit der Unterbindung des Drogenhandels?

Beteiligte Personen

US-Bürger: Reinaldo Ruíz, 1962 aus Kuba ausgewandert

Rubén Ruíz, sein Sohn

Hu Chang, Agent der DEA

Kubaner: Miguel Ruíz Poo, Verwandter der obigen Ruíz, Mitarbeiter im kubanischen Innenministerium

Amado Padrón

Tony de la Guardia, beide ebenfalls vom Innenministerium

Kolumbianer: Hugo Ceballos, Drogendealer, bei dem CIA/DEA-Agenten mitarbeiteten

Seit Jahren hatten die USA behauptet, Kuba sei am Drogenhandel beteiligt, dies aber nie beweisen können.

Reinaldo Ruíz warb 1986 seinen Verwandten aus dem kubanischen Innenministerium an, sich am Drogenumschlag Kolumbien - Kuba - Miami zu beteiligen. Das Kokain sollte per Flugzeug aus Kolumbien nach Kuba und von dort auf Schnellbooten nach Florida transportiert werden. Diese Operation wurde gänzlich von US-amerikanischen Behörden beobachtet, nie jedoch wurden kubanische Behörden über diese Erkenntnisse informiert.

Die erste Operation fand 1987 statt, als 400 kg Kokain in Marlboro-schachteln in Varadero/Kuba umgeschlagen wurden. Vor Miami wurde die Ware von der US-Küstenwacht beschlagnahmt, während das Flugzeug mit den Dealern an Bord unbehelligt in Miami landen durfte.

Eine weitere Aktion 1987 verlief erfolgreich, mit Ruben Ruíz als Pilot und Hu Chang als Kopilot. Dann beschlossen die Kubaner, in diesem Jahr keine weitere Aktion zu unternehmen. Sie hatten ca. 400 000 US-\$ daran verdient.

CIA und DEA wußten über alle diese Aktionen nicht nur Bescheid von Anfang an, sondern waren wahrscheinlich auf kolumbianischer Seite durch Agenten selbst daran beteiligt.

Gerichtsverfahren in USA und Kuba

Reinaldo Ruíz und sein Sohn wurden im Februar 1988 in Miami des Drogenhandels angeklagt, jedoch wurde das Urteil erst im August 89 gefällt, kurz nachdem in Kuba die Drogenhändler verurteilt waren.

Kuba hatte die im Prozeß gegen Ruíz behauptete kubanische Beteiligung am Drogendeal zunächst als ein weiteres Beispiel antikubanischer Propaganda zurückgewiesen, zumal Ruíz behauptete, Fidel selbst habe vom Drogendeal profitiert - was übrigens, obwohl Ruíz dies später widerrief, Schlagzeilen in den USA machte. (Washington Post, Miami Herald, 10.3.88)

Erst während des Prozesses gegen den kolumbianischen Drogenhändler Hugo Ceballos wurde in Kuba Verdacht auf kubanische Beteiligung laut. Kubanische Diplomaten erbaten vergeblich Informationen von DEA, die Bush-Regierung lehnte jede Zusammenarbeit mit Kuba ab, obgleich (oder weil?) die DEA von Anfang an an dem Geschäft beteiligt war. Erst im März 1989 begann Kuba aufgrund vertraulicher Informationen eigene Untersuchungen. Im Wall Street Journal war zu lesen, daß die CIA versuchte, die kubanischen Kontaktleute aus Kuba herauszuholen, bevor Kuba die Untersuchung des Falles begann. Dies ist nur so erklärlich, daß Kuba auf keinen Fall erfahren sollte, wie die connection gelaufen war. Mit Krieg gegen den Drogenhandel ist dies nicht vereinbar.



Die Drohungen des Imperialismus schüchtern uns nicht ein, sie machen uns stärker!

Im Juni 1989 wurden in Kuba 14 Personen, darunter 11 Mitarbeiter des Innenministeriums, verhaftet und wegen Korruption und Drogenhandel angeklagt, unter ihnen die drei Kontaktpersonen von Reinaldo Ruíz.

Die Bush-Regierung behauptete, ein Recht zu haben, die 14 zu befragen, nachdem sie selbst vorher alle Informationen vorenthalten hatte. Während des Prozesses deckte Kuba noch weitere Drogendeals mit Exilkubanern in Miami auf. Diese sind bisher von keinem nordamerikanischen Gericht belangt worden.

Die Verhandlungen gegen die 14 Kubaner wurden im kubanischen Fernsehen live übertragen. Die vier ranghöchsten Angeklagten, unter ihnen Ochoa, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, die anderen erhielten 20 bis 30 Jahre Gefängnis.

Die Angeklagten in Miami, Ruíz und Sohn, bekamen reduzierte Strafen zum Dank für ihre "Mitarbeit" mit dem Staatsanwalt. Ruíz erhielt 17 Jahre mit der Möglichkeit der Freilassung auf Bewährung im Jahr 1994, sein Sohn 15 Jahre. Während des Prozesses "erinnerte" sich nämlich Ruíz plötzlich, daß er den Verteidigungsminister Raúl Castro, Fidels Bruder, im Flughafen sah, als das Kokain ankam. Seitdem haben weitere Exilkubaner, die wegen Drogenhandels angeklagt sind, ebenfalls Raúl "gesehen"...

Aus den Gerichtsprotokollen aus Miami ist zu entnehmen, daß die DEA seit 1986 über alle Schritte informiert war. Doch auch die kubanischen Prozesse wurden von der US-Propaganda noch gegen Kuba verwendet, indem behauptet wurde:

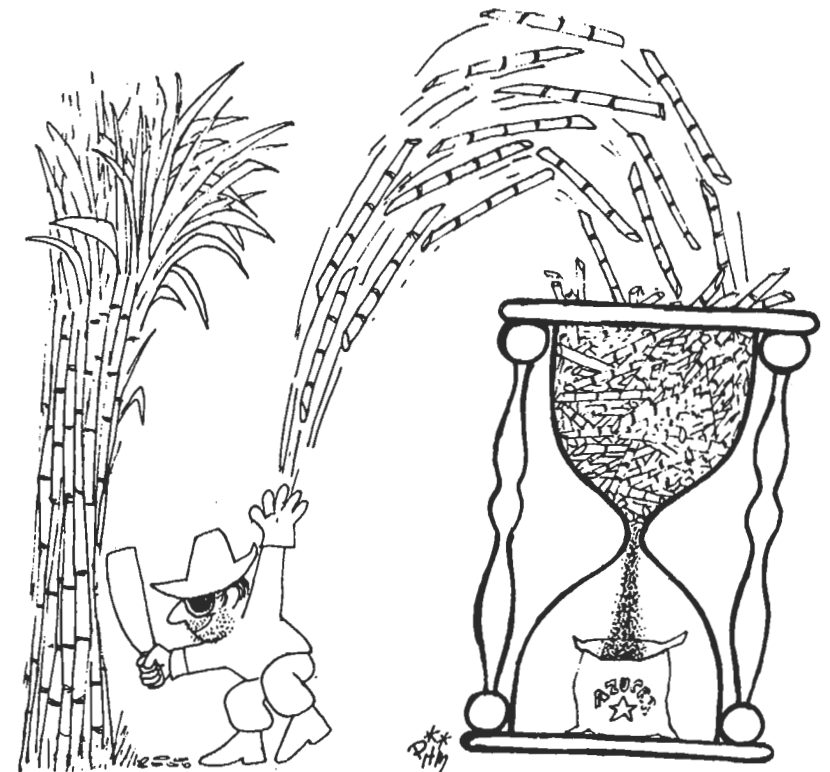
- Die Drogenprozesse seien nur ein Vorwand für eine Säuberungswelle. Radio Martí aus Miami meldete täglich, Ochoa sei nicht am Drogenhandel beteiligt sondern in Opposition zu Fidel; die Prozesse dienten nur dazu, die "wahren Schuldigen" zu decken. Beweise hierfür wurden nie vorgelegt. Der Gesamtprofit aller kubanischen Drogendeals betrug ca. 3 Mio. US-\$. Ist das genug, um die kubanische Revolution zu verraten?

- Denn Fidel Castro selbst sei direkt oder indirekt beteiligt.
- Kuba habe schon vor 1988 von den Drogendeals gewußt und nichts unternommen
- und Kuba sei weiter am Drogenschmuggel beteiligt.

Debra Evenson beendet ihren Artikel mit der Frage, ob diese letzte Behauptung der USA den Tatsachen entspricht. Abgesehen von Kubas Bemühen um internationale Anerkennung, dem Beteiligung am Drogenhandel diametral entgegensteht, ist festzuhalten:

Sicher sind Drogen durch kubanisches Luft- oder Meeresgebiet transportiert worden, doch es gibt keine Beweise für kubanische Beteiligung. Der nordamerikanische Vorschlag, Kuba solle doch einfach die fremden Flugzeuge in seinem Luftraum abschießen, bedarf keines Kommentares, wenn man die daraus entstehenden

Folgen für Kuba bedenklich. Die harten Strafen des letzten Jahres und die weiteren Bemühungen, mit den USA gemeinsam gegen den Drogenhandel vorzugehen, zeigen die kubanische Haltung. Als Antwort verschärfte die Bush-Regierung das Wirtschaftsembargo und erschwerte das Reisen zwischen den beiden Ländern. Der demokratische US-Abgeordnete Charles B. Rangel brachte es auf folgende Formel: "Es ist Zeit, daß die antikommunistische Politik aufhört. Die Drogen, nicht der Kommunismus, bringen unsere Antwort verschärfte die Bush-Regierung das Wirtschaftsembargo und erschwerte das Reisen zwischen den beiden Ländern. Der demokratische US-Abgeordnete Charles B. Rangel brachte es auf folgende Formel: "Es ist Zeit, daß die antikommunistische Politik aufhört. Die Drogen, nicht der Kommunismus bringen unsere Kinder um."



Realexistierender Humor auf Kuba: "Positive Karikatur" aus "Palante", 1967

DROGEN

Gipfel ohne Aussicht

Das ist der Gipfel: vier Präsidenten treffen sich für sechs Stunden und verkünden daraufhin den Anbruch einer neuen Ära der Drogenbekämpfung. Beim "Drogengipfel" am 15. Februar im kolumbianischen Cartagena gab es jede Menge Absichtserklärungen, kaum konkrete Vereinbarungen, aber dafür mit allein 5000 Sicherheitskräften für George Bush wohl einen der aufwendigsten Fototermine der amerikanischen Diplomatie. Alle vier Beteiligten, Gastgeber Virgilio Barco, Alan García aus Peru, der bolivianische Präsident Jaime Paz Zamora und George Bush, hatten allerdings gute Gründe zur Inszenierung des Spektakels.

"Where is the beef?" Alan Garcías Frage nach dem wirklich Wichtigen vor Journalisten nach dem Gipfeltreffen zeigt zwar die Enttäuschung über die ausgebliebenen konkreten Hilfszusagen durch George Bush, trotzdem ließ er es sich aber nicht nehmen, den grundlegenden Wandel in der Haltung der USA zum Drogenproblem zu preisen. Für Jaime Paz Zamora wurde in Cartagena gar die Perestroika in der Drogenbekämpfung eingeleitet. Die euphorischen Einschätzungen gründen sich darauf, zum ersten Mal seien von US-amerikanischer Seite soziale und damit nicht ohne weiteres militärisch zu lösende Aspekte des Problems benannt worden. Außerdem liege ein Schwerpunkt der von Bush angekündigten Maßnahmen auf der Drogenbekämpfung in den USA. Von García und Paz wurde dies als Zeichen für Bushs Einsicht gewertet, daß das Problem in der Nachfrage nach Drogen und nicht so sehr auf der Angebotsseite liegt.

Läge hier tatsächlich ein Einsehen Bushs vor, hätten die Präsidenten der Andenländer - und nicht nur sie - wirklich Grund zur Freude. In der 14-seitigen Abschlusserklärung blieb es allerdings bei den Worten. Die USA verpflichten sich, "Maßnahmen zur umfassenden ländlichen Entwicklung und zur Förderung nichttraditioneller Exportprodukte zu unterstützen" und "Öffnung von Märkten voranzutreiben für die die Coca substituierenden Produkte." Auch die Selbstverpflichtung zur Bekämpfung des Kokainhandels in den USA durfte nicht fehlen. Déjà vu, nichts Neues also in der US-Politik gegenüber den Andenländern. Gespannt darf man noch darauf sein, wie Bush gegen das "Waschen" von illegal verdienten Dollars vorgehen will, wie er in einem weiteren Passus zusagt. Sonst fällt das Abschlusßdokument besonders durch das völlige Fehlen von konkreten finanziellen Zusagen an die Andenländer auf. Bush will lediglich beim US-Kongreß 2,2 Mrd. US\$ für die nächsten vier Jahre beantragen, eine bescheidene Summe, teilt man sie auf vier Jahre und drei betroffene Länder auf.

Sprengstoff für die Harmonie

Die eigentlichen Konfliktpunkte zwischen den lateinamerikanischen Cocaproduzierenden und -verarbeitenden Ländern und den USA waren entweder gar nicht erst auf der Tagesordnung oder wurden von Bush in seinem Sinne sehr schnell klargestellt.

Die Auslieferung von in den USA gesuchten "Narcos" an die US-Justiz ist eins der Hauptprobleme. Nicht ganz zu Unrecht haben die USA keinerlei Vertrauen in die jeweiligen nationalen Justizsysteme der Andenländer und üben großen Druck vor allem auf Kolumbien aus, weiterhin auszuliefern. Für Kolumbien und das seit kurzem auch ausliefernde Bolivien bedeutet dies allerdings einen verfassungsrechtlich kaum zu rechtfertigenden Souveränitätsverzicht, eine Art Mißtrauensvotum gegen die eigene, formal unabhängige Justiz. In Cartagena war die Auslieferung offiziell kein Thema.



Von links nach rechts: García, Bush, Barco und Paz Zamora in Cartagena de Indias

In der Frage der militärischen Strategie gegen die Mafia und besonders gegen den kleinbäuerlichen Cocaanbau liegt weiterer Sprengstoff für die scheinbare Harmonie. Zwar müssen die USA auf die massive Präsenz ihrer Marine vor der kolumbianischen Küste verzichten - Regierung und Öffentlichkeit protestierten scharf -, aber die alte Strategie einer repressiven "Lösung" des Problems ist keineswegs gestorben. Die Tätigkeit der militärischen Berater von der DEA (Drug Enforcement Agency, dem US-

Justizministerium unterstellte Anti-Drogen-Behörde) wird weitergehen. Nicht einmal ein direktes militärisches Eingreifen der USA ist ausgeschlossen: Das Einverständnis beider beteiligter Staaten vorausgesetzt, sind gemeinsame militärische Aktionen möglich. In den USA wird weiter nach geeigneten Pestiziden gesucht, um Cocapflanzungen zu vernichten, die in den Anden getestet werden. Das Bestehen auf Ausrottungsstrategien führt einmal mehr die Vermutung ad absurdum, den USA ginge es nun auf einmal um eine den Lebensbedingungen der Bauern und Bäuerinnen angepaßte Strategie gegen das Kokain.

Kaffee und Kokain

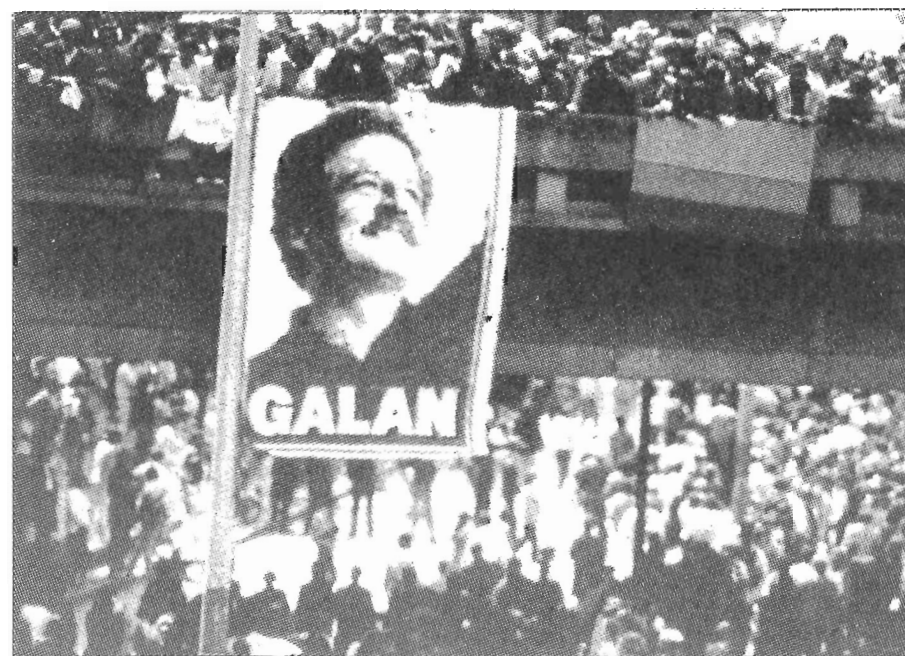
Das dringendste Anliegen der lateinamerikanischen Präsidenten fand nur in Äußerungen am Rande des Treffens seinen Platz. Das Geld zur Bekämpfung von Kokainproduktion und -handel könnte zu einem großen Teil von den betroffenen Ländern selbst erwirtschaftet werden, bezahlten die USA und die europäischen Länder nur gerechte Preise für die aus den Andenländern exportierten Rohstoffe. Allein der Zusammenbruch des Kaffeeabkommens, der die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt drastisch fallen ließ und von den USA forciert wurde, kostete Kolumbien mehr, als in diesem Jahr an Hilfe aus den USA zu erwarten ist. Wenn in Peru und Bolivien Programme zur Entwicklung in den Cocaanbauregionen durchgeführt werden sollen, die auf lange Sicht eine Änderung der lokalen und nationalen Wirtschaftsstruktur möglich machen sollen, geht dies nicht ohne grundsätzliche Änderungen des Welthandelssystems und einen Kurswechsel in der Schuldenpolitik der Kreditgeberländer. Das ist alles andere als neu, ist aber nach wie vor der Hauptgrund, warum Substitutionsprogramme für Cocapflanzungen und Versuche, den Cocaanbau qua Gesetz einzuschränken zum Scheitern verurteilt sind. Die ProduzentInnen haben keine Alternative. Der Staat kann zu repressiven Maßnahmen greifen, die aber nur bis zu einer gewissen Grenze angewandt werden können, ohne Blutbäder amzurichten. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß die Option Blutbad durchaus im Kalkül der Anti-Drogen-Kämpfer vorkommt, so z.B. geschehen in Bolivien 1988 in Villa Tunari/ Chapare.

Die Präsidenten Barco, García und Paz Zamora wissen um die Abhängigkeit ihrer Länder von Weltmarkt und Umschuldung, wissen aber auch, daß für die USA damit die politische Schmerzgrenze erreicht ist. Voraussetzung für die Anbahnung eines Kurswechsels in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen USA und Lateinamerika wären multilaterale Verhandlungen, in denen die strukturelle Abhängigkeit des Kontinents neben den nationalen Unterschieden deutlich wird. Dazu Bush: "Wir werden auf bilateraler Ebene arbeiten, da wir verschiedene Probleme haben."

Wozu also der immense Aufwand der Veranstaltung dieses Gipfels, wozu eine scheinbare Einigkeit, wenn der Dissens in der Sache allen Beteiligten bewußt ist? Barco, García, Paz Zamora und Bush hatten aus verschiedenen Gründen Interesse am demonstrativen Schulterschluß beim Medienspektakel Drogengipfel.

Kolumbien: Barco hofft auf den Sieg

Kolumbiens Präsident Virgilio Barco steht kurz vor dem Ende seiner Amtszeit und ist auf dem besten Wege, als erfolgreicher Kämpfer gegen die Drogenmafia aus dem Amt zu scheiden. Die Etablierung einer scheinbar einigen Front der Hauptcocaproduzenten und -konsumenten ist ein Element für einen krönenden Abschluß seiner Präsidenschaft, nachdem es noch vor wenigen Monaten in Kolumbien eher nach einer grenzenlosen Eskalation des Narcoterrorismus und der Repression aussah. Die Ermordung des liberalen Präsidenschaftsbewerbers Luis Carlos Galán im August 1989 markierte den unmittelbaren Anlaß für den Großeinsatz der Streitkräfte. Unter der Vorgabe "Kampf der Mafia" konnte dabei auch bequem der "Kampf gegen die Subversion" ausgeweitet werden. Die mit den Streitkräften verbundenen Todesschwadronen morden weiter, so wurden allein seit Anfang 1990 über 70 Mitglieder der linken UP (Unión Patriótica) umgebracht, während die Weltöffentlichkeit auf das Kokain starrt.



Zur Beerdigung von Galán säumen tausende die Straßen Bogotas

Das Kartell von Medellín, das größte der kolumbianischen Drogenkartelle, beantwortete die harte Linie des Staates mit einer ganzen Serie von Bombenanschlägen und Entführungen. Warum Galán umgebracht wurde, ist unklar. Galán ging zwar im Vorwahlkampf verbal hart mit der Mafia ins Gericht, die Erfahrung hätte den Narcos aber sagen können, daß nach der Regierungsübernahme von der Rhetorik wohl wenig übriggeblieben wäre. Ein Präsidentenschaftsbewerber der Liberalen Partei muß bis zur Kandidatur so viele Kompromisse mit verschiedenen parteiinternen Interessengruppen schließen, daß für eine andere Politik wenig Spielraum bleibt. Durch den Mord am populären Galán hat die Mafia die kolumbianische Gesellschaft gegen sich aufgebracht. Das Militär, das gegen die Großen des Geschäfts bisher nicht mit übergroßem Eifer vorgegangen war, konnte sich dem Ruf nach hartem Durchgreifen nicht mehr entziehen und erreichte mit dem Tod eines der Kartellchefs, Gonzalo Rodríguez Gacha, einen publicityträchtigen "Erfolg". Der Mord war ein großer Fehler der Mafia, denn von ihrem eigentlichen Ziel, nämlich trotz und mit ihrem im Kokainhandel verdienten Geld Eingang in die "gute Gesellschaft" Kolumbiens zu finden, haben sich die Drogenbosse damit noch weiter entfernt. Dies könnte ein Grund sein für das überraschende Eingeständnis des Kartells von Medellín am 17. Januar 90, wahrscheinlich nach vorhergehenden geheimen Verhandlungen mit der Regierung, der Staat habe den Krieg gewonnen. Die Narcos boten dabei nicht nur die Beendigung der Anschläge an, sondern auch gleich die Einstellung des Drogenhandels, dies alles aber verknüpft mit der Erwartung einer "fairen Behandlung" in Kolumbien. Das heißt nichts anderes als die Forderung, die Auslieferungen an die USA einzustellen. Sie haben "lieber ein Grab in Kolumbien als eine Zelle in den USA." In der nationalbewußten kolumbianischen Bevölkerung sind die Auslieferungen als Zeichen der Unterwerfung unter die USA sehr unpopulär, ein Grund mehr für Präsident Barco, sie bei einem medienwirksamen Gipfeltreffen in den Zusammenhang einer internationalen Strategie gegen den Kokainhandel zu stellen.

Kokain, Repression, Krise: Peru ohne politisches Projekt

Krieg, Wirtschaftskrise und eine allgemeine Auflösung von staatlicher Autorität kennzeichnen Peru in den letzten Jahren (s. LN 189). Eine stringente Anti-Drogen-Politik ist kaum auszumachen. Vor der Bekämpfung von Coca und Kokain steht für den peruanischen Staat der Krieg gegen Sendero Luminoso. Das Kokaingeschäft gehört zu den Kriegsgewinnlern: Cocaaanbau und -verarbeitung profitieren sogar noch von den durch den internen Krieg geschaffenen Bedingungen.

Peru ist vor allem Cocaproduzent im Gegensatz zu Kolumbien, wo die Verarbeitung zu Kokain zum größten Teil stattfindet. 60% der zu Kokain verarbeiteten Cocablätter kommen aus Peru, weitere 30% aus Bolivien und nur 8% aus Kolumbien. In Peru

ist es nicht mit der Bekämpfung einer Mafia getan. Mit den Cocabauern und -bäuerinnen ist ein großer Teil der Bevölkerung in seiner wirtschaftlichen Grundlage von Maßnahmen gegen das Drogengeschäft betroffen. In der wichtigsten Cocaaanbauregion, dem Alto Huallaga am Ostabhang der Anden, leben alle auf die eine oder andere Weise von der Coca, deren Anbau zwar nicht illegal ist, die aber im Zentrum der Ausrottungspläne der US-Drogenbehörden steht. Im Alto Huallaga herrscht Sendero Luminoso. Die peruanische Zeitschrift "Quehacer" schreibt: "Sendero hat den peruanischen Staat und alles, was ihn repräsentieren könnte, aus der Region hinausgeworfen: die Polizei und gleichzeitig alle, die an Programmen zur Ausrottung oder Substitution von Cocapflanzungen mitarbeiten." Ohne unbedingt der Ideologie der maoistischen Guerilla anzuhängen, leben die Menschen des Alto Huallaga doch in einem taktischen Bündnis mit Sendero gegen die Repression des Militärs.



Drogenbekämpfung - oder doch mehr?

Die peruanische Anti-Drogen-Politik besteht in der Durchführung der von der DEA entwickelten Strategien, soweit sie in der gegenwärtigen Situation überhaupt anwendbar sind. Die Schwerpunkte der im Moment angewandten Strategie spiegeln sich im Budget des US-amerikanischen "Drogenzars" William Bennett wider, der für Bush den Kreuzzug gegen die die blühende Jugend Amerikas bedrohenden Drogen führen soll. Für Peru sind 1990 70 Mill. US\$ vorgesehen, davon 40 Mill. US\$ für die Streitkräfte, 25-30 Mill. US\$ für die Polizei und nur 3 Mill. US\$ für die Entwicklung des Alto Huallaga. Für den Krieg gegen Sendero ist nach der Verfassung das Militär zuständig, für die Bekämpfung des Drogenhandels

die Polizei. Für beide gibt es US-Gelder gemäß der in den USA beliebten Gleichsetzung von Narcos und Guerilla zur Narcoguerilla, dem idealen Feindbild für die zivilisierte Welt. Im Alto Huallaga führen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Militär und Polizei zu Vorteilen für die Narcos und den Cocaanbau. In militärischen Sicherheitszonen hat die Polizei nichts zu suchen. Ein Cocaproduzent über die Strategie der Militärs: "...sie haben der Bevölkerung gesagt, sie würden die Cocafelder nicht antasten,..., niemand werde den Verkauf ihrer Produkte stören. Das einzige was sie wollten, seien Informationen über die Verstecke der Senderistas."

Alan García: Der Schatten eines Präsidenten

Präsident Alan García sitzt unterdessen im Präsidentenpalast in Lima und wartet auf seine Ablösung im Amt. Er ist ein angesichts von vierstelligen Inflationsraten und einer zunehmenden Chaotisierung des Staates gescheiterter Präsident, der für niemanden mehr sprechen kann, außer für sich selbst. Als einer, der nichts zu verlieren hat, kann er es sich leisten, den Boykott des Drogengipfels bis zum Abzug der USA aus Panama anzudrohen (hätte er seine Drohung doch nur wahrgemacht!). Trotzdem fuhr er nach Cartagena und stimmte in den Chor der Jubler über den Kurswechsel der USA mit ein. Der Grund kann sein, noch einmal, was lange nicht mehr vorkam, sich Lorbeeren für einen politischen Erfolg zuzuschreiben. Für die Zukunft Perus wird dies irrelevant sein. Garcías wahrscheinlicher Nachfolger Mario Vargas Llosa wird mit der maroden Wirtschaft und dem Krieg gegen Sendero konfrontiert sein. Eine Lösung des Drogenproblems in Peru wird, soweit es überhaupt in Peru und nicht in USA und Europa zu lösen ist, nur eine Konsequenz von politischen Strategien aus der gegenwärtigen Krise sein können. Es sind Zweifel erlaubt, ob Vargas Llosa dafür der richtige Präsident sein wird.

Ohne Kokain läuft nichts in Bolivien

In Bolivien müßte im Zuge der Bekämpfung von Drogenhandel und -produktion nicht nur die ökonomische Struktur einzelner Regionen völlig umgestellt werden, sondern die des ganzen Landes. Bolivien lebt vom Kokain. Seine inoffiziellen Exporteinnahmen aus dem Kokainhandel sind deutlich höher als die offiziellen Exporte mit Erdgas als Hauptdevisenquelle. Im Gegensatz zu Peru erfreut sich Bolivien einer relativen ökonomischen Stabilität. Das "bolivianische Modell", Ergebnis der seit 1985 angewandten neoliberalen Wirtschaftspolitik, wird von den inflationsgeplagten Nachbarländern mit großem Interesse verfolgt. Die Stabilität beruht zu einem großen Teil auf den Einnahmen aus dem Kokain, die den internen Devisenmarkt mit frischen Dollars versorgen. Die Dollarwäsche wurde dafür durch gesetzliche Maßnahmen leichter gemacht. Präsident Paz Zamora will an diesem Wirtschaftsmodell unbedingt festhalten. Dementsprechend offen sprechen Regierungsfunktionäre in La Paz davon, daß an einen Kampf gegen die Kokain-

mafia auf allen Ebenen schon aus ökonomischen Gründen gar nicht zu denken ist. Die Abhängigkeit in der Drogenpolitik von den USA zwingt auch Bolivien zum Aktionismus, d.h. man holt sich die Erfolgsmeldungen an der Stelle, wo es am leichtesten ist: durch Terror gegen Cocabauern und -bäuerinnen. Einheiten der Spezialtruppe UMOPAR* brennen Felder ab und greifen die Bevölkerung an. DEA-Berater aus den USA sind schon seit drei Jahren im Land und experimentieren mit Strategien gegen den Cocaanbau.



Der bolivianische Präsident Jaime Paz Zamora

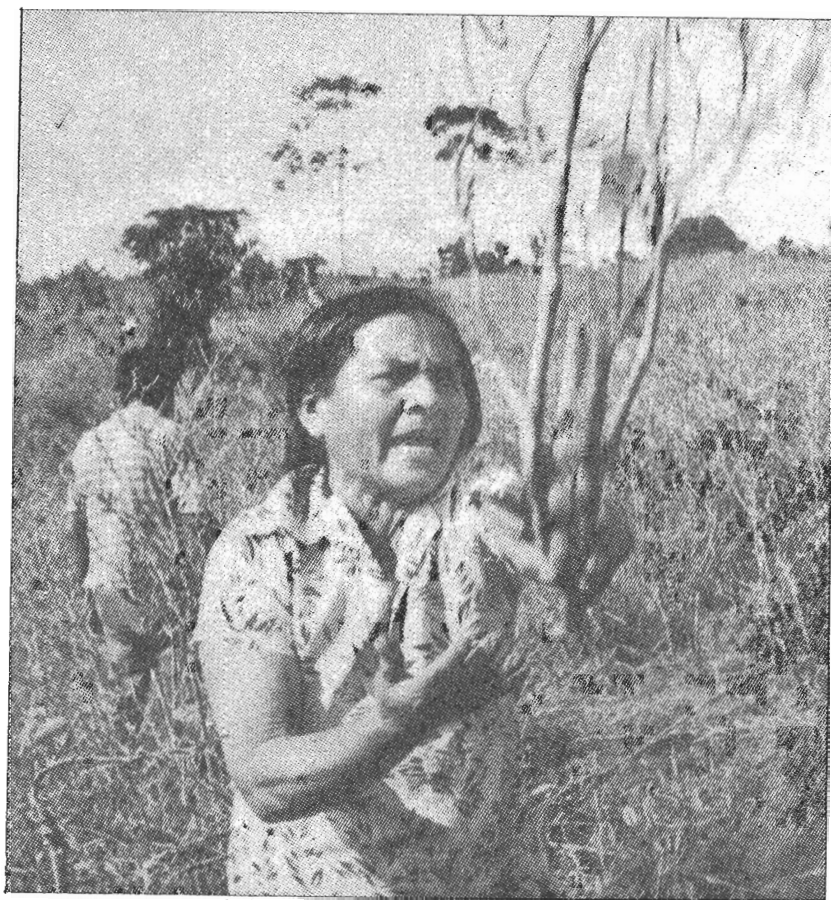
Die Cocaanbauenden Campesinos sind zwar gut organisiert und haben die Unterstützung des Gewerkschaftsdachverbandes, haben aber angesichts der Krise der Gewerkschaftsbewegung insgesamt und der Politik Paz Zamoras, wenn nötig mit Ausnahmezustand und Massenverhaftungen die Stabilität aufrechtzuerhalten, in der Auseinandersetzung die schlechteren Karten.

Schon mit Blick auf die eigene Abhängigkeit von den USA mußte Paz Zamora eilfertig nach Cartagena reisen. Dazu kommt, daß er in Bolivien wegen der Auslieferung im Dezember 89 von Luis Arce Gómez, Ex-Innenminister unter Diktator García Meza, unter Beschuß steht und Rückendeckung von außen brauchen kann. In den USA wird Arce Gómez wegen Drogendelikten gesucht. In Bolivien wäre er wegen schwerwiegenderer Verbrechen, dem vielfachen Mord an politisch Mißliebigen, vor Gericht gestellt worden. Paz Zamora versucht gar nicht erst, die Verfassungswidrigkeit der Auslieferung zu beschönigen, sondern deklarierte sie zu

* Unidades Móviles de Patrullaje Rural

einer politischen Entscheidung aufgrund der Korruption in der bolivianischen Justiz. Die Folge war ein Aufschrei aus Sucre vom Obersten Gerichtshof, der nach der Verfassung allein das Recht hat, über Auslieferungen zu entscheiden. Wenn aus der US-Botschaft die entsprechende Order kommt, nimmt es Paz Zamora im "Übergeordneten internationalen Interesse" mit der Verfassung nicht mehr so genau.

Besonders in Bolivien werden die strategischen Interessen der USA bei der Drogenbekämpfung deutlich. Die militärische US-Dauerpräsenz beschränkt sich nicht mehr nur auf die Cocaanbaugelände, sondern dehnt sich inzwischen auch z.B. auf Potosí aus, wo US-Einheiten einen Flughafen bauen. Die "Honduranisierung" Boliviens, der Ausbau zu einem Flugzeugträger der USA in Südamerika, ist zwar noch nicht vollzogen, steht aber als drohende Entwicklung auf der politischen Tagesordnung des Landes.



Bei der Ausmerzung von Cocapflanzen

Punktgewinn für Bush: El Macho in Cartagena

George Bush hat im Verhältnis zu Lateinamerika nach der Invasion in Panama durch den Drogengipfel wieder einige Punkte gutmachen können. Nachdem auf dem ganzen Kontinent nach der Invasion anti-US-Amerikanische Gefühle hohe Wellen schlugen, ist nun die Bindung Kolumbiens, Perus und Boliviens an die USA wieder bekräftigt. In der Hoffnung auf finanzielle Unterstützung bleiben kritische Worte der Lateinamerikaner Randerscheinungen einer Show der Harmonie. Für seine WählerInnen muß Bush die harte Hand gegen die Droge auf allen Ebenen zeigen. Der gesellschaftliche Konsens für verschärfte Anti-Drogen-Gesetze in den USA ist außerordentlich groß. Aber auch in den USA hat Bush keine originelleren Ideen als für Lateinamerika: auch dort sind die größten Töpfe des Bennett-Plans für den Bau neuer Gefängnisse und mehr Personal für Polizei und Justiz bestimmt.

Nach dem Theater von Cartagena ist für 1991 ein Weltdrogentheater geplant, an dem dann auch die europäischen Regierungen teilnehmen werden. Die Lateinamerikaner hätten sie auch diesmal gerne dabeigehabt, allein die USA wollten nicht. Die Monroe-Doktrin läßt grüßen.

Wie wird es weitergehen? Eine Verschärfung der repressiven Maßnahmen gegen Cocaanbau und Kokainhandel wird vor allem auf die peruanischen und bolivianischen Bauern und Bäuerinnen zurückgeschlagen, die Hauptleidtragende der Übergriffe sind. An der ökonomischen Abhängigkeit von insgesamt ca. 1.5 Mill. Menschen in Kolumbien, Peru und Bolivien vom Kokaingeschäft wird sich durch Cartagena nichts ändern, genausowenig wie an der Nachfrage aus den USA und Europa. Selbst wenn das Kartell von Medellín einen Kuhhandel mit der Regierung zustandebekommen sollte, und es sich zurückziehen sollte, würden andere das Geschäft übernehmen. Es zeigt sich einmal mehr, daß das Phänomen Kokain nicht durch Programme zu dessen Bekämpfung anzugehen ist, sondern nur in langfristigen Entwicklungsprozessen, die den betroffenen Menschen eine andere wirtschaftliche Grundlage ermöglichen. Es sei denn, Kokain kommt bei uns auf einmal aus der Mode.

Einen außergewöhnlichen Erfolg konnte George Bush in Cartagena verbuchen. Im Amerika der starken Männer ist er nicht mehr der Waschlappen-Präsident, als der er so lange galt. Nein, nachdem er sich in die Höhle des Löwen nach Cartagena wagte, hat "Newsweek" einen neuen Beinamen für ihn: "El Macho!"

Ulrich Goedeking

URUGUAY

Amtsantritt des neuen Präsidenten: »Nationale Übereinkunft« à la Uruguay

Anfang März übergab Julio María Sanguinetti nach fünf Jahren das Amt des Präsidenten der Republik an seinen Nachfolger, den 48-jährigen Anwalt und Berufspolitiker Luis Alberto Lacalle. Lacalle, nun für fünf Jahre das Staatsoberhaupt, ging als Spitzenkandidat der Partido Nacional bei den Wahlen im November als Sieger hervor (s.LN 188). In seiner Antrittsrede überschüttete er seinen Vorgänger aus der Colorado-Partei mit Lob. Habe dieser doch schließlich den schwierigen Übergang von der Diktatur zur Demokratie gemeistert. Warum aber auch kritische Töne anschlagen: Die beiden werden sich in Zukunft die Macht teilen!

Es kam, wie es kommen mußte. Uruguays traditionelle politische Klasse, weltbekannt für ihre einzigartige Fähigkeit, vorhandene Konflikte durch "Pakte" zu lösen, schreibt weiter Geschichte. Die beiden traditionellen Parteien, die "Partido Colorado" und die "Partido Nacional (Blancos)" nutzten das Wahlergebnis vom November auf ihre Art: Sie gehen eine große Koalition ein. Von den zwölf Ministerposten treten die Blancos vier ab. Die Colorados, die eine heftige Wahlniederlage einstecken mußten und von 40,2% (1984) bei den Wahlen im November auf 30,3% abrutschten, verloren zwar ihre relative Mehrheit an die Blancos, bleiben aber voll im Rennen. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert können die Blancos ihre Rolle als größte Oppositionspartei verlassen und stellen den Präsidenten. Doch auch ihnen bescherte die WählerInnengunst und das längst überholte uruguayische Wahlgesetz (s.LN 186) nur 38,9% (1984: 35%) der Stimmen, so daß ihnen eine parlamentarische Mehrheit an sich verwehrt blieb. Um sich diese Mehrheit dennoch zu verschaffen, nun der Deal mit den Colorados. Der fortschrittlichere Teil der Blancos (rund ein Drittel der Senatoren) muß mehr oder weniger zähneknirschend zusehen, wie auf wundersame Weise die Colorados zu Hofe gebeten werden. Das Erschreckendste und mittelfristig Gefährlichste an der Koalition ergibt sich aus den durch das Wahlergebnis verschobenen Machtpositionen innerhalb der Colorados. Hatte der "koalitionsfähigere" Teil der Colorados um den Ex-Präsidenten Sanguinetti und seinem Wunschkandidaten Battle die eigentliche Wahlniederlage einzustecken, so erstarkte der rechtsradikale Flügel um den Ex-Präsidenten und Wegbereiter

zur Diktatur von 1973, Pacheco Areco. Dieser wird nun direkt auf nationaler Ebene die Politik mitbestimmen, seine Fraktion erhält zwei Ministerposten.

"Keine Schonfrist für die neue Regierung"

Das Linksbündnis, die Frente Amplio, gewann im November 21,2% der Stimmen und sogar den Bürgermeisterposten in Montevideo. Die formierte sozialdemokratische Partei (Nuevo Espacio) erzielte mit 9% zwar weniger als erhofft, etablierte sich aber als vierte Kraft. Beweist auch diese Wahl, ebenso wie die letzten beiden, das faktische Ende des über 80 Jahre lang funktionierenden Zwei-Parteiensystems, so versuchen die beiden traditionellen Parteien ihre Macht durch einen erneuten Pakt über die nächste Runde zu retten. Das von dem konservativen neuen Präsidenten Lacalle an die Colorados gemachte Koalitionsangebot mit dem Arbeitstitel "Nationale Übereinkunft" macht dann auch seinen "nationalen Blickwinkel" deutlich. Der politische Ausdruck und Wille von rund einem Drittel der Bevölkerung, die ihre Stimmen der Linken gaben, wird übergangen. Die Konfliktlinien sind überdeutlich. Die linke Stadtregierung von Montevideo soll isoliert werden. Hinzu kommt die Anordnung Lacalles, die VertreterInnen der Frente Amplio von der Präsenz in den Direktorien der Staatsunternehmen auszuschließen. Ebenfalls kündigte der neue Präsident eine Reglementierung des Streikgesetzes an. Der Präsidentschaftskandidat der Frente Amplio, Liber Seregni, meldete sofort Widerstand gegen diese Schritte an. Es ist abzu-



Der Weg der Linken bleibt mühselig

sehen, daß die geplante Reform des Steuersystems, als auch der Verfassung, gegen die Linke im Parlament durchgepeitscht werden soll. Wie sich die Linke verhalten wird, ob die Frente Amplio gemeinsam mit dem "Nuevo Espacio" agiert, und wie sich sich die außerparlamentarischen Bewegungen artikulieren werden, ist noch völlig offen. Dennoch, dem neuen Bürgermeister Montevideos, Tabare Vazquez, und somit der Stadt- und Kommunalpolitik der Frente Amplio, wird eine Schlüsselrolle für die Zukunft des gesamten Landes zufallen. Vergleicht man die heutige Situation in Uruguay mit der Position der Arbeiterpartei PT in Brasilien von 1988, als sie die Bürgermeisterin in der Millionenmetropole Sao Paulo stellte, werden die Schwierigkeiten deutlich: Eine fortschrittliche Stadtregierung, die gegen eine Zentralregierung anderer politischer Couleur ankämpfen muß, kann sich leicht aufreiben. Ob sich die Frente Amplio dennoch durch geschickte Kommunalpolitik profilieren kann, wird zur großen Herausforderung der uruguayischen Linken. Hier könnte und müßte auch unsere internationale Solidarität einsetzen.

Zusammenarbeit ohne Inhalte: Blancos und Colorados (zunächst) in einem Boot

Symptomatisch für die politische Kultur Uruguays ist dann auch das Zustandekommen der Koalition. Personal- und Ressortfragen standen im Vordergrund der kurzen Gespräche. Die inhaltliche Programmatik blieb äußerst dünn. Auf wenigen Seiten zusammengefaßt ist man sich einig über die Fortsetzung des "Konsolidierungsprozesses der Demokratie" und in der Politik gegenüber IWF und Weltbank. Mit rund 6 Mrd. US-Dollar Auslandsverschuldung hat es Uruguay bisher geschafft, als ein Musterkind auf der internationalen Bühne zu agieren. Die Schuldtitel Uruguays werden auf dem internationalen Sekundärmarkt zu 61% des Nominalwertes gehandelt. Bisher gelang es nur Pinochets Chile, so "diszipliniert" zu wirtschaften. So ist die Koalition zwischen den Blancos und den Colorados vor allem ein Tribut an die Gläubiger im Norden.

Obwohl durch das WählerInnenvotum gerade die Wirtschaftspolitik der Colorados abgewählt worden ist, dürfen sie jetzt wieder fleißig in der Regierung mitmischen. Lacalle und seine Fraktion innerhalb der Blancos machten auch nie einen Hehl daraus, daß der neoliberale Kurs auch in Zukunft das Allheilmittel zur Gesundung der Wirtschaft ist. Dennoch sind sich die Experten einig, daß die wirtschaftliche Zukunft Uruguays trotz des Versprechens des neuen Präsidenten, die Inflation von derzeit fast 100% auf 50% zu senken, alles andere als rosig sind. Die Krise der beiden Giganten Argentinien und Brasilien wird die Exporte Uruguays nachhaltig ins Schleudern bringen. Doch was die eine Fraktion des Kapitals beängstigt, erfreut die andere. Die Agrarfraktion innerhalb der Blancos wird noch ihr blaues Wunder erleben, wenn die "Modernisierer" beider Parteien ihre Allianzen

eingehen. Uruguays alter neuer Traum, sich zur Schweiz (Zürich) Lateinamerikas zu mausern, gewinnt gerade durch die Krise der Nachbarländer an Aktualität. Solange dort die Hyperinflation die Ökonomien zerfrißt, ist Montevideo der sichere Hafen für Flucht- und Spekulationskapital. Die extrem liberalen Bankengesetze, an denen die Koalition nicht im Traum zu rütteln wagt, halfen Uruguay darüber hinaus, zu einem der größten "Waschsalons" für die Drogendollars Lateinamerikas zu werden. Schuldnerkartelle oder eine offensive Politik gegen die Weltbank und den IWF werden der neuen, wie auch der alten Regierung als irrational erscheinen. Sie werden weiter von der Krise des lateinamerikanischen Subkontinents profitieren wollen.

"Wir wollen das Land nicht so wie es ist, sondern so, wie es sein sollte!"

Wer das "wir" dabei ist, sagt Lacalle jedoch nicht. Schließlich wäre es naiv zu glauben, die Wirtschaftspolitik Uruguays würde in Montevideo gemacht werden. Noch während des Wahlkampfes unter Verschuß gehalten, wurden die Bedingungen für einen erneuten Weltbankkredit in Höhe von 140 Millionen Dollar bekannt. Die Hälfte dieses netten Batzen Geldes wird zu "normalen variablen Zinsen" vergeben und fließt somit direkt in die Kreditwirtschaft. Der Clou an der Sache: 1986 und 1987 sind unter der Sanguinetti-Regierung vier große Privatbanken pleite gegangen. Und wie schwach doch die stärksten Verfechter des "freien Marktes" werden, geht es an die eigene Substanz, zeigte dann die alte Regierung: Sanguinetti verstaatlichte, bat den Steuerzahler zur Kasse (rund 350 Millionen Dollar). Nun werden die Blancos unter Lacalle mit den alten Mißwirtschaftlern und dem Segen der Weltbank diese Geldinstitute wieder flott machen! Nun, in altbekannter Manier, ist eine weitere Auflage der Weltbank die Entlassung eines Drittels der Angestellten. Wie gleich dann die Menschen vor Gesetz und Weltbank sind, verdeutlicht eine weitere Anekdote des real existierenden Kapitalismus: Die Verantwortlichen, die die Banken ruiniert haben, werden doch nicht etwa bestraft? Nein, die Direktoren, die jetzt wieder aufzubauen haben, was sie runtergewirtschaftet haben, können nur durch die Weltbank ernannt oder entlassen werden. Was für Direktoren von Banken gilt, gilt in Lateinamerika auch für Präsidenten. Aber der Souverän hat sie ja zumindest gewählt...

Robert Große

CHILE

»Dezentralisierung«: Die Bildungspolitik des Militärregimes

In den letzten Nummern der LN haben wir immer wieder dargestellt, warum der jetzt vollzogene Regierungswechsel keinen wirklichen Machtwechsel bedeutet. Ein anderer Aspekt sind die Probleme, die die Militärdiktatur sozusagen als Erblast der chilenischen Gesellschaft hinterläßt; besonders kritisch ist die Lage im Gesundheits- und Erziehungswesen sowie im Wohnungsbau. Das Verlangen nach Verbesserungen in diesen Bereichen hatte im Wahlkampf eine erhebliche Rolle gespielt.

Im folgenden Beitrag werden vor allem die veränderten Rahmenbedingungen für Erziehung dargestellt. Wir gehen auf Unterrichtsprogramme nicht ein. Darin spiegelt sich durchaus der Stand der Diskussion in Chile selbst - der Eingriff in Unterrichtsprogramme zielte vor allem auf die Ausmerzungen "linker" Sichtweisen im gesellschaftlichen Bereich und die Betonung "patriotischer" Werte: viel wichtiger war dem Regime die Atomisierung durch Strukturreformen.

*Jede Person hat ein
Recht auf Erziehung.
Allgemeine Erklärung der
Menschenrechte, Artikel 26.*

In keinem anderen Land der Welt ist die Privatisierung so weit betrieben worden wie in Chile während der Militärdiktatur. Auch das Erziehungswesen, das bis dahin als eins der besten in ganz Lateinamerika galt, fiel der "Schockpolitik" der schrankenlosen Marktwirtschaft zum Opfer und verschlechterte sich immens.

Als das Militärregime in einer zweiten Privatisierungsphase (Plan Laboral) zwischen 1979 und 1983 neben dem Gesundheitswesen, dem Arbeitsrecht, dem Landwirtschafts- und Wohnungsbausektor und dem Sozialversicherungsnetz auch das Erziehungswesen anging und langfristige Reformen ankündigte, die paradoxerweise als "Modernisierung des Erziehungswesens" verkauft wurden, bedeutete dies nichts anderes als die Fortsetzung des neoliberalen Wirtschaftsmodells auch in diesem Bereich. Anstelle der staatlichen Verantwortung setzte die Diktatur eine Subventionspolitik, die sich bald als Privatisierung zu jedem Preis entpuppte.

Gleichzeitig wurden nur noch 2,7% des Bruttosozialprodukts (1988) auf die Erziehung verwandt (im Gegensatz zu 5,28% (1971) unter der sozialistischen Regierung Allendes).

In dem heutigen Regime hängt die Qualität und Quantität der Erziehung allein von der ökonomischen Kapazität der Familien ab. Erziehung, die einstmals als öffentliche Dienstleistung verstanden worden war, als Grundrecht, die Entwicklung jeder einzelnen Person zu fördern und zu garantieren, ist heute zu einem Wirtschaftsgut geworden, das Antiwerte wie Konkurrenzdenken und Individualismus, Instrumentalisierung und wirtschaftlichen Materialismus gefördert hat. Nur einer kleinen finanzkräftigen Minderheit ist eine höhere Ausbildung vorbehalten, die den alleinigen Zugang zum politischen, sozio-kulturellen und wirtschaftlichen System garantiert. Die Mehrheit der SchülerInnen, die aus der Mittel- und Unterschicht kommen, erhalten eine ungenügende Ausbildung, die weder weiterführende Studien ermöglicht noch sie für eine angemessene Arbeit qualifiziert.

Desintegration und Atomisierung

Die Maßnahmen, die für ein "modernisiertes" Erziehungswesen getroffen worden sind, gruppieren sich alle um den magischen Begriff "DEZENTALISIERUNG", oder auch schärfer formuliert: Desintegration und Atomisierung des nationalen Erziehungswesens.

Dezentralisierung auf zweifacher Ebene: Privatisierung und Munizipalisierung (1), die damit begründet wurden, der Bürokratisierung und Ineffizienz der bis dahin dem Erziehungsministerium unterstehenden Schulverwaltungen entgegenwirken zu wollen, die öffentlichen Ausgaben zu senken und die Problemlösung von unmittelbaren Bedürfnissen wie Schultransport, Regulierung der Aufnahmekapazität von SchülerInnen, Instandhaltung von Schuleinrichtungen ... besser einer lokalen, "eigenverantwortlichen" Schuladministration zu übertragen. Hintergründiges Ziel war die Abgabe der staatlichen Verantwortung an Privatunternehmen und Kommunen sowie eine gezieltere, effektivere Kontrolle mittels der von oben eingesetzten Staatsvertreter und der dreifachen Überwachung durch das Innen-, Finanz- und Erziehungsministerium.

(1) Der Ausdruck "Munizipalisierung" hat sich in der Chile-Berichterstattung eingebürgert, gemeint ist, daß die einzelnen Kommunen zu Schulträgern werden. Angesichts des stark zentralisierten Erziehungssystems in Chile mußte sich eine solche Maßnahme nicht notwendig schädlich sein (vgl. auch das Lagos-Interview) - unter den realen Bedingungen waren die Auswirkungen jedoch negativ: ohne entsprechenden Finanzausgleich für wirtschaftlich arme Kommunen verschärfte das neue System bestehende Ungleichheiten, was zu einem skandalösen Qualitätsgefälle innerhalb des öffentlichen Bildungswesens führte; die Anbindung an die Kommunen ermöglichte eine effizientere landesweite politische Kontrolle durch die regimetreuen Bürgermeister, als dies das Erziehungsministerium im fernen Santiago für die einzelnen Regionen hätte leisten können. (Anm. d. Redaktion)

Ricardo Lagos über seine Aufgaben

Der neue Erziehungsminister ist der Sozialist Ricardo Lagos, bislang Vorsitzender der PPD. In einem Zeitungsinterview Anfang Februar (Mercurio) nannte er als entscheidende Aufgaben, die Qualität der Erziehung zu verbessern und Chancengleichheit anzustreben. Als Beispiel nennt er, daß in den letzten fünf Jahren nur 1 kommunale Oberschule unter den 80 Schulen mit den besten Abschlüssen vertreten war (1).

"Heute muß ein Lehrer 40 bis 50 Stunden wöchentlich geben, um ein minimales Gehalt zu erreichen. Das und die mit Schülern vollgestopften Klassen haben eine qualitativ schlechte Erziehung zur Folge."

"Die Tätigkeit des Lehrers muß höher bewertet werden." Der Lehrberuf sei in einem Statut zu regeln, das für alle Schulträger gelte.

"Außerdem ist es wichtig, daß Mechanismen geschaffen werden für eine Mitwirkung (participación) der Lehrer an der Bildungspolitik."

"Mit einem Statut für den Lehrberuf (Estatuto Docente) ist ein großer Teil der Debatte über die Munizipalisierung überflüssig." Das Subventionssystem müsse korrigiert werden; es dürfe sich nicht nur an der Zahl der Schüler orientieren, sondern müsse auch die Qualität des Unterrichts berücksichtigen. Grundsätzlich soll aber das System der staatlichen Unterstützung für private Schulen beibehalten werden.

Eine schnelle Lösung des Problems der ca. 25 000 (bis 30 000) entlassenen Lehrer wagt Lagos nicht zu versprechen; ihre Wiedereinstellung sei eine vordringliche Aufgabe, sie müsse gemeinsam mit dem Berufsverband der Lehrer (Colegio de Profesores) gesucht werden. Von höchster Dringlichkeit sei dagegen ein Gesetz, das Einstellung und Entlassung von Lehrern regelt – auch nach Aylwins Amtsantritt könnten ja Lehrer weiterhin einfach entlassen werden.

(1) Aussagen über die Qualität von Schulen beziehen sich auf das Abschneiden bei der landesweiten, zentral organisierten Aufnahmeprüfung für die Universitäten, die die Funktion des bundesdeutschen Abiturs hat.

Privatisierung

Eine der Modernisierungsparodien begann mit der Offerte des Regimes, Schulen – im besonderen technische Schulen- Wirtschaftsunternehmen anzubieten, in der Hoffnung, daß diese nicht nur den Großteil der Kosten tragen, sondern in Zukunft auch in neue Schulen investieren würden. Der Anreiz eines solchen Projekts lag in den gewährten staatlichen Zuschüssen, die um ein Vielfaches höher waren und sind als die Zuschüsse für nicht-private Schulen, ganz abgesehen von der Möglichkeit eines thematischen Interessenschwerpunktes und der Ausnutzung der Arbeitskraft der SchülerInnen bei den zu absolvierenden betriebseigenen Praktika, die eine Privatisierung per se impliziert.

Die staatliche Unterstützung von 3 000 Pesos monatlich pro SchülerIn (Juli 89, das entspricht ca. 1/5 des offiziellen Mindestlohns) hat dazu geführt, die Klassenstärke bis auf 45 Kinder zu erhöhen, um möglichst hoch abzusahnen.



Vom Großunternehmen Fantuzzi über eine von LehrerInnen gegründete Körperschaft mit über hundert Schulen bis zum Familienunternehmen der Familie Hasbun reicht, um nur einige Beispiele zu nennen, die Kette derer, die massiv ihren Profit aus der staatlichen Subventionspolitik ziehen: das Regime hat die Kontrolle über die Verwendung der eigentlich zweckgebundenen Mittel vernachlässigt.

sigt. Insgesamt gibt es 2 737 subventionierte Privatschulen in ganz Chile (von insgesamt 9 743 Schulen), davon allein 1 008 im Großraum Santiago.

Um eine hohe Rentabilität zu gewährleisten, haben diese subventionierten Privatschulen zu unliebsamen Maßnahmen gegriffen, die charakteristisch für den gesamten Erziehungsbereich sind (ausgenommen reine Privatschulen).

Willkürliche Entlassungen von Lehrkräften - da sie jetzt als Angestellte, nicht mehr als BeamtenInnen arbeiten, sind sie jederzeit kündbar. Derartige Kündigungen dauerten auch noch trotz des nahen Regierungswechsels an. Die subventionierte Privatschule "Los Alerces" ist von ihrer Eigentümerin überraschend geschlossen worden mit der Begründung, sie wolle sich lieber ihren anderen Unternehmen widmen. SchülerInnen wie LehrerInnen einschließlich Direktor sitzen buchstäblich auf der Straße.

Die materielle Situation sowie soziale Absicherung der LehrerInnen hat sich wie die der meisten Chilenen erheblich verschlechtert:

-Die Gehälter sind im Vergleich zu 1972 um 37,6 % gesunken. Das Durchschnittsgehalt von 30 -40 000 Pesos (200-270 DM) ist, gemessen an den Lebenshaltungskosten, absolut ungenügend.

-Die Arbeitsverträge sind Einjahresverträge ohne Garantie der Weiterbeschäftigung, wobei die Verträge oftmals mit Abschluß des Schuljahres enden, um den Anspruch auf bezahlten Urlaub zu umgehen.

- Wie andere Angestellte verloren die Lehrer soziale Errungenschaften wie Rentenabsicherung, Krankenversicherung etc. - auch diese Bereiche sind ja privatisiert worden.

Dafür wurde die Lehrerstundenzahl von 30 Stunden auf 44 Wochenstunden erhöht (BRD: 22 - 25 Wochenstunden).

Da dieser subventionierte Schultyp nicht direkt der staatlichen Kontrolle untersteht, konnte manchmal ein kleiner Freiraum in zweifacher Hinsicht geschaffen werden: In einigen Fällen kann ein freier, gewagter Unterricht (z.B. Geschichte) abgehalten werden oder können Gewerkschaften gegründet werden, sofern sich 25 Lehrkräfte offiziell einschreiben - ein Recht, das die "municipalisierten" Schulen ihren Angestellten vorenthalten. Auf der anderen Seite hängt die Gewerkschaftstätigkeit vom "good will" und Demokratieverständnis des Rektors oder der Rektorin bzw. EigentümerIn ab.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß eine derart unsichere Situation der Lehrkräfte zusammen mit den miserablen Arbeitsbedingungen sich ausschließlich negativ auf die Qualität des Unterrichts auswirkt - zumal dann, wenn LehrerInnen, die mit ihrem Gehalt nicht zurecht kommen, noch einen weiteren Job haben.

Als in vielen Fällen die öffentlichen Gelder spärlicher flossen, ging auch das Interesse an dieser Art von Investition zurück.

Viele dieser Schulen sind wegen "Unrentabilität" geschlossen worden - was allerdings nicht heißt, sie hätten Verluste gemacht; nur waren sie nicht mehr gewinnträchtig genug.

Munizipalisierung und Regionalisierung

Die Munizipalisierung ist eine der Hauptlasten für die neue Regierung. Im Jahre 1982 wurden über 82% der staatlichen Schulen der Entscheidungsgewalt von Kommunen überantwortet. Es handelt sich dabei um willkürliche, an der Person des Bürgermeisters ausgerichtete Verwaltung, die zusammen mit einer ebenfalls von Pinochet ernannten Direktion die politische Kontrolle über die Schulen ausübt. Auch hier unterstehen öffentliche Schulen nicht mehr pädagogisch ausgebildeten, sondern regimetreuen Beamten.

Wie stark die Aufwendungen für den Bildungsbereich vom Wohlstandsgefälle zwischen einzelnen Kommunen abhängen, mögen folgende Beispiele beleuchten; sie stehen für einkommensstarke Gemeinden und solche Kommunen, die überwiegend aus Poblaciones bestehen.

1984 wurde in einer Studie nachgewiesen, daß in Santiago die Bezirksverwaltungen Las Condes und Providencia 10 940 bzw. 5 302 Pesos pro EinwohnerIn zur Verfügung stellten (andere Sozialleistungen eingeschlossen), während in den Poblaciones San Miguel und La Cisterna nur 1 794 bzw. 1 090 Pesos pro Kopf ausgegeben werden konnten. Ähnlich verhält es sich mit den Beamten: Pro 1 000 Einwohner stehen im Zentrum Santiagos und La Providencia 5,37 bzw. 4,13 Verwaltungsbeamte bereit, in den sozial schwächeren Sektoren Pudahuel und Conchalí jeweils nur 0,84 bzw. 0,82 (Dieser Zahleneinschub nur wegen seiner alarmierenden Anschaulichkeit.).

Was das Niveau der municipalisierten Schulen betrifft, so ist nur mit traurigen Zahlen aufzuwarten: In einem Nationaltest (SIMCE, 1988) über verschiedene Fähigkeiten wurde festgestellt, daß nur 51,5% der SchülerInnen der municipalisierten Schulen die Prüfung in der Muttersprache Spanisch, nur 49,23 % in Mathematik bestanden - gegenüber 58,74% und 55,01% an den subventionierten Privatschulen und 79,86% und 74,65% der SchülerInnen an reinen Privatschulen.

Es wird geschätzt, daß etwa 1/3 aller Kinder nach Abschluß der achtjährigen Primarschule nicht richtig schreiben, lesen und rechnen können und daß nur etwa 30% der SchülerInnen sich für die weiterführende "Oberschule" (enseñanza media) qualifizieren.

Die Schulstruktur im Großraum Santiago unterscheidet sich in bemerkenswerter Weise von der in den übrigen 12 Regionen. Die insgesamt 2 101 Schulen Santiagos gliedern sich in 783 municipalisierte, 1 008 subventionierte und 310 reine Privatschulen: Der subventionierte Privatschultyp scheint sich besonders gelohnt zu haben.

Sonst überwiegt das munizipalisierte Schulsystem bei weitem. Auf ganz Chile bezogen unterstehen 60% den Kommunen, 33,4 % werden mit staatlichen und privaten Geldern unterhalten und 6,6% sind reine Privatschulen.

Im Vergleich dazu: 1973 gab es nur zwei Schuleinrichtungen; die staatlichen mit 78,1% und die Privatschulen mit 21,9%.

Wo ist die Chancengleichheit ?

Die Erziehungskrise ist nicht nur Ergebnis der Umstrukturierung und finanzieller Kürzungen im Bildungsbereich; sie ist selbstverständlich auch bedingt durch die soziale Verschlechterung für einen Großteil der chilenischen Bevölkerung. Was gemeint ist, mögen einige Zahlen verdeutlichen.

- Die Unterernährung erreichte als Produkt der Militärdiktatur in einigen sozial schwachen Sektoren 33 und 41 % (1985).

-Der Konsum von Marihuana und Neopren (Snüffeldroge) ist erschreckend hoch: In La Floriada lag er bei 63,8%, in La Granja bei 35,7% in Pudahuel bei 40% im Vergleich zu den wohlhabenderen Bezirken La Reina (15%) und Las Condes 14,3%.

- Kinderprostitution: Mehr als 1. 400 Minderjährige sind 1986 aufgegriffen worden.

- Kinderarbeit: Es gibt 700 000 Minderjährige zwischen 14 und 16 Jahren, die sich längst in den Arbeitsmarkt eingegliedert haben - als Minenarbeiter, in der Landwirtschaft, in Supermärkten oder als SammlerInnen von Papier und Kartons.

Fazit: 19% der Bevölkerung mit drei oder weniger Jahren Schulerfahrung sind Analphabeten. (Rechnet mensch all diejenigen Erwachsenen hinzu, die nur 6 Jahre oder weniger zur Schule gegangen sind, dann gibt es sogar 45% Lese- und Schreibunkundige (1982).)

Gegen diese horrende allgemeine Situation liegt ein Programm der Concertación für die neue Regierung vor, das sich jedoch noch in Allgemeinplätzen hält und den Tenor der Demokratisierung des Erziehungssystems trägt. Dagegen haben zwei Lehrer in Zusammenarbeit mit dem Institut PIIE (Programa Interdisciplinario de Investigaciones en Educación) eine Reihe konkreter Maßnahmen gefordert, um die Demokratisierung zu erreichen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf, Vertreter des Lehrerverbands (Colegio de Profesores) auf allen Ebenen mit beratender Funktion zu beteiligen; Elternvertreter und andere Gruppen, die mit Erziehung zu tun haben, auf regionaler Ebene den Sekretariaten des Erziehungsministeriums zur Seite zu stellen.

Das Erziehungsministerium selbst soll wieder als oberste Entscheidungsinanz eingebunden werden.

Eine selbstverständliche Voraussetzung: daß die Bürgermeister demokratisch gewählt werden.

Genau in die entgegengesetzte Richtung zielt ein Gesetz, das der scheidende Generalísimo vor kurzem verabschieden ließ; darin wurden die Kompetenzen des Erziehungsministeriums reduziert: auf die Bewilligung und Verteilung von Subventionen und die Vergabe von Lizenzen für Privatschulen;

in dem für Unterrichtsprogramme zuständigen Erziehungsrat sind keine Lehrer vertreten, sondern nur Universitätsangehörige.

Inwieweit sich das Erziehungssystem unter der neuen Regierung reformieren läßt, bleibt abzuwarten. Ohne eine gleichzeitige radikale Veränderung des neoliberalen Wirtschaftssystems werden die vorgesehenen Maßnahmen nur einer Verschönerungsoperation gleichen.

Martina Bäurle

Kurznachrichten

Auszeichnung für Helmut Frenz

Wegen seines Einsatzes für die Menschenrechte erhielt Pfarrer Helmut Frenz den diesjährigen José-Carrasco-Preis. Kurz nach dem Putsch gründete er in Chile mit dem damaligen Erzbischof und der Jüdischen Gemeinde das ökumenische Friedenskomitee, das sich politisch Verfolgter annahm.

Der Preis wird vom chilenischen JournalistInnenverband zum zweiten Mal verliehen und erinnert mit seinem Namen an einen Journalisten der Zeitschrift "análisis", der in der Nacht nach dem mißglückten Pinochet-Attentat 1986 aus seiner Wohnung verschleppt und ermordet wurde.

Daß Frenz den Preis am 14. März in Santiago in Empfang nehmen konnte, ist eine Pointe für sich: Pinochet hatte Frenz die Wiedereinreise nach Chile nicht nur auf Lebenszeit, sondern auf ewig verboten.

Keine Stunde länger für die Diktatur

Der Hintergrund dieser Nachricht ist nicht ganz so politisch, wie es zunächst klingt. Kurzfristig wurde das Ende der Sommerzeit, das regulär für das Wochenende des Regierungswechsels vorgesehen war, um eine Woche aufgeschoben - um die erwarteten ausländischen Delegationen nicht etwa zu verwirren. Pinochet verzichtete damit darauf, die Uhr der Geschichte noch einmal zurückzustellen und eine seiner letzten Stunden als Präsident doppelt zu erleben...

Sorry !

In den Lateinamerika Nachrichten 190 kam es in dem Chile-Artikel von Isidoro Bustos (S.24 ff) wegen eines technischen Fehlers zu einigen sinnentstellenden Kürzungen. Bei den LeserInnen und dem Autor: Entschuldigung!

DDR

Soli-Gruppen – das 5. Rad am Wagen

Den zentralen Runden Tisch in Ost-Berlin kennen wohl die meisten. Daß es auch einen Runden Tisch für Entwicklungspolitik gibt, wissen nur wenige. Uta Rüchel vom Nicaragua-Arbeitskreis in Ost-Berlin saß als Vertreterin einer Basisgruppe mit am Tisch. Sie schildert die momentane Situation und Stimmungslage der Soli-Bewegung in der DDR.

Im Anfang war das Wort

Als sich zu Beginn der 80er Jahre die Basisgruppen-Kultur in der DDR entwickelte, waren Themen wie Frieden und Menschenrechte (später auch Ökologie) immer weitaus stärker präsent als die Gerechtigkeits- oder auch 2/3-Welt-Gruppen mit ihrem Anliegen. Daran hat sich auch bis heute nichts geändert, so daß es sich zu fragen lohnt, ob der Grund dafür allein ein auch in progressiven Kreisen weitverbreiteter Eurozentrismus ist.

Auffällig ist jedenfalls, daß die 2/3-Welt-Gruppen immer ein wenig abseits standen; ein kleines Häuflein am Rande der Opposition, das ebensowenig ernst genommen wurde, wie es sich politisch äußerte. Hier liegt meines Erachtens nach das größte Handicap der Soli-Bewegung, wenn man von einer solchen überhaupt schon reden will.

Hervorgegangen aus kirchlichen Hilfsorganisationen und in der Mehrzahl immer noch stark geprägt durch deren karitativen Ansatz, haben es die 2/3-Welt-Gruppen bis heute nicht geschafft, ihre politischen Positionen klar zu bestimmen, zu formulieren und in die Praxis umzusetzen. Selbst die Notwendigkeit dazu wird von vielen in Frage gestellt, denen 'ein Tropfen auf den heißen Stein' lieber ist, als endlose politische Diskussionen ohne sichtbares Ergebnis.

Daß Öffentlichkeits- also Bewußtseinsarbeit ein wesentlicher Grundstein für entwicklungspolitisches Engagement ist, dürfte spätestens in den letzten Monaten sichtbar geworden sein. Den deutlichsten Beweis liefert die Spenden-Affäre um die Solidaritätsgelder des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund): Was

viele still geahnt hatten, bewahrheitete sich Ende 1989. Als Pauschale neben den Mitgliedsbeiträgen eingesammelte Solidaritätsgelder des FDGB wurden durch dessen Bundesvorstand nicht, wie immer beschworen, für die antiimperialistische Solidarität verwendet. Stattdessen bekam die FDJ (Freie Deutsche Jugend) z.B. 100 Millionen Mark für ihre Jubelfeiern zu Pfingsten zugeschoben. Das rief natürlich den lautstarken Protest seitens der FDGB-Mitglieder hervor, die dann allerdings ihre eigenen Schlußfolgerungen zogen: Die von der FDJ bisher zurückgezählten 50 Millionen sollen nun für Pflegeheime, Altenfürsorge und Behindertenbetreuung in der DDR! genutzt werden.

Konkrete Konsequenzen

Damit wurde offensichtlich nicht nur die Verkürzung des Solidaritätsgedankens auf die eigenen vier Wände vollzogen, sondern auch das große Defizit an Bewußtsein hinsichtlich des noch wachsenden Nord-Süd-Konfliktes deutlich. Erste Resultate zeigen sich: Mehrere Projekte in Ländern der 2/3-Welt, darunter auch die Unterhaltung des Krankenhauses "Carlos Marx" in Managua, müssen demnächst beendet werden, da die Konten des Solidaritätskomitees beinahe leerbleiben und der Staat als solcher nun meint, sich so viel Solidarität nicht mehr leisten zu können.

Und die 2/3-Welt-Gruppen – was haben sie dem entgegenzusetzen? Enttäuschend wenig, muß jede/r ehrlich antworten, die/der die Situation aus eigener Erfahrung kennt. Von 10 Lateinamerika-Gruppen, die seit längerem in der DDR arbeiten, kamen fünf zu einem Treffen nach Berlin, auf dem über die Gründung eines Verbandes nachgedacht werden sollte. Was eigentlich zu vernetzen sei und warum, waren die Fragen, die im Raum standen.

Auch wenn dies keinesfalls ein Maßstab für die Aktivität der einzelnen Gruppen sein kann, so doch ein Anzeiger dafür, daß die Soli-Bewegung noch immer keinen eigenen Platz in den derzeitigen politischen Auseinandersetzungen beansprucht. Die Chance, ihre Sichtweise bezüglich der Auswirkungen eines vereinigten Deutschlands im "gemeinsamen" Haus Europa auf die Länder der sogenannten Dritten Welt einzubringen bzw. die Kosten der – ach so sozialen – Marktwirtschaft deutlich zu machen, ist vertan worden.

Nicht zur eigenen Rechtfertigung, jedoch als teilweise Erklärung, muß hier erwähnt werden, daß gerade aus den herkömmlichen nicht-staatlichen Soli-Gruppen viele aktive Leute übergewechselt sind in den neu entstandenen Freiraum der Bürgerbewegungen, Parteien usw. Damit wurde ein Loch gerissen, das so schnell nicht aufzufüllen ist.

Dafür entstehen jetzt zahlreiche Gruppen, die der sich verschär-

fenden Ausländerfeindlichkeit entgegenwirken wollen – ein Problem, das nach jahrelangem staatlich verordnetem Tabu immer offener und brutaler in Erscheinung tritt. (Scheinbar meint die Mehrheit der DDR-BürgerInnen jetzt möglichst schnell ihre alte Identität ablegen zu müssen, um endlich auch als "vollwertige" Deutsche akzeptiert zu werden, indem sie die Ellenbogen oder Fäuste einsetzen gegen AusländerInnen, Linke ... und alle, denen eine deutsche Einheit bedrohlich erscheint.)

Trotz allem konnte im Februar diese Jahres auf Initiative aus kirchlichen Kreisen hin noch ein Gremium geschaffen werden, das wohl ebenso einzigartig wie ddr-typisch ist: der Runde Tisch für Entwicklungspolitik. Daran treffen sich etwa alle drei Wochen VertreterInnen von Instituten, Hochschulen, Ministerien, Parteien, Organisationen und Soli-Basisgruppen. Letzteren könnte man jedoch schon fast wieder eine Alibi-Funktion andichten, zieht man in Betracht, daß sie zu zweit ca. 60 Funktionären gegenüber-sitzen.

Viel zu spät einberufen und ohne konkrete Arbeitsgrundlagen – ein staatliches Konzept für Entwicklungspolitik gab es bislang nicht – bemüht sich der Runde Tisch für Entwicklungspolitik vor allem, Licht in das bisherige Dunkel zu bringen, erste Verständigungen auf breiterer Ebene zu ermöglichen, sowie das Thema Entwicklungspolitik als zukünftigen Konfliktstoff schon heute öffentlich zu benennen. So sinnvoll, wie dabei der gemeinsame Versuch aller oben genannten VertreterInnen sein mag, bleibt doch

Erstes Dritte-Welt-Zentrum Ost-Berlins öffnet

Die Initiativgruppe für ein "Dritte Welt"-Zentrum hält in der Winsstr. 53, Berlin-Prenzlauer Berg eine Ladenwohnung besetzt. Vom ehemaligen Schild am Laden ist noch der Name "Südfrüchte" zu lesen...

Die Räume verrotteten allmählich, die Staatsbank als Mieter (seit Sommer vergangenen Jahres) unternahm NICHTS! WIR wollen nun ein kleines Café, eine Bibliothek, einen "Dritte Welt"-Laden sowie Arbeitsräume für engagierte Gruppen herrichten, so daß sich Aus- und InländerInnen dort treffen, informieren und arbeiten können. Ab Ende Februar soll der Laden ständig besetzt sein und der Kaffeeauschank beginnen.

... und so ganz am Rande: Nicht nur über zahlreiche BesucherInnen würden wir uns freuen, sondern auch über Unterstützung aller Art (Stühle, Tische, Bücher, Spielzeug für die jüngeren Gäste oder kleine Spenden auf folgendes DDR-Postkonto: 6652-48-170936, Zahlungsgrund: 330/044)

Für die Initiativgruppe für ein "Dritte Welt"-Zentrum: Uta Rüchel Winsstr. 48, Berlin 1055, DDR.

zu befürchten, daß unterschiedliche Ansätze und Interessen weiterhin verwischt und kritische Auseinandersetzungen so auch verhindert werden. So gab es bisher beispielsweise keine Diskussion zum Verständnis von Entwicklungspolitik jedes/r Einzelnen – vielleicht aus der Ahnung heraus, daß zutagetretende Differenzen das äußerliche Miteinander gefährden könnten?!

Letzteres ist leider nicht nur das Problem des Runden Tisches für Entwicklungspolitik, sondern ebenso das der 2/3-Welt-Gruppen. Ob wir es in nächster Zeit lernen, diese Konflikte auszutragen ohne einander auszugrenzen, wird mit darüber entscheiden, wann die Soli-Bewegung in der DDR endlich mehr darstellt als das 5. Rad am Wagen.

Uta Rüchel

REZENSION

Mario Vargas Llosa – Lob der Stiefmutter

"Ein erotischer Roman des großen peruanischen Erzählers", so preist Suhrkamp den letzten Roman von Vargas Llosa an. Die Rahmenhandlung: Don Rigoberto, ein Versicherungsangestellter in Lima, Witwer und Vater eines vorpubertären Söhnchens namens Alfonso, heiratet ein zweites Mal und zwar Doña Lukrezia. Die Geschichte beginnt mit Doña Lukrezias 40.Geburtstag, zu dem ihr der Stiefsohn anstatt eines Geschenkes brieflich verspricht Klassenbester zu werden, weil er sie so sehr liebt. Diese Liebe drückt Alfonsito auch in stürmischen Küssen und Umarmungen aus. Doña Lukrezia wehrt sich innerlich gegen die "schlüpfrigen und schmutzigen" Gedanken, die sie bei dererlei heftigen Küssen des Kindes empfindet, und beruhigt sich, daß das Kind doch ein "reiner und unschuldiger Engel" sei. In den folgenden Kapiteln ist zu erfahren, wie sich Don Rigoberto und Doña Lukrezia ihrem allabendlichen Liebespiel hingeben, das immer mühelos in einem Orgasmus endet.

Es kommt, wie es kommen mußte. Als sich Don Rigoberto einmal allzu lange seinen komplizierten Waschungen widmet. In drei verschiedenen Kapiteln werden seine Ohren-, Nasensäuberungs- und Stuhlgangsrituale beschrieben. Als Doña Lukrezia Alfonso Gute Nacht sagen will, kommt es zu einem ersten sexuellen Kontakt. Während Don Rigoberto wieder einmal auf Geschäftsreise ist, verbringen sie eine gemeinsame Nacht und erleben miteinander ungeahnte Höhepunkte, die beide sichtlich genießen.

Die Geschichte fliegt auf, als Alfonso von seinem Vater erklärt haben möchte, was ein Orgasmus sei. Gleichzeitig zeigt er ihm seinen Schulaufsatz, der den Titel "Lob der Stiefmutter" trägt und bei dessen Lektüre es Don Rigoberto nicht nur das Whiskyglas aus der Hand, sondern auch die Sprache verschlägt.

Die "verwerfliche" Beziehung von Doña Lukrezia und Klein-Alfonsito kommt ans Licht. Doña Lukrezia wird sofort aus dem Haus gejagt, Don Rigoberto wird der unglücklichste Mann der Welt und Alfonso versucht nun sein Glück bei der Hausangestellten.

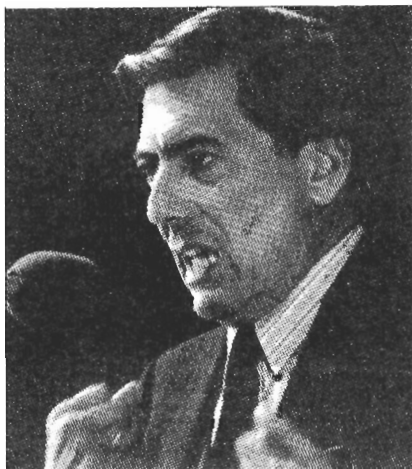
Vargas Llosa ist sicher ein sehr guter und spannender Erzähler, auch die sechs Bildbeschreibungen, die er in den Roman geschickt einbaut, zeugen davon. Trotzdem kommt eine verquere Doppelmoral zum Ausdruck. Da wird das Märchen der asexuellen Kinder verbreitet (rein und unschuldig) und Erwachsenensexualität mit unrein und schuldig belegt. Eine Seite weiter wird dann genau diese bis ins Detail beschrieben. Den LeserInnen soll es dabei unter die Haut gehen, wenn sie zu ZeugInnen des scheinbar hemmungslosen Beischlafes der beiden werden.

Vargas Llosas Männerphantasie lässt Don Rigoberto auch um ein vielfaches aktiver auftreten, bekommt mehr Persönlichkeit zugesprochen, während Doña Lukrezia nur mehr oder weniger die Rolle eines dekorativen Möbelstücks zufällt, das wahlweise ins Haus gebracht oder auch wieder einfach abtransportiert wird und, um nebenbei noch doppelt verführt zu werden von Mann und Stiefsohn. Welche Schmach!

Sie allein hat dann auch ein schlechtes Gewissen. Das Kind ist ein Engel und ihr Mann erfreut sich an seinen erotischen Miniaturstichen und bei den Reinigungsritualen an seinem Körper. Einen Höhepunkt an Aufgeklärtheit erreicht Vargas Llosa als Doña Lukrezia dem Dienstmädchen von ihrem Arzt die Pille verschreiben lässt – ein vertrautes Gespräch unter Männern über Kondome ist weiterhin undenkbar.

Die Frage bleibt: Was ist ein großer erotischer Roman und worin besteht der Unterschied zu den "schmutzigen und schlüpfrigen" Pornoheften vom Kiosk nebenan? Der Roman ist zugegebenermaßen sprachlich brilliant, aber die emanzipatorische Phantasie, auch auf dem Gebiet der Erotik, liegt der modernisierten lateinamerikanischen Rechten und dem zukünftigen Präsidenten Perus noch mehr als fern. I.L.

Mario Vargas Llosa, "Lob der Stiefmutter", Suhrkamp Verlag, 1989.



Die neuesten Ergüsse von Vargas Llosa

ZEITSCHRIFTENSCHAU

EPK 5-6/89

Postfach 20 31 07, 2000 Hamburg 20

Eigennutz und Entwicklung – Reiche in armen Ländern.

Hintergrundartikel: Banditen, Bürokraten, Bourgeois – Herrschende Klassen und Entwicklung in der Dritten Welt; Die Internationale der Kleptokraten.

Länderbeispiele: Korruption und Rückentwicklung in Zaire; Sudan – Interner Kolonialismus, Krieg, ruinierte Wirtschaft; "Idi Aminescu" – Die Zerrüttung Rumäniens Haiti Perdu; Ghanas langer Weg aus der Krise; Argentinien – Niedergang eines potentiellen Industrielandes; Der Weltmarkt und die USA diktieren Jamaikas Entwicklung; Internationaler Bankenplatz Panama; Pakistan – Großgrundbesitz, Geistlichkeit und Generalität; Taiwan: Industrieland der Dritten Welt.

Außerdem: Viele Arme, wenig Reiche – der informelle Sektor; Libanesen in Afrika; Kommentar: Der IWF – das neue "Kanonenboot"; Portrait: Ein Bilderbuch-Kapitalist aus Indien; EPK didaktisch: Überlegungen zu einer Unterrichtseinheit.

epd – Entwicklungspolitik 3/4/90

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Analyse/Bericht: "Runder Tisch" beriet über Entwicklungspolitik der DDR; Lateinamerika will gemeinsamen Filmmarkt gründen; 30 Jahre Prensa Latina; Afrika auf dem Weg zur "vaterlosen Gesellschaft"?; Das Institut für Frauenstudien in Manila. Information: Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Brasilien; Informationskampagne "Brot statt Rosen"; Aktion "Schuldenstreichung – selbst gemacht" in der Schweiz; Einstellung des Bondoc-Projektes in den Philippinen gefordert; Konziliarer Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vor der Weltversammlung in Seoul.

Dokumentation: Solidaritätsarbeit in der DDR; Kommunikation in der Dritten Welt; Afrikanische Literatur (Al Imfeld); Der militärische Kampf gegen Drogen; Südafrika nach der Lockerung der Apartheid.

ila – info 133, März 1990

Heerstr. 205, 5300 Bonn

Schwerpunktthema: Ökologie- Beiträge zur Ideologie der weltweiten Schicksalsgemeinschaft angesichts von Ozonloch und Klimakatastrophe, zur Umweltzerstörung durch bundesdeutsche Konzerne, durch Aufstandsbekämpfung und Agrobusiness, zu Ansätzen alternativer Umweltpolitik in Costa Rica, Peru, Brasilien und Gedanken zum ökologischen Landbau in der BRD.

Weitere Beiträge zu den Themen: Kuba und die Perestroika, zu den Auswirkungen der Entwicklungen in Osteuropa auf die Dritte Welt, zu Peru, zum Kolloquium der letzten europäischen Kolonien in Brüssel und ein Diskussionsbeitrag zu El Salvador.

Zusätzlich zwei Beilagen zum Landarbeiterstreik in Guatemala und zu den Wahlen in Nicaragua.

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1

Welche Auswirkungen haben die Veränderungen in Osteuropa (Teil 1) für Kuba/ – für Zentralamerika/ – für südliches Afrika. EG-Binnenmarkt 92 und Konzerne: Pflanzkonzern Schering. Solibewegung in Spanien. BUKO-Politik. Buchbesprechungen.

EINGEGANGENE BÜCHER

Strobl/Noti (Red.): Lateinamerika: Schulden und kein Ende, Edition Exodus, ISBN 3-905575-03-5, Fribourg/Brig, Schweiz, 1990

Medico International: Nicaragua: Projekt Dossier, Medico International, Frankfurt am Main, 1990

Gesundheitsladen Berlin/ Medico International: Krieg in El Salvador. Widerstand gegen die Weiterentwicklung der Unterentwicklung, Schwarze Risse, ISBN 3-924737-08-8, West-Berlin, 1989

John S. Brushwood: Narrative innovation and political change in Mexico, Peter Lang, ISBN 0-8204-0966-9, New York, 1989

Chico Mendes: Rettet den Regenwald, Lamuv Verlag, ISBN 3-88977-223-4, Göttingen, 1990

Benno Galjart/ Patricio Silva (eds.): Democratization and the state in the Southern Cone. Essays on South American politics, CEDLA Latin American Studies No.53 Amsterdam, 1989

Karl Kohut/ Andrea Pagni: Literatura argentina hoy. De la dictadura a la democracia, Vervuert, Frankfurt, 1989

TERMINE

BUKO-Seminar: 1492 - 1992; 500 Jahre Kolonialismus II

20. - 22.4.1990 im Schullandheim Hohenunkel

Bundesweit und auch in anderen europäischen Ländern haben Internationalismusgruppen begonnen, sich auf Gegenaktivitäten zur offiziellen Jubelfeier anlässlich der kolonialen Unterwerfung Lateinamerikas vorzubereiten. In der BRD haben schon verschiedene Seminare stattgefunden, auf denen die inhaltlichen Dimensionen des Verhältnisses Europa-Lateinamerika diskutiert worden sind. (Zuletzt auf dem BUKO-Seminar am 17.-19.11.89) Dort sind noch verschiedene inhaltliche Aspekte offengeblieben, die auf dem anstehenden Seminar geklärt werden sollen.

Programm anfordern und Bewerbungen an: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

fesch forum eltern und schule

Weiterbildungseinrichtung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. LV NW GGG

Im Land des Lächelns vergeht den Frauen das Lachen.

Tourismus als Entwicklungskonzept zur sexuellen Unterwerfung der Frau.

Seminar vom 16.Mai bis 18.Mai 1990. Veranstaltungsort: Haus Husen in Dortmund. In "Asiens bei weitem exotischsten Land" - Thailand - hat der Tourismus und hier vor allem der Sextourismus seit 1982 den Reis von Platz 1 der Devisenbringer verdrängt.

Anmeldung bitte schriftlich an: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1. (Das Seminar ist als Bildungsurlaub anerkannt)

"Soziale Bewegungen in Chile - Hoffnungsträger für den Demokratisierungsprozeß?"

Seminar vom 20.-22. April 1990 in Bonn-Walberberg. In diesem Seminar wird der Frage nachgegangen, welche historische Rolle die Sozialen Bewegungen gespielt haben, wie sich das derzeitige Spannungsverhältnis zu den Parteien darstellt und welche Bedeutung ihnen bei dem angestrebten Demokratisierungsprozeß unter der Regierung Aylwin zugemessen werden kann. Anmeldung und Infos bei: Jugendakademie Walberberg, Im Wingert, 5303 Bornheim

BUKO: Internationalistischer Ratschlag

Vom 31.3.(11 Uhr) bis 1.4.1990 (13 Uhr)

Gemeinsam mit dem Koordinationskreis Weltwirtschaft und Verschuldung (KOWV) in der Evangelischen StudentInnengemeinde (ESG), Königstr. 88, 5300 Bonn 1. Bitte schriftlich anmelden.

Solidaritätsbrigade für Cuba

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V.

Zum 16.Mal bietet das "Cubanische Institut für Völkerfreundschaft" (ICAP) im September diesen Jahres über 300 Personen aus 14 europäischen Ländern die Möglichkeit, während eines vierwöchigen Arbeitseinsatzes auf der Insel Land und Leute kennenzulernen.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Theodor Heuss Ring 26, 5000 Köln 1, Tel. 0221/131836.

"Nahrungsmittelhilfe. Hilfe für die Menschen in der Dritten Welt." Mit Beispielen aus Peru und Bolivien.

ReferentIn: Regina Riedel/Michael Bunte Ort: Naturfreundehaus Hannover. Veranstalter und Anmeldung: FIAN, Overwegstr.31, 4690 Herne 1, Tel.02323/490099.

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

FRAUENSOLIDARITÄT



● Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.

● Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.

**1 GRATISHEFT zum
kennenlernen !**

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94/KI. 80

ABRÜSTUNG ?

STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT!

Mit Billigung der Bundesregierung werden bundesdeutsche Kriegsgüter

- zur Kriegsführung (Iran/Irak)
- für die Unterdrückung von Oppositionen (Chile)
- zur Vorbereitung von Angriffskriegen (Süd-Afrika)

weltweit eingesetzt.

Die BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" recherchiert, koordiniert Aktionen gegen Rüstungsexport und informiert zu aktuellen Themen:

Neuste Publikation:
Rundbrief Nr. 27 (Februar 1990):

Themenswerpunkt:

Aufrüstung im Irak

Berichte: Kampagne: "BRD ohne ARMEE"
Anti-Atomtest-Kampagne

Kurzberichte zu vielen Bereichen

Dokumentation über Bundestagsanfragen

Firmenportrait: MORTON TIOKOL CORP.

(Bremen Karlsruhe Osnabrück)

Info's aus aktuellen Zeitungsmeldungen

(36 Seiten, 3,50 + Porto)



**Stoppt den
Rüstungsexport!**

BUKO-Koordinationsstelle
Buchtstraße 14/15
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/326045

10 Milliarden in wenigen Jahren!

Das sind doppelt so viele Menschen wie heute.

Nahrungsmittel und Rohstoffe werden knapp. Der Energieverbrauch steigt wie die Müllberge. Das schnelle Anwachsen der Weltbevölkerung birgt viele Gefahren und Probleme.

Viele in Europa meinen, sie könnten durch Familienplanung gelöst werden. Menschen in der Dritten Welt wissen das besser.

Selbsthilfeprojekte in Südafrika und Indien wollen unsere Unterstützung. Sie bestimmen, welches Projekt Sie fördern.

Die ASW leitet Ihre Spende weiter. Informationen zu den Projekten von:

Aktionsgemeinschaft

Solidarische Welt e.V.

Hedemannstraße 14

1000 Berlin 61

Tel.: 030/251 02 65

BfG Berlin

BLZ 100 101 11 Konto 555



Spanisch in Andalusien

- Intensivkurse mit Politischer Ausrichtung
- Spezialkurse für Frauen
- Wohnen mit Spaniern/innen

Escuela Cooperativa de Idiomas
Conde Cifuentes 11 - Granada

Tel. 003458/256875

(Mitglied im Tandem - Netz)

EL PARCIAL

PANAMA: La causa justa

EL PARCIAL - Heft 28 (März 1990)

182 Seiten

Analyse der Krise in Panama (24 S.) und 146 Seiten Pressedokumentation, wobei vor allem Publikationen aus Panama, Mexiko und Guatemala berücksichtigt wurden.

Schwerpunkte der Dokumentation: Chronologie der Aggression/Invasion/Rechte Parteien/Katholische Kirche/Drogenhandel/Wirtschaftskrise/Kanal/Lateinamerikanische Reaktionen.

Bezug gegen Überweisung von 16,00 DM an: "El Parcial" - Doris Hermes, Kielortallee 4, 2 Hamburg 13, Kto.-Nr. 636 47-205 (PSchA Hamburg).

Marzo de 1990

28

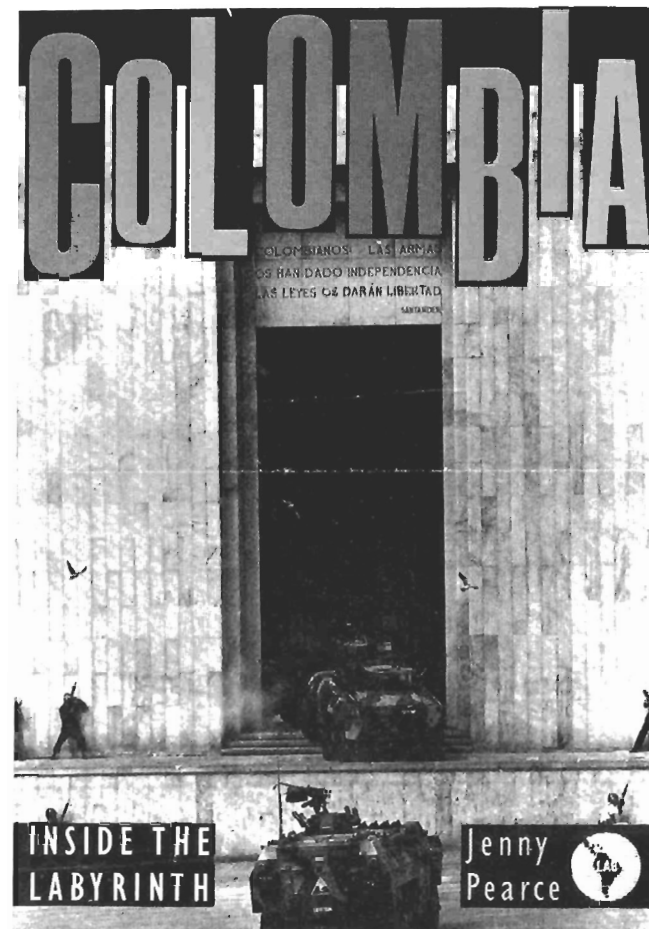
Neuerscheinung

Latin America
Bureau

März 1990

328 pp

DM 29,80



Bezug ab sofort:

LN-Vertrieb
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

Colombia: Inside the Labyrinth explains the reality behind the official and the actual country. It examines the historical basis of Colombia's two-party system and analyses the corruption and instability which have undermined the state's ability to govern. Exploring the economic and social forces which condemn a quarter of the population to absolute poverty, it examines the role of the political parties, trade unions, guerrillas and civic movements in Colombia today.

Colombia: Inside the Labyrinth unravels the threads of this paradoxical country. Drawing on first-hand research, interviews and testimony, it offers a provocative and timely analysis of a country described as a 'political time bomb'.

THE AUTHOR: Jenny Pearce is a Research Fellow at the University of Bradford. Her previous books include Under The Eagle: US intervention in Central America and the Caribbean and Promised Land: Peasant Rebellion in Chalatenango, El Salvador.